

Preußische Allgemeine



Nr. 25 · 23. Juni 2023

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,90 €

„Wir sind nicht allein“

Warum sich US-amerikanische Behörden für Ufos interessieren und die Suche nach nichtmenschlichen Lebensformen intensivieren Seite 2



Interview Christoph de Vries über Heimat und andere Themen Seite 3



Ehrung Lehndorff-Medaille für Christian Thielemann und Kilian Heck Seite 9

VON RENÉ NEHRING

POLITIK

Das Papier der „Ampel“ und die raue Wirklichkeit

Mit ihrer Nationalen Sicherheitsstrategie verkündet die Bundesregierung einen großen Wurf. Doch zum großen Ernstfall dieser Tage schweigt sie

Inmitten der Debatten um Heizungswende, Zuwanderung und Blockaden der „Letzten Generation“ hat die Bundesregierung eine Nationale Sicherheitsstrategie verabschiedet. Unter der Überschrift „Wehrhaft. Resilient. Nachhaltig. Integrierte Sicherheit für Deutschland“ legt sie damit als erste deutsche Regierung ein Grundsatzpapier vor, das sich an einer umfassenden Definition unserer sicherheitspolitischen Lage und der Suche nach Antworten versucht.

Ausgehend vom doppelten Schock der Corona-Pandemie (die die Mechanismen der Wohlstandserzeugung in Frage stellte) und des russischen Angriffs auf die Ukraine (der die seit 1989/91 bestehende staatliche Ordnung in Europa in Frage stellt) diskutiert die Regierung in ihrem Papier nicht nur klassische militärische Belange, sondern auch Aspekte wie die Stabilität von Lieferketten, die Gefahren durch Terrorismus und Organisierte Kriminalität, den Schutz vor Naturkatastrophen sowie nicht zuletzt die Sicherung der Kritischen Infrastrukturen und der Cyberfähigkeiten. Natürlich darf auch der Kampf gegen den Klimawandel nicht fehlen.

Besonderen Wert legt die „Ampel“ auf die Resilienz der deutschen Gesellschaft, also „die Sicherung unserer Werte durch innere Stärke“, wie es in dem Strategiepapier heißt. Hierzu zählt sie vor allem die Verankerung in der westlichen Bündnisstruktur aus NATO und EU, die Stärkung der Vereinten Nationen, den Einsatz für eine regel- und wertebasierte Weltordnung, aber auch die Stärkung der deutschen Wettbewerbsfähigkeit durch eine hohe Innovationskraft der Wirtschaft und Wissenschaft. Auch die Reduzierung bestehender Abhängigkeiten in der Rohstoff- und Energieversorgung werden genannt.

Mag die Welt auch unübersichtlicher und gefährlicher werden, die Bundesregierung – so will es die Strategie verkaufen – hat alles im Blick.

Dass dem bei Weitem nicht so ist, zeigen bereits die ersten Reaktionen darauf. So wies Marina Henke, Direktorin des Centre for International Security der Hertie School of Governance, in der „FAZ“ darauf hin, dass die Nationale Strategie der Bundesregierung in vielen Fragen Mängel aufweise: „Allen voran“, so Henke, „ist die Sicherheitsstrategie keine wirkliche ‚Strategie‘, sondern eher eine Wunschliste von Zielen, die Deutschland anstrebt: Sicherheit, Demokratie, Wohlstand, die Begrenzung der Klimakrise, ein starkes Europa und eine enge Beziehung mit den Vereinigten Staaten. Die deutsche Politik ignoriert, dass sie zwangsweise Kompromisse eingehen müssen wird. Eine Strategie ist notwendig, weil es eben nicht genug Ressourcen gibt, um alle Ziele zu erreichen.“

Scheitern an der Wirklichkeit

Letztlich, so die Expertin, begehe die Bundesregierung mit ihrer neuen Strategie ähnliche Fehler wie die Vorgänger in den vergangenen Jahren: „Den deutschen Bürgern wird versprochen, alles sei möglich: Wohlstand und Sicherheit, Interessen und Wertepolitik. Das Resultat: ein immer größer werdendes Unverständnis, sobald die Realität eintritt.“ Auch versäume es das Papier, neben der Aufzählung aller denkbaren Bedrohungen auch deren Ursachen zu nennen, was wiederum die Einleitung geeigneter Abwehrmaßnahmen erschwere. Dennoch bleibt es das Verdienst der Regie-

rung, das Thema „integrierte Sicherheit“ überhaupt angesprochen zu haben.

Umso erstaunter reibt man sich die Augen, dass über den größten Angriff auf eben jene „integrierte Sicherheit“ unseres Landes noch immer großes Schweigen herrscht. Die Rede ist von der Sprengung der Nord-Stream-Leitungen im vergangenen Spätsommer. Auch wenn die Ostsee-Pipelines ein europäisch-russisches Projekt waren, so waren sie doch bis zu ihrer Zerstörung ein Hauptpfeiler der deutschen Energieversorgung – und gehörten somit zu ebenjenen Kritischen Infrastrukturen, deren verstärktem Schutz sich die Bundesregierung nunmehr verschrieben hat.

Just zum Zeitpunkt der Vorstellung der Nationalen Sicherheitsstrategie meldeten mehrere US-Medien, dass ein ukrainisches Kommando hinter der Nord-Stream-Sprengung stehe und dass US-amerikanische Geheimdienste sowohl niederländische (da auch Holland an dem Projekt beteiligt ist) als auch deutsche Stellen über die Pläne informiert und die Ukraine zugleich vor dem Anschlag gewarnt hätten.

Wie kann es sein, dass diese Nachricht weitestgehend ohne Echo blieb? Wie kann es sein, dass eine Bundesregierung, die gerade ein Grundsatzdokument verabschiedet, das dem Schutz der Kritischen Infrastrukturen eine erhebliche Bedeutung zuweist, schweigt, wenn es um die mögliche Aufklärung eines Angriffs auf die eigene Energieversorgung geht?

Sicher: In Teilen der Bundesregierung – dort, wo man ohnehin seit Langem das Ende der fossilen Energien herbeisehnt – mag vielleicht sogar Freude darüber geherrscht haben, als die ungeliebte Erdgasleitung über Nacht als Energieversorger ausfiel. Aber der Rest? Warum schweigt zum Beispiel die SPD, die seit den Tagen der Neuen Ostpolitik immer auch die deutsche Erdgaspartei schlechthin war?

Und warum gibt es keine Debatte darüber, welche Konsequenzen es haben müsste, wenn tatsächlich die Ukraine – also ein Land, das seit anderthalb Jahren umfassende militärische Hilfen von Deutschland erhält und dessen Bürger millionenfach vor dem Krieg in ihrer Heimat geflohen sind und in Deutschland Schutz gefunden haben – hinter den Anschlägen stünde? Ist es wirklich denkbar, dass Deutschland in diesem Falle seine Hilfen einfach aufrechterhalte, als wäre nichts gewesen? Zwar dementierten Kiewer Stellen umgehend, für die Nord-Stream-Sprengung verantwortlich zu sein, doch sind die Hinweise der US-Medien zu konkret, um einfach darüber hinwegzugehen.

So oder so steht eines fest: Solange die deutsche Regierung im Ernstfall – und nichts anderes ist die Nord-Stream-Sprengung als erster auch gegen Deutschland gerichteter Kriegsakt seit 1945 – schweigt, solange ist die von ihr verabschiedete Nationale Sicherheitsstrategie kaum mehr als Augenwischerei.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Wie die Energiewende die Wasserprobleme der Spree verschärft Seite 5

Kultur

Vor 200 Jahren kam Julius Carl Raschdorff, Architekt des Berliner Doms, zur Welt Seite 10

Das Ostpreußenblatt

Eine Konferenz über den Umgang Polens mit dem Volksaufstand in der DDR Seite 18

Lebensstil

Die Neuen Kammern in Potsdam haben ihre Fassadenskulpturen zurück Seite 21



Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite paz.de



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Ufo-Forschung in den USA Ein Whistleblower enthüllt, dass der US-Geheimdienst über Akten zu Sichtungen von Ufos verfügt. Allein, dass er das ungestraft sagen darf, ist ein Phänomen

Besucher aus dem Weltall

Was der Geheimdienstmitarbeiter David Grusch gegenüber dem Kongress über „Schwarze Programme“ ausgepackt hat

VON WOLFGANG KAUFMANN

Jahrzehntelang drohte US-Militärangehörigen das abrupte Ende ihrer Karriere, wenn sie über Sichtungen von unbekanntem Flugobjekten (Ufos) beziehungsweise unidentifizierten Luft-/Lufttraum-Phänomenen (UAP) berichteten. Dies änderte sich, nachdem der Geheimdienstausschuss des US-Kongresses (SSCI) im Juni 2020 Mittel für eine Einsatzgruppe zur Untersuchung von Ufos bereitstellte. Verantwortlich hierfür war vor allem die Befürchtung, dass es sich dabei um „fortschrittliche Bedrohungen“ handle, hinter denen „gegnerische ausländische Regierungen“ wie die in Peking oder Moskau stecken könnten. Darüber hinaus galt aber auch eine außerirdische Herkunft mancher Ufos als möglich.

Aus der Entscheidung des SSCI resultierte die Gründung der UAP Task Force (TF) zum 4. August 2020. Die UAPTF wurde 2021 in Airborne Object Identification and Management Synchronization Group unbenannt, aus der am 15. Juli 2022 das All-domain Anomaly Resolution Office (AARO) hervorging. Dessen Leiter wurde Sean Kirkpatrick, zuvor Chefwissenschaftler im Missile and Space Intelligence Center der Dachorganisation der Nachrichtendienste der US-Teilstreitkräfte DIA.

Am 19. April musste Kirkpatrick dem SASC des Parlaments in Washington Rede und Antwort über die Tätigkeit des AARO und seiner „mehr als drei Dutzend Experten“ stehen. Dabei gab er zu Protokoll, das typische Ufo sei kugelförmig und glänze metallisch. Dem folgte dieser Satz: „Weiterhin möchte ich hier sehr deutlich und für die Akten erklären, dass AARO bislang keine glaubwürdigen Beweise für außerirdische Aktivitäten, Technologie oder für Objekte gefunden hat, die den bekannten Gesetzen der Physik widersprechen.“ Das kann bedeuten, dass Kirkpatrick log oder dem AARO wichtige Informationen vorenthalten wurden.

Denn den Aussagen eines Geheimdienstmitarbeiters namens David Grusch gegenüber dem Kongress und dem Generalinspekteur der Geheimdienste der Vereinigten Staaten, Thomas Monheim, zufolge gibt es verdeckte militärische Programme, in deren Rahmen intakte oder auch beschädigte Luft- und Raumfahrzeuge „nichtmenschlichen Ursprungs“ geborgen und wissenschaftlich untersucht

worden sind. Daraus zog der Whistleblower den Schluss: „Das Phänomen der nichtmenschlichen Intelligenz ist real. Wir sind nicht allein.“ Weiterhin äußerte Grusch, dass seine Informationen von involvierten Geheimdienstmitarbeitern stammten, die Bedenken wegen der „Schwarzen Programme“ entwickelt hätten, die man auf rechtswidrige Weise der Kontrolle des Kongresses entziehe.

„Futuristische Dominanz“

Anfang Juni fügte Grusch in einem Interview mit dem US-Fernseher „News-Nation“ hinzu, die Erforschung von Flugkörpern aus „merkwürdigen Materialverbindungen, die ganz sicher nicht von Menschen geschaffen wurden“, habe bereits im Jahre 1944 begonnen und sei von einer ebenso aufwendigen wie „unethischen und unmoralischen Desinformationskampagne“ begleitet gewesen. Auf die Frage nach dem Grund für die Geheimprogramme antwortete der Whistleblow-

er: „Futuristische Dominanz. Vorteile durch asymmetrische Kriegsführung. Kurz: Förderung der Kriegsmaschinerie.“

Allerdings täten gegnerische Staaten genau das Gleiche: „Das ist ein seit einigen Jahrzehnten andauernder Kalter Krieg ... Diese ganze Geheimhaltung versetzt uns alle in eine sehr gefährliche Lage, wenn es einem Land gelingt, wirkliche Durchbrüche in der Auswertung der geborgenen Objekte zu erzielen ... Ich hoffe, dass meine Enthüllungen soziologisch gesehen einen ontologischen Schock auslösen und einen allgemeinverbindlichen Anstoß für die Nationen der Welt darstellen, ihre Prioritäten neu zu bewerten.“

Die Brisanz dieser Aussagen ergibt sich aus dem persönlichen Hintergrund von Grusch. Der heute 37-Jährige ist ein hochdekoriertes Veteran der US-Luftwaffe mit Afghanistan-Erfahrung und arbeitete seit 2016 als Zivillist in der Dienststellung eines Obersten für die dem Pentagon unterstehende Behörde für geographische

Aufklärung NGA, sowie auch für den Nachrichtendienst mit Zuständigkeit für das militärische Raumfahrtprogramm der USA NRO. In dieser Eigenschaft hatte Grusch Zugang zu „Top Secret“-Unterlagen und fungierte von 2019 bis Mitte 2022 als Co-Leiter für die UAP-Analyse sowie Vertreter der NGA und des NRO in der UAPTF beziehungsweise AOIMSG.

National Defense Authorization Act

Dass Grusch es gewagt hat, in die Offensive zu gehen und von „schwarzen“ Ufo-Programmen der USA zu sprechen, resultiert aus dem National Defense Authorization Act für 2023, der am 19. Dezember 2022 von Präsident Joe Biden in Kraft gesetzt wurde. Denn dessen Abschnitt 1673 ermächtigt jede Person im Staatsdienst mit relevanten Informationen über eine eventuelle „Materialbergung und Materialanalyse“ bei Ufos oder auch Nachbauten derselben, den US-Kongress zu informieren – und zwar gänzlich un-

abhängig von bestehenden Geheimhaltungsverpflichtungen.

Außerdem erhielt Grusch öffentliche Rückendeckung von mehreren hochrangigen Militärs und Geheimdienstlern, die seine Informationen beziehungsweise Integrität bestätigten. Dazu zählten der frühere Verbindungsmann des US-Heeres zur UAPTF, Oberst Karl Nell, der ehemalige Stellvertretende Verteidigungsminister für Geheimdienste sowie Stabsdirektor des Geheimdienstausschusses des Senats, Christopher Mellon, ein UAP-Spezialist mit dem Decknamen „Jonathan Gray“ sowie der von 2010 bis 2017 amtierende einstige Generalinspekteur der Geheimdienste der Vereinigten Staaten und nunmehrige Anwalt Charles McCullough, der Grusch auch juristisch vertritt. Denn sollten dem Whistleblower Falschaussagen nachgewiesen werden, dann warten auf diesen ungeachtet der Regelungen des National Defense Authorization Act ernste strafrechtliche Konsequenzen.



Am 31. Mai 2023 in dem nach der NASA-Ingenieurin Mary Jackson benannten NASA-Hauptquartier in Washington: Öffentliche Sitzung des Unidentified Anomalous Phenomena Independent Study Teams zum Thema Ufos
Foto: imago/ZUMA Wire

DEUTSCHLAND

„Wir wissen nichts über Ufos“

Wahrheitswidrig leugnet Berlin das Vorhandensein von Informationen wie Akten

Die Bundesregierung hat stets bestritten, dass die ihr untergeordneten Dienststellen und Behörden Informationen über die Sichtung unbekannter Flugobjekte (Ufos) sammeln und in diesem Zusammenhang entsprechende Akten anlegen. So antwortete der damalige Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, Peter Altmaier (CDU), auf eine entsprechende Anfrage des FDP-Bundestagsabgeordneten Hartfried Wolff im Juni 2008: „Der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse über Sichtungen sogenannter Ufos beziehungsweise Außerirdischer in Deutschland vor. Demgemäß sind auch keine Akten über Ufo-Sichtungen vorhan-

den, die für eine Veröffentlichung in Betracht kämen.“

Auch der scheidende Präsident des Bundesnachrichtendienstes (BND), Gerhard Schindler, behauptete acht Jahre später: „Wir wissen nichts über Ufos.“

Doch das entsprach in beiden Fällen nicht der Wahrheit, wie eine Akte des BND mit dem Titel „DDR Grenzsperranlagen an der IDG – UFO“ zeigt, die im Jahr 1991 geschlossen wurde. Auf den Seiten 177 bis 244 des Ordners, der mittlerweile zum Bestand des Bundesarchivs gehört, sind zahlreiche Sichtungen „unbekannter Flugobjekte im Grenzgebiet der DDR“ sowie deren Untersuchung und die daraus

resultierenden Schlussfolgerungen dokumentiert. Dabei wurden die meisten Ufos als unbemannte, acht Meter lange Aufklärungsdrohnen vom Typ Tupolew M-143 beziehungsweise WR-3 identifiziert.

Diese kamen seitens der DDR-Volksarmee und der Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland (GSSD) ab 1976 zum Einsatz. Allerdings gab es auch Ausnahmen, bei denen es sich nach Auffassung des BND nicht um solche Drohnen oder Hubschrauber, Wetterballons und Ähnliches handeln konnte.

Beispielsweise schilderte die Grenzschutzstelle Puttgarden auf der Insel Fehmarn einen Vorfall am frühen Morgen des

26. August 1986, der von drei Beamten bestätigt wurde. Ein unbekanntes Flugobjekt glitt mit niedriger Geschwindigkeit und „leise summend“ auf den Fährbahnhof zu. Dabei erstrahlte es in derart gleißendem Licht, dass Größe und Form des Ufos nicht erkennbar waren.

Eine weitere unheimliche Beobachtung machten bundesdeutsche Grenzschützer am 13. November 1984 in der Nähe von Finsteraar an der Grenze zur Tschechoslowakei. Vier geräuschlose Flugobjekte unbekannter Natur bewegten sich blinkend über dem Gebiet des Nachbarlandes. Gleichfalls keine endgültige Erklärung fand der BND für die fünf

„unbekannten Schwebeflugobjekte“, die am 29. März 1986 im Raum Heinersdorf an der bayerisch-thüringischen Grenze auftauchten. Diese zogen ebenso langsam wie still in gerader Linie mit jeweils einem Kilometer Abstand über den Nachthimmel.

Als Konsequenz aus solchen mysteriösen Sichtungen richtete der BND verschiedene Amtshilfeersuchen an die Bundeswehr oder andere Stellen, und manchmal tragen die Berichte dann auch den handschriftlichen Vermerk: „Bitte einen ‚Ufo-Vorgang‘ anlegen!“ Das deutet auf das Vorhandensein weiterer deutscher Ufo-Akten hin.
W.K.

„Was heißt eigentlich Heimat?“

Über die Arbeit einer besonderen Abgeordnetengruppe im Deutschen Bundestag, den Osten als politische Himmelsrichtung und die Erneuerung der CDU in Zeiten eines historischen technologischen, demographischen und kulturellen Wandels

IM GESPRÄCH MIT
CHRISTOPH DE VRIES

Unter den Zusammenschlüssen im Bundestag ist die Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Fraktion eine Besonderheit. Doch ist eine solche Gruppe mehr als ein Dreivierteljahrhundert nach dem Zweiten Weltkrieg noch zeitgemäß? Fragen an einen Politiker, für den ein Wort wie *Heimat* alles andere als altmodisch ist.

Herr de Vries, Sie sind Vorsitzender der Gruppe der Vertriebenen und Aussiedler der Unions-Fraktion im Bundestag. Das Thema wird gemeinhin mit längst vergangenen Zeiten verknüpft. Was hat Sie, Jahrgang 1974, dazu bewogen, sich in dieser Gruppe zu engagieren?

Mich hat fasziniert, dass sie die erste soziologische Gruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion nach ihrer Gründung 1949 war. Wir sind damit noch immer ein Unikat im Bundestag, was die enge Verbundenheit der Union zu den Heimatvertriebenen, deren Angehörigen und Nachfahren, aber auch zu den Aussiedlern und Spätaussiedlern, belegt.

Meine Mutter stammt aus dem Sudetenland, und ich hatte in Hamburg seit jeher engen Kontakt zu den Spätaussiedlern und ihren Vereinen. Insofern passte alles zusammen.

Das Ende des Zweiten Weltkriegs liegt fast achtzig Jahre zurück, auch die Hochphase der Aussiedlerzuzüge ist lange vorbei. Da könnte man meinen, dass eine solche Gruppe kaum noch gebraucht wird.

Natürlich sind die Diskussionen der Nachkriegszeit, als es um die Folgen des Heimatverlustes ging sowie lange auch um die Wiederkehr in die Heimat, vorbei. Dennoch bildet die Arbeit mit den Landsmannschaften im Bund der Vertriebenen nach wie vor einen Schwerpunkt für uns. Sie sind heute wichtige Brückenbauer zu unseren Nachbarn. Gleiches gilt für die Aussiedler und Spätaussiedler, die immerhin rund viereinhalb Millionen Bundesbürger umfassen.

Ein konkretes Tätigkeitsfeld unserer Gruppe sind die deutschen Minderheiten im Ausland. Diese gibt es in 26 Ländern. Wir verstehen uns als deren Interessenvertreter in unserem Land und unterstützen sie sowohl in ihrer Selbstorganisation als auch in ihrer Brückenfunktion zwischen ihrer Heimat und Deutschland. In Polen zum Beispiel, wo wir seit Jahren einen steigenden Druck auf die deutsche Volksgruppe erleben und zuletzt der muttersprachliche Deutschunterricht massiv reduziert wurde, sind wir in Verhandlungen getreten mit der Regierung in Warschau und haben zugleich auf die Bundesregierung eingewirkt, damit die Minderheitenrechte der Schlesier, Ost- und Westpreußen sowie Pommern gewahrt bleiben.

Dass sich immer neue Themen auftun, zeigt der Ukrainekrieg. Dieser belegt auf dramatische Weise, dass Fragen der Volkszugehörigkeit der Deutschen in Ostmittel- und Osteuropa noch immer relevant sind. Hierbei haben wir als Union auf die Folgen der von der Bundesregierung geänderten Anerkennungspraxis verwiesen, die zur Folge hatte, dass tausende Landsleute in Deutschland nicht mehr als Spätaussiedler anerkannt worden sind, und konnten die Innenministerin durch Beharrlichkeit dazu bewegen, zur alten Anerkennungspraxis zurückzukehren.

Insofern gibt es immer neue Themen, auch und gerade über den Wechsel von der Erlebnis- zur Bekenntnisgeneration hinaus. Nicht zuletzt bleibt ein Dauerthema unserer Arbeit die Kulturförderung, insbesondere der nach Paragraph 96 des Bundesvertriebenengesetzes geförderten Einrichtungen.



Ansprechpartner für Vertriebene und Aussiedler im Bundestag: Christoph de Vries

Foto: imago / Future images

Also alles in allem mehr Arbeit mit der Gegenwart als Traditionspflege?

Absolut. Traditionspflege allein würde früher oder später das Ende der historischen Überlieferung und damit auch das Kaputt aller Brücken gen Osten bedeuten.

Wir wollen unsere Arbeit aber noch weiter fassen. Die Vertriebenen standen jahrzehntlang wie kaum eine zweite Organisation für den Begriff „Heimat“. Dieser ist in den letzten Jahren insgesamt wieder populärer geworden. Doch was heißt eigentlich Heimat? Oder was heißt Vaterland? Wie kann ein zeitgemäßer Patriotismus aussehen, der unsere immer vielfältiger werdende Gesellschaft zusammenhält? Auch das sind Dinge, mit denen wir uns als Gruppe beschäftigen und die wir auch über das neue Grundsatzprogramm der CDU in die politischen Debatten tragen wollen.

Wie könnte das aussehen?

Auf jeden Fall wird es ein klares Bekenntnis zu Deutschland als Vaterland geben und eine positive Beziehung zu unserem Land zum Ausdruck bringen, die sich sowohl von der Egal-Haltung als auch vom Nationalismus anderer abgrenzt. Helmut Kohl hat jahrzehntlang gezeigt, dass Patriotismus, Europafreundlichkeit und Weltoffenheit kein Gegensatz sind, sondern sich sogar gegenseitig bedingen.

Durch Deutschlands Stellung und Lage betrifft jeder noch so weit entfernte Konflikt früher oder später auch uns. Das gilt gerade auch für den Osten, wie der Ukrainekrieg zeigt. Gleichwohl gibt es heute – nicht zuletzt als Folge der Vertreibung der Deutschen aus ihren angestammten Siedlungsgebieten – kaum noch ein Bewusstsein für den Osten als politische Landschaft. Muss die deutsche Politik wieder stärker den Fokus in diese Richtung lenken und verstehen, dass die Geschichte dort keineswegs zu Ende ist?

Sie haben recht, dass der Blick der Deutschen nach Osten unterbelichtet ist und dass dieses Desinteresse konkrete Konsequenzen hat. Hier gibt es einiges zu verbessern.

Die Leistungen des Ostens, nicht nur in den vergangenen Jahrhunderten, sondern gerade auch in der jüngeren Geschichte, sind enorm. Ich denke hier an den Sturz des Kommunismus und die Transformation sozialistischer Planwirtschaften in eine demokratisch verfasste marktwirtschaftliche Gesellschaft. Doch anstatt das anzuerkennen und zu überlegen, ob der Westen etwas vom Osten lernen

kann, blicken viele im Westen noch immer mit einer gewissen Überheblichkeit auf den Osten. Das halte ich für einen Grundfehler.

Zum Ukrainekrieg müssen wir anerkennen, dass die Deutschen und die Europäer insgesamt in den vergangenen dreißig Jahren sicherheitspolitisch naiv waren. Wir haben uns nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation darauf verlassen, dass es immer friedlich weitergeht. Heute wissen wir, das war falsch. Wir hätten auf die Warnungen unserer osteuropäischen Nachbarn hören sollen.

Bundeskanzler Scholz hat nach dem Ausbruch des Ukrainekriegs von einer „Zeitenwende“ gesprochen und dies vor allem sicherheitspolitisch gemeint. Brauchen wir auch eine Zeitenwende in der Ostpolitik?

Sicher, wobei die letzten Monate zeigen, dass Sicherheits- und Ostpolitik zusammengehören. Sie haben eben gesagt, dass sich Deutschland aufgrund seiner Lage nicht verstecken kann. Als größte Volkswirtschaft und einwohnerstärkstes Land Europas ist von Deutschland Führung gefragt. Die Frage ist, ob wir den Willen dazu haben – und die Fähigkeit?

Zu Letzterem gehört, dass es in den letzten Jahren fast nirgends die Bereitschaft gab, genügend Mittel in die Verteidigungs- und Bündnisfähigkeit unseres Landes zu investieren. Deshalb ist es unerlässlich, jetzt nicht nur die Ukraine zu unterstützen, sondern endlich auch unsere Bundeswehr in die Lage zu versetzen, die ihr übertragenen Aufgaben zu erfüllen. Seit der Krim-Annexion haben wir Jahr für Jahr den Wehretat erhöht und dies nahezu ausnahmslos gegen den Widerstand der SPD. Noch wenige Wochen vor der Bundestagswahl 2021 hat Scholz als Finanzminister die Anschaffung bewaffneter Drohnen verhindert.

Als Mitglied des Parlamentarischen Kontrollgremiums habe ich Zweifel, ob wir in der Lage sind, uns den Bedrohungen von außen zu widersetzen. Wir erleben regelmäßig Cyber-Angriffe und Desinformationskampagnen aus Russland. Und wir müssen endlich auch über China sprechen, das eine ungleich größere Herausforderung darstellt. Hier habe ich jedoch nicht den Eindruck, dass in der Bundesregierung ein ausreichendes Bewusstsein dafür vorhanden ist.

Unser Grundproblem ist, dass bei den die Außenpolitik bestimmenden Parteien moralischer Übereifer und Naivität aufeinandertreffen. Wir bräuchten einen Mittelweg. Wir müssen definieren, was die strategischen Interessen Deutschlands sind, wie wir bestehende

„Dass sich immer neue Themen auftun, zeigt der Ukrainekrieg. Dieser belegt auf dramatische Weise, dass Fragen der Volkszugehörigkeit der Deutschen in Ostmittel- und Osteuropa noch immer relevant sind“

Zur Person

● **Christoph de Vries** ist seit 2017 Mitglied des Deutschen Bundestags. Er ist Vorsitzender der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Fraktion sowie Mitglied im Parlamentarischen Kontrollgremium (PKGr) zur Kontrolle der Nachrichtendienste des Bundes.

www.christophdevries.de

Das Interview führte René Nehring.

Abhängigkeiten reduzieren und Sicherheiten erhöhen können, ohne die wirtschaftlichen Verflechtungen infrage zu stellen. Es ist ein Trauerspiel, dass es bis heute keine China-Strategie der Bundesregierung gibt. Auch die Nationale Sicherheitsstrategie ist nicht mehr als ein Papiertiger. Der Verzicht der Ampel auf einen Nationalen Sicherheitsrat, der außen- und sicherpolitische Entscheidungen koordiniert und in Krisenzeiten die operative Steuerung übernimmt, ist eine gravierende politische Fehlentscheidung, die allein dem ungelösten Kompetenzgerangel zwischen Kanzleramt und Außenministerium geschuldet ist.

Sie haben Russland angesprochen. Wie sollen wir künftig mit diesem riesigen Land umgehen, das ja immer auch ein wichtiger Partner Deutschlands war?

Ich glaube, unter Wladimir Putin kann es keinen Neuanfang in den Beziehungen zu Russland geben. Dafür fehlt mir die Phantasie nach allem, was wir seit Langem erleben: den Rückbau demokratischer Standards, das systematische Einkassieren demokratischer Grundrechte wie der Versammlungsfreiheit und der Pressefreiheit. Oppositionelle wurden vergiftet und erschossen, oder sie leben in Lagern und im Exil. Und natürlich die vielen Kriege und Konflikte, die er schon vor dem Überfall auf die Ukraine angezettelt hat.

Aber selbstverständlich müssen wir perspektivisch ein Interesse haben, auch mit Russland in friedlicher Nachbarschaft zu leben. Es ist und wird immer ein enormer Faktor unserer Politik bleiben, unabhängig davon, wer in Moskau das Sagen hat.

Wie sieht es mit der Zeitenwende der Union aus? Nach 16 Jahren Kanzlerschaft Angela Merks sind viele unserer Probleme auch das Erbe christdemokratischer Politik.

Sicherlich. Wobei die Union in all den Jahren nicht allein regierte, sondern meistens zusammen mit den Sozialdemokraten, was wiederum viele Kompromisse zur Folge hatte.

Der Verlust der Regierung ist für eine Partei, die Politik aktiv gestalten will, zweifellos schmerzhaft. Allerdings war dieser Verlust weitgehend selbst verschuldet und kein Ergebnis der Stärke der SPD oder gar von Olaf Scholz. Diese Erkenntnis bietet jedoch auch die Chance zu einem Neuanfang.

Dass wir diese Chance ergreifen wollen, hat Friedrich Merz mit dem Prozess zu einem neuen Grundsatzprogramm verdeutlicht. Mit Carsten Linnemann hat er einen anerkannten Ordnungspolitiker zum Chef der Grundsatzkommission gemacht. Und deshalb bin ich zuversichtlich, dass wir christdemokratische Grundsätze im 21. Jahrhundert formulieren werden, die den Menschen deutlich machen, wofür die CDU steht und was sie von den Wettbewerbern abgrenzt. Dass die Union in den Umfragen nicht nur auf Platz 1 steht, sondern fast so stark ist wie Grüne und SPD zusammen, zeigt, dass dieser Weg auch von den Wählerinnen und Wählern honoriert wird.

Wir erleben einen historischen Wandel – technologisch, demographisch, ökonomisch und auch kulturell. Das führt nicht nur zu einem Erstarren populistischer Kräfte, auch Grüne und Sozialdemokraten forcieren eine Identitätspolitik, die massiv zur Spaltung der Gesellschaft beiträgt. Als Beispiel hierfür seien die „Woke“-Bewegung, die auf eine Verdrängung aller Werte und Maßstäbe zielt, die unser Land und Europa über Jahrhunderte geprägt haben.

Ich finde, die Union als Volkspartei der Mitte sollte sich dem behertzt entgegenstellen. Wir sollten uns wieder stärker zu Begriffen und Werten bekennen, die unsere Gesellschaft zusammenhalten. Dazu gehören auch *Patriotismus*, *Heimat* und *Vaterland*, die – richtig verstanden und gelebt – immer ein Angebot zur Integration sind. Ein weiteres Auseinanderdriften kann niemand wollen.

● MELDUNGEN

Immigranten für die AfD

Wiesbaden – Die AfD in Hessen hat die Gründung eines Vereins namens „Mit Migrationshintergrund für Deutschland“ angekündigt. Dazu sagte der hessische AfD-Vorsitzende Robert Lambrou, welcher der Sohn eines Griechen und einer Deutschen ist, es sei „ein in Deutschland weit verbreiteter Irrtum, dass Menschen mit Migrationshintergrund grundsätzlich politisch links stehen“. Vielmehr wollten viele von diesen „eine authentische freiheitlich-konservative Politik“. Daher habe die AfD inzwischen mehr Bundestagsabgeordnete mit Migrationshintergrund als die CDU/CSU und die FDP. In der Tat können laut dem Mediendienst Integration 7,2 Prozent der Angehörigen der AfD-Fraktion auf mindestens ein ausländisches Elternteil oder eine Herkunft von außerhalb Deutschlands verweisen, während diese Quote bei der Unionsfraktion lediglich 4,1 Prozent und bei der FDP-Fraktion nur 5,4 Prozent beträgt. W.K.

Der ADAC wird grün

München – Der ADAC zählt 21,4 Millionen Mitglieder und damit fast so viele wie die katholische Kirche. Auf der Suche nach neuen Mitgliedern bedient der Verein für Autofahrer inzwischen immer mehr grüne Themen. So spricht er sich für eine generelle Geschwindigkeitsbeschränkung aus und versteht sich nicht mehr nur als Lobby-Club für Autofahrer, sondern leistet auch Hilfe bei Fahrradpannen. Mitglieder schätzen den ADAC vornehmlich wegen seiner effektiven Pannenhilfe. Doch nun ist von „attraktiven, komfortablen und individuell zugeschnittenen Mobilitätsoptionen“ die Rede und es wird besonders für E-Mobilität geworben. Auf den Leserbriefspalten in einigen Tageszeitungen kommt die Unzufriedenheit von Mitgliedern wegen dieser Neuausrichtung zum Ausdruck. Der ADAC verkauft Versicherungen und der „gelbe Engel“ ist zu einem gewaltigen, kapitalkräftigen Wirtschaftsgeflecht mit kommerziellen Interessen angewachsen. F. B.

Viele überlegen auszuwandern

Erfurt – Laut einer Umfrage des Markt- und Sozialforschungsinstitutes INSA erwägen momentan mehr Deutsche denn je, die Bundesrepublik für immer zu verlassen. Dem Satz „Ich überlege derzeit ernsthaft, aus Deutschland auszuwandern“ stimmte ein Viertel der Befragten uneingeschränkt zu. Noch im Januar 2022 tat dies lediglich jeder Sechste. Besonders hoch ist die Bereitschaft, den hiesigen Zuständen den Rücken zu kehren, in der Altersgruppe zwischen 19 und 29 Jahren. In dieser gibt es 37 Prozent potentielle Auswanderer, was einer Verdopplung gegenüber 2022 entspricht. Fast genauso hoch liegt mit 36 Prozent der Anteil der Auswanderungswilligen unter den Deutschen im Alter von 30 bis 39 Jahren. Von denen, die sich politisch rechts der Mitte verorten, erwägt sogar jeder Dritte zu emigrieren. Und bei den AfD-Wählern denkt jeder Zweite ans Auswandern. Dahingegen fühlen sich die SPD-Wähler hierzulande vergleichsweise wohl. W.K.



Probleme programmiert: Wie hier 2015 in Neuenstadt am Kocher sollen nun auch in Bork muslimische Asylsucher in Zelte einziehen

ASYLUNTERKUNFT

Zeltstadt nur für Männer

Bewohner des kleinen Ortes Bork in Sorge – Bürgermeister reagierte nicht

VON BODO BOST

Bislang waren nach Geschlechtern getrennte Siedlungen und Städte nur aus den streng islamischen Ländern wie Saudi-Arabien bekannt, wo in der geplanten Zukunftsmegacity Neom Männer und Frauen in getrennten Bereichen leben sollen, dafür soll allerdings für die Frauen, der Schleierzwang wegfallen. Jetzt wurde auch in Deutschland im Rahmen der Massenzuwanderung aus dem Nahen Osten, am Rande von Bork, einem Ortsteil der Stadt Selm im Kreis Unna im Zentrum des Landes, erstmals eine reine Männersiedlung für junge Muslime eröffnet.

Zunächst wurde angekündigt, dass dort vor dem Krieg geflüchtete Frauen und Kinder aus der Ukraine untergebracht werden sollten. Es kamen dann allerdings mehr als 700 alleinstehende junge Männer aus den

unterschiedlichsten Herkunftsländern und Kulturkreisen. In Bork ist die Lage seither mehr als angespannt.

Lüge sorgte für Verstimmung

Die Zeltstadt für Männer und die Anfangslüge sorgten in dem 6000-Einwohner-Stadtteil für große Verstimmung. Die Einwohner fürchteten um die Sicherheit vor allem der Frauen und Kinder in dem ländlich geprägten Ortsteil. Die Gegend, in der das Zeltlager liegt, ist ein beliebtes Jogginggebiet, auch für Frauen. Es ist bereits vorgekommen, dass sie von Asylsuchern belästigt wurden. Im Kreis Unna gibt es darüber hinaus viel zu wenig Polizeibeamte. Die statistische durchschnittliche Wartezeit vom Tätigen des Notrufes bis zum Eintreffen eines Streifenwagens liegt dort bei 30 Minuten.

Nachdem ein Dialog zwischen dem Selmer Bürgermeister und den beunruhig-

ten Bürgern nicht zustande gekommen war, starteten Einwohner eine Petition an den Landtag Nordrhein-Westfalen. Zunächst wollten die Petenten nur eine deutlich höhere Polizeipräsenz erreichen. In der Petition kritisierten sie vor allem die Schiefelage, 750 junge muslimische Migranten in einem Ortsteil mit 6000 Einwohnern unterzubringen. Eine solche

700

Männer, alleinstehend und jung, aus den unterschiedlichsten Herkunftsländern und Kulturkreisen, sollen in dem 6000-Seelen-Ortsteil untergebracht werden

GESETZLICHE KRANKENVERSICHERUNG

Beitragserhöhungen sollen Milliardenlücke schließen

Lauterbach will keine Leistungskürzungen, Lindner keine Steuermittel mehr lockermachen

Ein altes Lied ist um eine Strophe reicher geworden. Die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) fährt wieder einmal riesige Verluste ein und die Diskussion darüber, wie die Finanzierungslücke geschlossen werden kann, ist voll entbrannt.

Nach abgesicherten Finanzen im Jahr 2023 rechnen die Experten mit einem Defizit im kommenden Jahr. Und das, obwohl die Beiträge schon zum Jahresbeginn gestiegen waren. Der Spitzenverband der GKV kalkuliert derzeit mit einer Lücke zwischen 3,5 Milliarden und sieben Milliarden Euro. Der allgemeine Beitragssatz liegt aktuell bei 14,6 Prozent und der durchschnittliche Zusatzbeitrag bei 1,6 Prozent. Auf Einkommen bis zur Beitragsbemessungsgrenze werden Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung fällig, darüber liegende Einkünfte sind beitragsfrei.

Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach sieht für eine Erhöhung der

Bemessungsgrenze keinen politischen Spielraum.

„... halte mich an Abmachungen“

„Um diese anzuheben, müsste man gleichzeitig die Versicherungspflichtgrenze anheben. Das ist durch den Koalitionsvertrag aber ausgeschlossen. Ich hätte selber kein Problem damit, die Versicherungspflichtgrenze und die Beitragsbemessungsgrenze anzuheben. Aber ich halte mich an Abmachungen“, erklärte der SPD-Politiker.

Finanzminister Christian Lindner von der FDP hatte zuvor solchen Gedanken eine Absage erteilt und klar gemacht, dass der Staat nicht in die Breschen springen könne.

„Der Finanzminister hat klargestellt, dass die Steuerzuschüsse an die gesetzliche Krankenversicherung nicht erhöht werden können“, sagte Lauterbach dem Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND) und fügte hinzu: „Mit mir

wird es keine Leistungskürzungen geben. Der Beitragssatz zur gesetzlichen Krankenversicherung wird daher im nächsten Jahr erneut leicht steigen müssen.“ Die Grünen hatten zuvor eine Erhöhung der Grenze ins Spiel gebracht, um Besserverdiener stärker zur Kasse zu bitten. „Pauschale Beitragserhöhungen sind nicht die Lösung“, sagte die Parteivorsitzende Ricarda Lang. Demnach sollen Mitglieder von gesetzlichen Krankenkassen, die mehr als rund 5000 Euro brutto im Monat verdienen, deutlich mehr bezahlen.

GKV fordert Reformvorschläge

Der Verwaltungsrat des GKV-Spitzenverbandes äußerte unterdessen die klare Erwartung an das Bundesgesundheitsministerium, seinem gesetzlichen Auftrag nachzukommen und entsprechende Vorschläge für nachhaltige, dauerhaft ausgabenbegrenzende Reformmaßnahmen vorzulegen. „Der Gesundheitsminister

Unverhältnismäßigkeit schaffe weder Akzeptanz für die Asylsucher noch könne unter diesen Umständen eine Integration stattfinden.

Petition an den Landtag gerichtet

Schon wenige Wochen, nachdem die ersten Asylsucher eingetroffen waren, fühle man sich in Bork regelrecht „belagert“, heißt es in der Petition. Straftaten durch Asylbewerber würden kleingeredet oder ignoriert, vorgetragene Sorgen der Bürger heruntergespielt. Der Anfangslüge von den ukrainischen Frauen und Kindern folgten weitere Lügen. Diese konnten nicht zur Beruhigung der Bürger beitragen, sondern vergrößerten diese noch. Im Presseportal der Kreispolizei Unna sind beispielsweise Meldungen über Straftaten oder auch nur Ordnungswidrigkeiten im Zusammenhang mit der Zeltstadt gelöscht worden. Das scheint in ganz Nordrhein-Westfalen Praxis zu sein, denn auch in der Erstaufnahmeeinrichtung Unna-Massen wird bis auf geringe Ausnahmen nicht über Straftaten von Asylsuchern berichtet.

Wenn solche dann doch bekannt werden, beruht dies auf Hinweisen von Anwohnern. Bürger des Ortes haben jetzt zusätzlich eine Onlinepetition gestartet, mit dem Namen: „Wir wollen wieder Dorf-Leben in Bork!“ Damit ist gemeint, dass Bork einen politisch-strukturellen Nachholbedarf hat. Der Treffpunkt und Sportplatz für die Jugend im Ort wird jetzt mit Migranten überfrachtet. Vermutlich wird Bork nicht die einzige Männersiedlung mit Migrationshintergrund bleiben.

Hinzu kommt, dass auch die Migranten, die eigentlich in die Großstädte wollten, auf dem Lande, ohne Infrastruktur und Internet, keineswegs glücklich sind, auch wenn sie hier frei von Verfolgung sind, was ja der eigentliche Zweck ihres Aufenthaltes in Deutschland ist. Die Unzufriedenheit unter den männlichen Migranten könnte sich mit der Zeit, wie jeder Frust, irgendwo entladen. In der muslimischen Migrantenszene geschieht dies oft mit Messern, wie bereits in vielen anderen Orten geschehen.

Trotz des Kompromisses innerhalb der EU zur Neuordnung des Asylverfahrens ist damit zu rechnen, dass der Druck an der Migrationsfront in den Sommermonaten weiter steigen wird. Dafür sorgt unter anderem die hohe Sozialalientierungen für Asylsucher in Deutschland. Ein Romantisieren von politisierten Integrationsidealen, wie man es vor Jahren noch hören konnte, ist inzwischen jedoch weitgehend verstummt.

muss sich dieser Aufgabe stellen und Effizienzverbesserungen angehen. Seit Jahren kritisieren Wissenschaftler das Nebeneinander von Über-, Unter-, und Fehlversorgung. Daneben muss sich die Ampelkoalition auf ihre Festlegungen im Koalitionsvertrag besinnen und endlich dafür sorgen, dass der Staat höhere Beiträge für Bürgergeld-Beziehende aus Steuermitteln finanziert. Beitragssatzerhöhungen bringen keine nachhaltige Lösung.“

Grüne fordern höhere Fördermittel vom Staat

Die Chefin des Bundesverbands der gesetzlichen Krankenkassen, Doris Pfeiffer, brachte im Gegensatz zu Lauterbach Leistungskürzungen ins Spiel. Generell könne man sich sicherlich darüber unterhalten, ob alle Behandlungen sinnvoll und notwendig seien und auch eine wissenschaftlich nachgewiesene Wirkung hätten, erklärte sie. Peter Entinger

WASSERMANGEL

Energiewende verschärft die Probleme

Kohleausstieg führt dazu, dass kein Grundwasser mehr in die Spree geleitet wird – Verheerende Folgen

VON HERMANN MÜLLER

Ein Appell des Landkreises Oberhavel zeigt, wie angespannt auch in diesem Jahr die Lage beim Grundwasser und auch bei den Oberflächengewässern in der Mark Brandenburg bleibt. An die Bewohner des Landkreises erging die Aufforderung, zur Entlastung der Oberflächengewässer aus Seen und Flüssen nur nachts Wasser zu entnehmen. Nach Angaben des Landkreises droht erneut Niedrigwasser, zudem sinkt auch das Grundwasser bereits wieder. Ganz offensichtlich haben die Regenfälle seit dem vergangenen Herbst nicht ausgereicht, die Defizite aus den niederschlagsarmen Jahren zwischen 2018 und 2022 auszugleichen.

Wie in den Vorjahren dürften schon bald andere Landkreise mit Appellen zum Wassersparen nachziehen. In der Berichterstattung fügen Medien ziemlich regelmäßig einen Hinweis auf den „Klimawandel“ hinzu. Ein Interview, das der rbb unlängst mit dem Klimaforscher Peter Hoffmann zum Thema Wassermangel in Berlin-Brandenburg führte, war zudem auch mit einer Forderung zum Handeln begleitet. „Jetzt müssen wir den Worten Taten folgen lassen und auch einige unangenehme Maßnahmen einleiten. Eine wäre die Energiewende“, so Hoffmann vom Potsdamer Institut für Klimafolgenforschung. Tatsächlich droht aber die sogenannte Energiewende das Wasserproblem in der Region noch zu verschärfen.

Das Umweltbundesamt hat erst vor Kurzem gewarnt, dass Berlin, Brandenburg und Sachsen nach dem geplanten Kohleausstieg in der Lausitz mit einem verstärkten Wassermangel rechnen müssen. Die Behörde sprach dabei sogar von einer Mammutaufgabe, die auf die drei Länder zukommt. Wird der Beschluss zum Kohleausstieg umgesetzt, dann wird spätestens ab dem Jahr 2038 kein Grundwasser mehr aus den Braunkohletagebauen in der Lausitz abgepumpt und in die Spree geleitet. Nach Berechnungen des Umweltbundesamtes könnte der Fluss dann in trockenen Sommermonaten örtlich bis zu 75 Prozent weniger Wasser führen als derzeit.

Laut Dirk Messner, dem Leiter des Umweltbundesamtes, könnte es aus Berlin und Brandenburg dann Bilder von tro-



Chance und Gefahr zugleich: Flutung des ehemaligen Tagebaus Cottbus Nord

Foto: imago/Rainer Weisflog

cken Flussbetten geben, die bislang aus Südspanien bekannt sind. Das fehlende Wasser aus den Tagebauen wird nach Angaben der Bundesbehörde Konsequenzen für den Spreewald mit seinen Seen und Kanälen haben, aber auch auf die Trinkwasserversorgung in der Region Berlin.

Trockene Flussbetten wie in Spanien

Der Chef des Umweltbundesamtes warnt: „In Berlin und Brandenburg könnte im schlimmsten Szenario das Wasser empfindlich knapp werden, wenn nicht entschlossen gegengesteuert wird.“ In der Studie schlägt die Bundesbehörde unter anderem vor, Seen als Wasserspeicher auszubauen sowie Talsperren und Wasserspeicher zu ertüchtigen.

Brandenburg könnte dazu auf bereits vorhandene Infrastruktur zurückgreifen. Allerdings müsste diese vielerorts sehr zügig wieder in Schuss gebracht werden. Gerade in den 70er und 80er Jahren sind in der Mark eine Reihe von Meliorationsanlagen entstanden. Nach 1990 wurde eine Vielzahl von Wehr- und Stauanlagen

allerdings sich selbst überlassen und nicht mehr ausreichend gewartet. Hier ist die Politik gefragt. Die regionalen Wasserverbände bauen oder sanieren bislang nur einige wenige Anlagen pro Jahr. Um das Tempo deutlich zu erhöhen, müsste die Landesregierung koordinierend aktiv werden und vermutlich auch viel Geld in die Hand nehmen.

Keine Entlastung ist von künstlich angelegten Seen zu erwarten, die in der Lausitz in ehemaligen Tagebauen entstanden sind: An den Ufern dieser Seen kommt es immer wieder zu gefährlichen Rutschungen. So rutschte etwa 2021 bei Lohsa im Süden Brandenburgs auf über einem halben Kilometer Uferböschung in den Knapensee. Die Entnahme größerer Wassermengen aus Tagebauseen könnten solche Probleme verschärfen.

Zu spät kommen aller Voraussicht nach auch Pläne, über Kanäle oder Rohrleitungen aus anderen Regionen Wasser für Berlin-Brandenburg heranzuschaffen. Vorgeschlagen wurde bereits, Wasser aus der Elbe zu nutzen oder aber Ostseewas-

ser zu entsalzen und per Rohrleitung in die Mark Brandenburg zu pumpen. Planfeststellungsverfahren und Planungen solcher Projekte können erfahrungsgemäß bis zu 20 Jahre dauern. Bis tatsächlich Wasser fließen würde, wäre der Kohleausstieg und damit die Verschärfung des Wassermangels bereits Realität.

Mit Blick auf den Wassermangel in der „Streusandbüchse“ Brandenburg ist nicht nur der Kohleausstieg skeptisch zu sehen. Ein wichtiger Teil der Energiewende-Pläne ist auch die verstärkte Nutzung von Wasserstoff als Energieträger. Nach den Vorstellungen der Landesregierung soll im Süden Brandenburgs aus der bisherigen Kohleregion Lausitz sogar eine ganze Wasserstoffregion werden. Produziert werden soll der Wasserstoff, indem Strom aus Solar- und Windparks in Brandenburg genutzt wird. Für die Region mit ihren Wasserproblemen wird dies mit einem hohen Wasserverbrauch einhergehen. Bei der Elektrolyse werden zur Herstellung eines Kilogramms Wasserstoff neun Liter Süßwasser benötigt.

HAUSHALTSPLÄNE

Entweder Rotstift oder Steuererhöhungen

Christian Lindner plant, die Wirtschaftsförderung der östlichen Bundesländer zu kürzen

Der Bund muss wegen gestiegener Zinsen in den kommenden Jahren einen wachsenden Anteil seines Haushalts für den Schuldendienst aufwenden. Um eine drohende Lücke von 20 Milliarden Euro im Haushalt 2024 zu schließen, will Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) mit Ausnahme der Verteidigungsausgaben die Ausgaben aller Ressorts pauschal kürzen. Laut Informationen des „Spiegel“ will Lindner auf diese Weise 3,7 Milliarden Euro einsparen.

Gegen den Versuch, dabei auch bei der regionalen Wirtschaftsförderung den Rotstift anzusetzen, regt sich nun allerdings in mehreren östlichen Bundesländern und auch im Bundeswirtschaftsministerium Widerstand. Durch einen Zeitungsbericht war bekannt geworden, dass Lindner die Wirtschaftsförderung für die östlichen Bundesländer im kommenden

Jahr nahezu halbieren will. Das betroffene Förderprogramm, „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Regionalen Wirtschaftsstruktur“, ist in diesem Jahr noch mit 650 Millionen Euro ausgestattet. Kommendes Jahr will Lindner laut dem Bericht nur noch 350 Millionen Euro zur Verfügung stellen.

Widerstand gegen die Pläne

Sachsen-Anhalts Wirtschaftsminister Sven Schulze (CDU) warnte, die Kürzung der Mittel wäre eine Katastrophe für das Land. „Wir rechnen mit dem Geld. Kleine und mittelständische Unternehmen brauchen es“, so der Minister. Schulze warnt, der Nutzen für den Bundeshaushalt stehe in keinem Verhältnis zu dem Schaden. Auch Thüringens Wirtschaftsminister Wolfgang Tiefensee (SPD) warnte vor massiven Verwerfungen. Ein Sprecher des

sächsischen Wirtschaftsministeriums nannte die mögliche Kürzung bei der regionalen Wirtschaftsförderung „ein fatales Signal des Bundes“.

Auch in der Ampelkoalition gibt es Kritik an Lindners Idee, die regionale Wirtschaftsförderung zusammenzuziehen. Michael Kellner, Staatssekretär unter Bundeswirtschaftsminister Habeck sagte, eine deutliche Kürzung des Förderprogramms „wäre ein Angriff gegen den ländlichen Raum und strukturschwache Regionen“. Auch Habeck hatte schon signalisiert, dass er statt Kürzungen im Haushalt lieber die Steuern, insbesondere bei hohen Einkommen, erhöhen will.

Zinszahlungen belasten den Bund

Hintergrund des Streits über Ausgabenkürzungen oder Steuererhöhungen sind steigende Belastungen durch Zinszahlun-

gen, die der Bund zu leisten hat. Nachdem die EZB die Zinsen wieder angehoben hat, muss der Staat einen wachsenden Anteil seines Haushaltes für Zinszahlungen ausgeben. Im Jahr 2024 werden voraussichtlich mehr als 40 Milliarden Euro in den Schuldendienst des Bundes fließen. Durch die Politik des billigen Geldes der EZB musste der Bund im Jahr 2021 nur vier Milliarden Euro Zinszahlungen leisten.

Der Bundestag wird voraussichtlich im September den Haushalt 2024 beschließen. Wegen der parlamentarischen Sommerpause müssen die drei Partner der Ampelkoalition ihre Vorschläge für den Haushalt bereits bis zur ersten Juliwoche vorlegen. Der Bundestag wird dann über den Sommer prüfen, wie sich die unterschiedlichen Vorstellungen der drei Koalitionspartner in die Haushaltsplanung umsetzen lassen. H.M.

KOLUMNE

Pech für die CDU

VON VERA LENGSELD

Nach monatelangen Diskussionen um ein neues Grundsatzprogramm hatte die CDU nach Berlin zum Parteikonvent geladen. Der sollte demonstrieren, dass die Partei sich erneuert hat.

Unter den geladenen Gästen befand sich die ehemalige Spitzensportlerin Claudia Pechstein, mehrfache Olympiasiegerin und Weltmeisterin. Pechstein sollte ein paar Worte zum Spitzen- und Breitensport sagen. Das tat die Bundespolizistin auch. Sie nutzte ihren Auftritt allerdings, um die Einhaltung rechtsstaatlicher Normen in der Asylpolitik einzufordern. Warum rechtsgültig abgelehnte Asylbewerber weiter im Land leben dürften, würde niemand verstehen. Die Partei müsse sich mehr mit den wirklichen Problemen, zum Beispiel der Sicherheit in öffentlichen Verkehrsmitteln, beschäftigen, statt damit, ob man Gendernsternen setzt oder noch Zigeunerschnitzel bestellen darf. Wenn sich die CDU nicht um die Probleme der traditionellen Familie kümmere, würde sie aufhören, Volkspartei zu sein.

Pechstein bekam Applaus von den Delegierten und Gästen, aber nicht von Friedrich Merz und Karin Prien. Letztere wies Pechstein auf Twitter nach Art „Schuster bleib bei deinen Leisten“ zurecht. Sie hätte nur über Sport reden sollen. So viel zur Meinungsfreiheit bei den Merkelianern. Merz war allerdings trotz der Empörungshysterie der Linken auf Twitter so klug, sich hinter Pechstein zu stellen. Die Vorwürfe waren auch hanebüchen. Pechstein hatte in ihrer Rede mit der Forderung nach Einhaltung rechtsstaatlicher Normen weder ihre Pflicht als Beamtin zur Neutralität noch zur Mäßigung nach dem Beamtenrecht verletzt. Vielmehr zeigt die Skandalisierung rechtsstaatlicher Regeln, wie sehr sich unser Land in Schiefelage befindet. Pech für die CDU: Über ihre Neuausrichtung wird nicht diskutiert, aber liegt das an Pechstein?

MELDUNG

Flüchtlinge in Privatdomizilen

Berlin – Jiad Omar, der aus Syrisch-Kurdistan stammende Sprecher der Grünen-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus für Migration, Partizipation und Flucht, hat sich dafür ausgesprochen, Immigranten verstärkt in Privatwohnungen unterzubringen. Berliner, „die in zu großen Wohnungen leben und Platz haben“, könnten „diesen Platz teilen und dafür finanzielle Unterstützung bekommen“. Das wiederum würde ihnen erlauben, die gestiegenen Mieten zu kompensieren. Omar zufolge befinde sich Berlin „in herausfordernden Zeiten“. Und tatsächlich sind die Unterkünfte des Landesamtes für Flüchtlingsangelegenheiten derzeit zu 98,5 Prozent ausgelastet. Allerdings will der Grünen-Politiker denen, die „Geflüchtete“ in ihrem Domizil aufnehmen und damit auf einen Großteil ihrer Privatsphäre verzichten, nicht die 900 Euro pro Kopf und Monat zugestehen, welche Betreiber von Gemeinschaftsunterkünften kassieren, sondern lediglich 400 bis 600 Euro. W.K.

● MELDUNGEN

Abhörstation auf Kuba

New York City – Unter Berufung auf US-amerikanische Geheimdienstquellen hat das „Wall Street Journal“ berichtet, dass die Volksrepublik China die Errichtung einer Abhörstation auf Kuba plane, um die USA auszuspionieren. Da Kuba nur etwa 100 Kilometer von Florida entfernt liege, würde die Station die Chinesen in die Lage versetzen, eine Vielzahl von Kommunikationskanälen im Südosten der USA sowie die Bewegungen der US-Flotte in der Region zu überwachen. Havanna habe von Peking mehrere Milliarden US-Dollar als Gegenleistung für die Genehmigung zum Bau der Anlage erhalten. Für die Regierung in Washington signalisiert das Vorhaben „den Beginn einer neuen, eskalierenden Phase in Chinas ... Verteidigungsstrategie“. Laut dem US-Außenminister Antony Blinken würden die USA die Entwicklung auf Kuba genau beobachten und gegebenenfalls Gegenmaßnahmen ergreifen. **W.K.**

Folge von Brandstiftung

Ottawa – Vor dem Hintergrund der aktuellen Waldbrände in Teilen Nordamerikas berichten etliche lokale kanadische Blätter von zahlreichen Fällen von Brandstiftung. In manchen Fällen scheinen die Feuer ganz systematisch und konzentriert gelegt worden zu sein. So brachen fast alle Waldbrände in der Provinz Quebec gleichzeitig aus. Der Vorsitzende der oppositionellen konservativen Kanadischen Volkspartei (PPC), Maxime Bernier, erteilte Panikmache eine klare Absage. Der „Blick auf die offiziellen Daten zeigt, dass unter Berücksichtigung der allgemeinen jährlichen Schwankungen die Zahl der Waldbrände insgesamt rückläufig ist und auch allgemein bei der betroffenen Fläche kein Aufwärtstrend verzeichnet werden kann.“ Nichtsdestotrotz werden die Brände von den Medien und „Klimaschützern“ fast ausnahmslos als ebenso zwangsläufige wie dramatische Folge des „Klimawandels“ und der „Erderhitzung“ hingestellt. **W.K.**

Rekordwinter in Australien

Canberra – Der Winter auf der Südhälfte hat sich in Australien mit extrem niedrigen Temperaturen angekündigt, die absolut nicht in das von vielen Medien gezeichnete Bild von einer angeblichen Klimaerwärmung passen. So gab es im Mai eine Rekordkälte. Mehr als hundert Wetterstationen meldeten negative Temperaturrekorde. In der Großstadt Sydney war es so kalt wie seit 66 Jahren nicht mehr. In weiten Teilen des Fünftens Kontinents lagen die Temperaturen um fünf bis zehn Grad unter dem langjährigen Mittel. Das führte zu Frosteinbrüchen in Regionen, in denen Minusgrade absoluten Seltenheitswert haben, wie dem tropischen Bundesstaat Queensland und dem benachbarten Northern Territory, dessen Klima normalerweise feucht-warm oder gar trocken-heiß ist. Ein weiteres höchst ungewöhnliches Wetterphänomen waren Schneefälle in den Gebirgen von New South Wales und Victoria. **W.K.**

UKRAINEKRIEG

Planen die USA eine Exit-Strategie?

Warum Washington inzwischen die Zeit für eine Deeskalation des Konflikts mit Moskau für reif halten könnte

VON WOLFGANG KAUFMANN

Die im Mai 1948 gegründete RAND Corporation gilt als eine der einflussreichsten Denkfabriken in den USA. Sie berät sowohl das Militär als auch die Regierung der Vereinigten Staaten, und ihre Vorschläge werden in der Regel umgesetzt. Umso bemerkenswerter ist es, dass der vorwiegend vom Pentagon und anderen staatlichen Stellen finanzierte „Think Tank“ diesen Januar eine Studie mit dem Titel „Vermeidung eines langen Krieges. US-Politik und der Verlauf des Russland-Ukraine-Konflikts“ veröffentlicht hat.

Darin schrieben die Analysten Samuel Charap und Miranda Priebe, es liege im ureigensten Interesse der USA, den Ukrainekrieg schnellstmöglich zu beenden. Zum einen hätten sich die wenig wirksamen Wirtschaftssanktionen gegen

Russland und die Unterstützung Kiews als unerwartet kostspielig erwiesen und zum anderen führe eine Verlängerung des Krieges nicht nur zu einer Schwächung Moskaus, sondern auch zu einer Stärkung Pekings. Dabei bestehe das übergeordnete Ziel der USA doch darin, Sieger im Wettstreit mit dem globalen Hauptkonkurrenten China zu bleiben. In diesem Zusammenhang warnte die RAND Corporation vor einer „dramatischen Änderung der US-Politik über Nacht“, denn diese „ist politisch unmöglich – sowohl innenpolitisch als auch gegenüber den Verbündeten – und wäre in jedem Fall unklug“.

Analyse der RAND Cooperation

Diese Analyse ist bereits einige Monate alt. Nun allerdings könnte der Moment zum Handeln gekommen sein, weil die US-Geheimdienste zunehmend am Erfolg der immer wieder groß angekündigten

ukrainischen Gegenoffensive zweifeln und über die Versuche Kiews besorgt sind, den Krieg auf russisches Gebiet zu tragen. Schließlich droht dadurch eine Eskalation bis hin zum direkten Konflikt zwischen Russland und der NATO.

Vor diesem Hintergrund wirkt es wie der Startschuss zur Umsetzung einer Exit-Strategie der US-Regierung, wenn die „Washington Post“ Informationen zugespielt bekommt, denen zufolge die Ukraine hinter dem Anschlag auf die Nord-Stream-Pipeline steckt. Am 6. Juni meldete das Blatt unter der Überschrift „Die USA hatten Kenntnis von einem detaillierten ukrainischen Plan zum Angriff auf die Nord-Stream-Pipeline“. Die Zeitung verfüge über Kopien mehrerer vertraulicher Dokumente, denen zufolge die CIA im Juni vergangenen Jahres „über einen europäischen Geheimdienst“ erfahren habe, „dass ein sechsköpfiges Team von Mitglie-

dern ukrainischer Spezialeinheiten beabsichtige, das Erdgasprojekt von Russland nach Deutschland zu sabotieren“. Danach sei diese aus einer ukrainischen Quelle stammende Information an die deutschen Behörden weitergegeben worden.

Spekulationen der „Post“

Laut der gerne auch kurz „Post“ genannten größten Tageszeitung in Washington sollten die „Angehörigen der ukrainischen Sondereinsatzkräfte unter falscher Identität ein Boot mieten und mit einem Tauchfahrzeug auf den Grund der Ostsee tauchen ...“, um dann die Pipeline zu beschädigen oder zu zerstören“. Das Sabotage-Team habe unter dem direkten Befehl des Oberkommandierenden der ukrainischen Streitkräfte, General Walerij Saluschnyj, gestanden. Präsident Wolodymyr Selenskyj sei nicht eingeweiht worden, um hernach glaubhaft beteuern zu können, von keiner derartigen Aktion zu wissen. Inzwischen gäbe es deutsche Ermittlungsergebnisse, „die verblüffend zu dem passen, was die europäischen Dienste der Ukraine unterstellen“.

Die Spekulationen der „Washington Post“ wie auch spätere Meldungen belgischer und deutscher Medien unter Verweis auf angebliche Informationen des niederländischen Militärgeheimdienstes MIVD sind natürlich ebenso wie die bisherigen Ermittlungsergebnisse kein schlüssiger Beweis für eine ukrainische Täterschaft. Unbestreitbar indes ist, dass es im Interesse Kiews liegt, dass die Öl- und Gaslieferungen aus Russland in Richtung Westen nur noch über ukrainisches Territorium laufen, weil das einerseits als Druckmittel gegen Russland wie Deutschland taugt und andererseits Kiew erhebliche Transitgebühren einbringt.

Allerdings könnten die USA die Anschläge auch selbst ausgeführt haben und diese nun der Ukraine unterschieben, um einen Vorwand zu haben, ihren politischen Kurs um 180 Grad zu ändern und die Regierung Selenskyj fallen zu lassen. Fraglich ist indes, ob Moskau überhaupt bereit wäre, einem Einfrieren des Konfliktes nach koreanischem Vorbild zuzustimmen.



Auch in Washington wachsen die Zweifel am Erfolg ihrer groß angekündigten Gegenoffensive: Die Streitkräfte der Ukraine

FOTO: PRÄSIDENT DER UKRAINE/WIKIMEDIA

KOLUMBIEN

Heuchlerische Energiepolitik der Bundesregierung

Für Kohle aus El Cerrejón ignoriert Außenministerin Baerbock dortige Menschenrechtsverletzungen

An dem Tag, an dem Bundesaußenministerin Annalena Baerbock sich in Cali mit der kolumbianischen Vizepräsidentin Francia Márquez traf, um die neue Energiepartnerschaft zwischen ihren Ländern zu befestigen, starben 800 Kilometer weiter nördlich, in der Nähe der größten Kohlegrube Lateinamerikas El Cerrejón in La Guajira, zwei indigene Kinder an den Folgen eines Hungerstreiks. Seit Tagen blockierten die indigene Bevölkerung der Wayuu aus Protest gegen uneingelöste sozialpolitische und gesetzgeberische Versprechen der Politik Straßen und Eisenbahnstrecken und wollten damit verhindern, dass Arbeiter zur Kohlemine El Cerrejón gelangen.

Die Kohlevorkommen in El Cerrejón sind in den 1980er Jahren von Marktscheidern der Grube Camphausen im Saarland entdeckt worden. Seitdem gibt es privilegierte Beziehungen zwischen dem Saarland, das vor einigen Jahren seine Kohleförderung eingestellt hat, und Kolumbien, das im Laufe von nur wenigen

Jahren zu einem der größten Kohleförderländer der Welt aufgestiegen ist. Seit der Einstellung der russischen Erdgaslieferungen nach Westeuropa im Gefolge des Ukrainekrieges sind im Saarland und im angrenzenden Lothringen einige stillgelegte Kohlekraftwerke wieder ans Netz gegangen, um die Energielücken aufzufüllen. Letztere sind noch gewachsen, als Deutschland im April auch seine letzten drei Kernkraftwerke vom Netz nahm.

Der Tagebau El Cerrejón, einer der größten der Welt, liegt auf dem Siedlungsgebiet mehrerer indigener Völker. Diese wurden zum Teil wegen des Tagebaus umgesiedelt und sollten dafür entschädigt werden. Die Grubenbetreiberfirma aus Großbritannien hat sich jedoch oft nicht an die Abmachungen mit den indigenen Völkern gehalten. Deshalb kam es immer wieder zu Streiks und Blockaden der Indigenen, wie auch jetzt wieder.

Kirchenvertreter wie der peruanische Kardinal Pedro Barreto, Vorsitzender des katholischen Amazonas-Netzwerkes, hat-

ten wiederholt die scheinheilige und heuchlerische deutsche Umwelt- und Klimapolitik kritisiert, die im eigenen Land die Kohleförderung einstellt, um die Ersatzkohle von dort zu beziehen, wo die Menschenrechte nicht eingehalten werden und deswegen Menschen sterben.

Baerbock hat in Kolumbien für eine noch engere Partnerschaft mit dem viertgrößten lateinamerikanischen Land im Energie- und Klimabereich geworben. Sie unterstrich die gemeinsame werte- und ordnungsorientierte Politik sowie den Einsatz für eine feministische Außenpolitik. Appelle an die Außenministerin von Umwelt- und Menschenrechtsgruppen, in Kolumbien auch die Grube El Cerrejón zu besuchen, ignorierte sie bereits zum zweiten Mal. Vor einem Jahr hatte sie schon einmal Kolumbien besucht und dabei einen großen Bogen um die umstrittene Grube und die dortigen Menschenrechtsverletzungen gemacht.

Baerbock glaubte gerade in der afrokolumbianischen Vizepräsidentin Már-

quez eine ideale Partnerin für ihre feministische Außenpolitik gefunden zu haben. Sie ist die erste Frau aus der afrokolumbianischen Gemeinschaft in einem derart hohen Staatsamt. „Ohne Beteiligung von Frauen und marginalisierten Gruppen kann es keinen stabilen Frieden geben“, sagte Baerbock. „Ohne Frieden kann es keinen Klimaschutz geben. Ohne Klimaschutz kann es keine ausreichende wirtschaftliche und nachhaltige Entwicklung geben.“

Sie vergaß allerdings, dass es ohne Menschenrechte keines von dreien geben wird. Von den beiden verhungerten indigenen Kindern war eines ein Mädchen von gerade einmal vier Monaten. Umweltschützer und indigene Aktivisten werfen dem Betreiber der Mine vor, durch die Bergbautätigkeit die zunehmende Wasserknappheit in der Region verursacht zu haben. Indigene, die Ureinwohner des Landes, stehen in der Hierarchie in Kolumbien noch weit unter Afroamerikanern wie Márquez. **Bodo Bost**

VON HERMANN MÜLLER

Im Zuge ihres „Green Deal“ will die EU-Kommission erreichen, dass Europas Solarindustrie ab 2030 jährlich Module mit einer Leistung von 30 Gigawatt Leistung herstellt. Ein Brief, den Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) unlängst vom Solarzellenherstellers Meyer Burger erhalten hat, zeigt, dass dieses Ziel ohne sehr viel Geld vom Steuerzahler vermutlich nicht zu erreichen ist.

In dem Schreiben appelliert Unternehmens-Chef Gunter Erfurt an den Finanzminister, den Worten auch Taten folgen zu lassen. Der Chef von Meyer Burger erinnerte Lindner daran, dass dieser nach Beginn des russischen Angriffskriegs in der Ukraine Erneuerbare Energien als „Freiheitsenergien“ bezeichnet habe. Davon sei leider nicht mehr viel zu spüren. Zugleich kündigte das Unternehmen an, Projekte für den Ausbau der Solarfertigung in Deutschland abzubrechen und stattdessen in den USA zu investieren.

Die Ankündigung hat Gewicht. Das Unternehmen Meyer Burger ist mittlerweile das einzige Unternehmen, das überhaupt noch in Europa Solarzellen in industriellem Maßstab fertigt. Die Schweizer Firma beschäftigt in Thalheim (Sachsen-Anhalt) 350 Mitarbeiter, die dort täglich 800.000 sogenannte Halb-Zellen produzieren. Der Hinweis, künftig nicht hierzulande, sondern in den USA zu investieren, ist sehr ernstzunehmen.

In Übersee können Unternehmen wie Meyer Burger mit massiven Staatshilfen rechnen. Über ein milliardenschweres Subventionsprogramm, den sogenannten „Inflation Reduction Act“, winken Unternehmen hohe Zuschüsse. Das von US-Präsident Joe Biden im vergangenen Jahr angestoßene Programm sieht Investitionen von 400 Milliarden Dollar zur Stärkung des Industriestandortes vor. Gefördert werden „grüne“ Produkte oder Techniken, etwa die Herstellung von E-Autos oder die Herstellung von Solaranlagen.

Massive Staatshilfen in Übersee

Teil des Subventionspakets sind „Buy American“-Klauseln. Mit Staatsgeld können die Unternehmen nur rechnen, wenn sie in den USA oder aber in Kanada oder Mexiko produzieren. Mit beiden Nachbarländern haben die Vereinigten Staaten Freihandelsabkommen geschlossen.

Die Amerikaner vermeiden damit einen Fehler, den Deutschland gemacht hat. Über die Öko-Stromumlage hatte die rot-grüne Koalition in den 2000er Jahren Milliardensummen in die Förderung von Solarenergie gelenkt. Profitiert haben davon aber letztendlich vor allem Hersteller aus China. Gegen die Schwemme günstiger



Solarmodule aus deutscher Herstellung: Solardachziegel eignen sich auch für denkmalgeschützte Häuser

SOLARENERGIE

Ohne Subventionen läuft rein gar nichts

Meyer Burger, das einzige verbliebene Unternehmen, das in Europa noch Solarzellen herstellt, droht mit Abwanderung in die USA

Anlagen chinesischer Hersteller hatten deutsche Unternehmen keine Chance.

Der Ruf, auch hierzulande erneut die Produktion von Solartechnik finanziell zu fördern, kommt zehn Jahre, nachdem viele deutsche Hersteller zur Kenntnis nehmen mussten, dass sie im Wettbewerb mit den preiswerteren chinesischen Herstellern nicht mithalten können. Im Juni 2013 gab beispielsweise der Technologiekonzern Siemens bekannt, er werde seine Solarsparte aufgeben und sein defizitäres Solargeschäft komplett einstellen. Dem Konzern war es am Ende nicht einmal gelungen, einen Käufer dafür zu finden. Das Resultat war letztendlich die Schließung von Werken. Branchenexperten schätzten seinerzeit, dass das Solarabenteuer Siemens am Ende rund eine Milliarde Euro gekostet habe. Die Firma „First Solar“ hatte bereits

2012 die Reißleine gezogen und ihre beiden Werke in Frankfurt an der Oder aufgegeben. Auch Bosch hatte nach langen Verlusten vor zehn Jahren den Ausstieg aus dem Solargeschäft beschlossen. Große deutsche Solarhersteller wie Q-Cells oder Solarworld rutschten sogar in die Insolvenz.

Schon vor zehn Jahren defizitär

Mittlerweile stammen drei Viertel aller Solarmodule hierzulande aus der Volksrepublik China. In der weltweiten Produktion von Solaranlagen kommen die Chinesen sogar auf einen Anteil von 75 Prozent. Den europäischen Anteil an der weltweiten Produktion schätzt das Fraunhofer-Institut für solare Energiesysteme nur noch auf ein Prozent. Der Versuch, diese Marktanteile mit großem Subventionsaufwand wieder zu verändern, könnte ohne Ab-

schottung des europäischen Marktes den gleichen Ausgang nehmen wie vor zehn Jahren. Zu denken geben sollte zudem, dass auch die europäischen Hersteller von Windkraftanlagen massiv zu kämpfen haben, obwohl der Ausbau der Erneuerbaren Energien ein erklärtes Hauptziel von EU-Kommission und Bundesregierung ist.

Der Windkraftanlagen-Hersteller Nordex hat beispielsweise vor einem Jahr, im Juni 2022 die Produktion von Rotorblättern eingestellt. Durch die Werkschließung gingen nicht nur 600 Arbeitsplätze verloren, das Rotorblattwerk war auch das letzte verbliebene in Deutschland. Auch im Bereich der Wärmepumpen stehen asiatische und amerikanische Hersteller längst in den Startlöchern, um von Habecks „Wärmewende“ zu profitieren.

ENERGIEVERSORGUNG

Wenn Habeck der Industrie den Gashahn zudreht

BDI kritisiert die Pläne des Wirtschaftsministers – Neben der Ukraine profitieren die Türkei und Russland

Ist Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck bereit, aus Solidarität mit Osteuropa der deutschen Industrie massiven Schaden zuzufügen? Diese Frage stellt sich nach Äußerungen des Grünen-Politikers auf dem Ostdeutschen Wirtschaftsforum in Bad Saarow. Dort war Habeck in einer Rede am 13. Juni auf das Auslaufen der Gastransitverträge zwischen Russland und der Ukraine eingegangen. Trotz des Krieges gelten die Vereinbarungen zum Gastransit weiter. Habeck sagte, noch sei unklar, ob die Verträge 2024 verlängert werden. Bislang werden durch Gaslieferungen, die über ukrainisches Gebiet laufen, hauptsächlich Österreich, die Slowakei und andere osteuropäische Staaten versorgt.

Mit Blick auf eine mögliche Nichtverlängerung der Transitvereinbarung und ausbleibende Gaslieferungen in Osteuropa

machte Habeck auf dem Ostdeutschen Wirtschaftsforum eine brisante Aussage: „Bevor die Leute dort frieren, müssten wir unsere Industrie drosseln oder gar abschalten.“ Die deutsche Industrie muss Habecks Ankündigung wie ein Alarmsignal verstehen: Schon jetzt sind die Preise für den Energieträger Gas in der EU wesentlich höher als in den USA. Wenn jetzt durch den Wirtschaftsminister auch noch infrage gestellt wird, ob für die Industrie überhaupt Gas zur Verfügung gestellt werden kann, dann ist dies möglicherweise eine Zumutung zu viel.

Wie schlecht die Stimmung in der Wirtschaft ist, wurde beim Tag der Industrie deutlich. Siegfried Russwurm, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) sagte: „Momentan beschäftigen sich immer mehr Unternehmen

bis weit in den Mittelstand damit, einen Teil ihrer Wertschöpfung aus Deutschland weg zu verlagern.“ Der BDI-Chef forderte die Bundesregierung auf, schnell Voraussetzungen zu schaffen, damit die Unternehmen zu wettbewerbsfähigen Preisen mit Energie versorgt werden. Zudem mahnte Russwurm: „Der Strom muss 24 Stunden am Tag fließen – auch bei Dunkelflaute.“

Habecks Ankündigung, notfalls der Industrie die Gasversorgung abzuschalten, sendet nicht nur der deutschen Wirtschaft ein völlig falsches Signal. In Moskau kann die Aussage des deutschen Wirtschaftsministers wie ein Gratis-Rezept zur Schädigung der deutschen Wirtschaftskraft verstanden werden: Bleiben eure Gaslieferungen aus, dann fahren wir unserer Industrie runter, so eine mögliche Deutung von Ha-

becks Botschaft aus Sicht des Kreml. Mit seiner Aussage hat Habeck allerdings auch der ukrainischen Regierung ein starkes Mittel in die Hand gegeben, Druck auf Deutschland und die Abnehmerländer des russischen Gases auszuüben.

Schon jetzt gibt es aus Kiew Signale, den Transitvertrag nicht zu verlängern. Nach Angaben von Gerhard Roiss, dem ehemaligen Chef des österreichischen Öl- und Gaskonzerns OMV, soll der stellvertretende ukrainische Energieminister ihm gegenüber gesagt haben, der Vertrag werde zwar erfüllt, aber nicht verlängert, darauf habe man sich vorzubereiten. Mit einer solchen Entwicklung würde die Bedeutung der TurkStream-Gaspipeline steigen, die Gas unter dem Schwarzen Meer hindurch auf das europäische Gebiet der Türkei und weiter nach Südosteuropa leitet. H.M.

MELDUNGEN

„Klimahilfen“ missbraucht

London – Deutschland zahlte alleine zwischen 2015 und 2020 anderen Staaten im Rahmen einer UN-Initiative sogenannte Klimahilfen in Höhe von 41,6 Milliarden Euro. Wie die internationale Nachrichtenagentur Reuters meldet, wurden diese vielfach zweckentfremdet. Laut Reuters floss das Geld unter anderem in Kohlekraftwerke und Hotels. Die geförderten Ländern haben sich damit formal nicht ins Unrecht gesetzt, denn verbindliche Richtlinien, wofür die „Klimahilfen“ ausgegeben werden sollen, hat die Bundesregierung niemals erlassen, und das obwohl das Klimasekretariat der Vereinten Nationen die Geberländer hierzu ermächtigt hat. Nichtsdestotrotz plant die Ampelregierung eine deutliche Aufstockung der Zahlungen ab dem Jahre 2024. Die Genehmigung von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hierfür liege bereits vor, so die Aussage der Staatssekretärin und Sonderbeauftragte für internationale Klimapolitik im Auswärtigen Amt, Jennifer Morgan. W.K.

Stagnation prognostiziert

Paris – Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) rechnet für das laufende Jahr mit einem globalen Wirtschaftswachstum von 2,7 Prozent. Ganz oben auf der Rangliste stehen dabei Indien und China mit Wachstumsraten von 6,1 und 5,4 Prozent. Für Deutschland prognostiziert die OECD eine Stagnation. Damit korrigiert sie ihre früheren Prognosen um 0,3 Prozentpunkte nach unten. Hierdurch liegt die Bundesrepublik nur noch knapp vor Russland, dessen Wirtschaft 2023 trotz aller westlichen Sanktionen wohl lediglich um eineinhalb Prozent schrumpfen wird. Ganz am Ende der Skala rangiert Argentinien. Die OECD erwartet, dass die Wirtschaftsleistung des Schwellenlandes um 1,6 Prozent schrumpft. W.K.

Subvention für Intel

Magdeburg – Der Halbleiterhersteller Intel kann für seine zwei in Magdeburg geplanten Werke mit erheblich mehr Fördermitteln rechnen als ursprünglich abgemacht. Zunächst war vereinbart worden, dass Intel für sein Projekt staatliche Zuschüsse in Höhe von 6,7 Milliarden Euro erhält. Laut einem Bericht des „Handelsblatt“ gibt der Staat nun allerdings 9,9 Milliarden Euro dazu. Das Investitionsvolumen des Projekts beträgt insgesamt knapp 30 Milliarden Euro. Die Aufstockung der Fördermittel soll maßgeblich auf Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) zurückgehen. Finanzminister Christian Lindner und Forschungsministerin Bettina Stark-Watzinger (beide FDP) hatten hingegen vor einer ausufernden Subventionierung des amerikanischen Konzerns gewarnt. Intel will im Magdeburger Industriegebiet Eulenberg zwei Fertigungseinheiten, sogenannte Mega-Fabs, errichten. Pro Fabrik wird mit etwa 1500 bis 2000 Arbeitsplätzen gerechnet. H.M.

ANALYSE

Das Erbe des „Cavalliere“

PETER ENTINGER

Am Grab des verstorbenen Medienzaren und früheren Ministerpräsidenten Silvio Berlusconi vermieden Weggefährten und politische Gegner gleichermaßen Spekulationen über das Erbe des „Cavalliere“. In dem nach wie vor sehr katholisch geprägten Land gehört diese Zurückhaltung zum guten Ton. Doch damit dürfte es bald vorbei sein. Denn nach dem Tod des Parteigründers geht es vor allem um die Frage, wie es mit seiner 1994 aus der Taufe gehobenen „Forza Italia“ weitergeht.

Zweifelsohne waren die besten Zeiten der konservativen Berlusconi-Truppe längst vorbei. Bei den Wahlen im vergangenen Herbst kam sie noch auf acht Prozent und war damit der kleinste Teil des nun regierenden Mitte-Rechts-Bündnisses. Wichtig blieb Berlusconi aber vor allem als Stabilisator.

Angefangen hatte er in den 1990ern als Anführer einer neuen italienischen Zeitrechnung – die Altparteien waren gerade in einem Strudel des Mafia-Sumpfes versunken. Geendet ist er als ruhender Pol zwischen dem aufbrausenden Lega-Führer Matteo Salvini und der Regierungschefin Giorgia Meloni von den Fratelli d'Italia.

Die Forza Italia war von Beginn an eine Berlusconi-Show. Noch während des letzten Parteitages im Mai wurde der todkranke 86-Jährige vom Krankenzimmer aus zugeschaltet. Er hat sich nie wählen lassen, seine Stellvertreter wurden ernannt und wieder ausgetauscht. An seiner Seite tauchten immer wieder neue Kronprinzen auf und verschwanden in der Versenkung. Immerhin fünf Minister stellt die Forza Italia in der amtierenden Regierung, der bekannteste ist der stellvertretende Ministerpräsident und Außenminister Antonio Tajani.

Zerreißt Forza Italia?

Der 69-Jährige gilt derzeit als die Nummer 2 der Partei, gewählt wurde auch er nie. „Berlusconi hat uns einen Weg gezeigt, wir müssen in die Zukunft blicken, um ihn zu ehren und sein Projekt fortzuführen“, sagte der gebürtige Römer, „wir haben die Pflicht, weiterzumachen, und ich werde alles tun, damit unser politisches Projekt weiterhin eine Hauptrolle in der italienischen Politik spielen kann. Er wollte, dass die Regierung Meloni weiter macht, dass sie den

Bürgern Antworten gibt. Dazu verpflichten wir uns.“ Ob es ihm gelingt, die Partei zusammenzuhalten, ist fraglich. Kenner der italienischen Szene hatten zuletzt spekuliert, Berlusconi könne den Parteivorsitz an seine letzte, 53 Jahre jüngere Lebensgefährtin Marta Fascina vererben. Sie sitzt seit der letzten Wahl im Parlament, spielte dort bisher aber eher die Rolle einer Hinterbänklerin.

Einst hatte die Forza Italia die Nachfolge der Christdemokraten angetreten, doch Berlusconis Plan einer großen nationalkonservativen Volkspartei nach US-amerikanischem Vorbild konnte nie umgesetzt werden. Der Kampf um seine Nachfolge dürfte die Partei zerreißend und die Regierung vor eine große Belastung stellen. Auffallend offensiv hatte Meloni ihre Fratelli d'Italia Richtung Mitte gerückt und Einpeitschern vom rechten Rand die rote Karte gezeigt. Ihr sollte vor allem daran gelegen sein, Tajani und seine Getreuen mit ins Boot zu nehmen, um die eher liberal-konservativen Wähler zu sichern. Dass der EU-freundliche Außenminister irgendwann auf ein Fratelli-Ticket umbuchen wird, bezweifeln italienische Medien jedoch.

Wer erbt Berlusconis Wähler?

Außer Frage steht, dass Lega-Chef Salvini, der zuletzt augenscheinlich unter der Harmonie zwischen Meloni und Berlusconi litt, nun mehr Einfluss fordern wird. Der Föderalist kämpft um sein politisches Überleben, doch den reichen Unternehmern im Norden, die bis zuletzt Berlusconi die Stange hielten, gilt er als zu vulgär. Und im Süden haben die Armen nie vergessen, dass es die Lega war, die sie vor Jahren noch als „Erdfräser“ beschimpft hatte. „Wenn ich wetten müsste, würde ich sagen, dass Berlusconi acht Prozent großteils zu Meloni gehen und nur ein kleiner Teil zu Salvini“, sagte der römische Politik-Professor Lorenzo Castellani der Medienplattform Euractiv.

Doch das Konkurrenzdenken herrscht nicht nur auf der rechten Seite vor. Der frühere sozialdemokratische Ministerpräsident Matteo Renzi, heute Chef der Zentrumsparterie Italia Viva, lobte Berlusconi auffällig als großen Staatsmann und Europäer. Über eine Übernahme von Mandaten zu reden, verbiete sich aufgrund des Respekts vor dem toten Berlusconi, sagte er vor der Beerdigung am vorletzten Mittwoch.



FOTO: SCREENSHOT TWITTER/SPRINTERS986

Fundstück aus einem anderen Krieg: Schädel mit verrostetem Helm, der auf dem Grund des Kachowka-Stausees liegen soll

ZWISCHENRUF

Der alte Krieg im neuen

BODO BOST

Die Entleerung des riesigen Stausees des Dnepr-Flusses in der Ukraine infolge der Zerstörung des Nowa-Kachowka-Staudamms hat laut im Internet veröffentlichtem Filmmaterial Schlammflächen mit Skeletten hinterlassen, die an die gewalttätige Vergangenheit der Region erinnern. Das Watt am Boden des entleerten Stausees war nach dem Dammbruch übersät mit Knochen, von denen einige möglicherweise aus der Schlacht bei Nikopol vor fast 80 Jahren stammen.

Auf Videos, die auf der ukrainischen und der russisch besetzten Seite des Dnepr aufgenommen wurden, sind im Schlamm verstreute Schädel zu sehen, von denen einer einen Helm aus dem Zweiten Weltkrieg trägt. Die Aufnahmen konnten aufgrund der anhaltenden Kämpfe in dem Gebiet nicht unabhängig überprüft werden. Historiker halten es für möglich, dass einige der Überreste von Menschen stammen, die in einer großen Schlacht vor 80 Jahren auf demselben Gebiet gefallen sind, das heute im Mittelpunkt der ukrainischen Gegenoffensive gegen die russische Besatzung um Nikopol und Kamianka-Dniprovska steht.

Die Schlacht am Dnepr stand im Mittelpunkt einer der größten Militäroperationen des Zweiten Weltkriegs, des Ge-

genangriffs der sowjetischen Armee auf die deutsche Wehrmacht, an der mehr als fünf Millionen Soldaten beteiligt waren. Nach der sich Mitte Juli 1943 abzeichnenden Niederlage in der Schlacht bei Kursk (Unternehmen Zitadelle) und den folgenden Gegenoffensiven der Roten Armee plante das Oberkommando der Wehrmacht, eine starke Verteidigungslinie, den Ostwall, von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer aufzubauen. Im September 1943 konzentrierte man sich auf Nikopol am rechten Ufer des Flusses, das Hitler unbedingt halten wollte.

Ein Fluss wird zur Schicksalslinie

Die Heeresgruppe Süd unter Generalfeldmarschall Erich von Manstein sollte den sowjetischen Vormarsch zum Dnepr stoppen. Sie zählte 1,2 Millionen Soldaten. Ihr standen fünf sowjetische Fronten mit drei Marschällen sowie mit einer Gesamtstärke von 2,6 Millionen Soldaten gegenüber. Die Verluste der sowjetischen Truppen betragen zwischen 60.000 und 300.000 Mann, die der deutschen und rumänischen Truppen lagen bei bis zu 50.000 Mann. Charkiw fiel am 23. August 1943, die Stadt Saporischschja fiel am 14. Oktober, am 25. Oktober fiel Dnjepropetrowsk (Ukrainisch: Dnipro). Mit dem Fall Kiw am 6. November war die Schlacht am Dnepr weitgehend verloren, auch wenn noch einige Gegenschläge gelangen. An-

ders als heute wurde der Dnepr im Zweiten Weltkrieg nie feste Frontlinie.

Während nach dem Krieg tote Rotarmisten bestattet wurden, hat man ihre gefallenen deutschen Gegner einfach auf den Feldern liegen lassen. Insofern könnte es sich bei den jüngsten Entdeckungen tatsächlich um Wehrmachtssoldaten handeln, die einst mit dem Bau des Nowa-Kachowka-Damms 1956 überflutet wurden und deren Überreste jetzt mit dem Dammbruch wieder zum Vorschein kamen.

Generell werden durch das heutige Kriegsgeschehen in der Ukraine wieder mehr Spuren des Zweiten Weltkrieges sichtbar. An vielen Orten im Land mussten überhastet neue Schützengräben ausgehoben werden. Dabei wurden auch unbekannte Soldatengräber aus dem Zweiten Weltkrieg entdeckt. Vor allem im Kampf um Kiew in den ersten drei Monaten des Krieges wurden Soldatenleichen gefunden, die nach dem Abzug der Russen fast zusammen mit den noch frischen Leichen ermordeter ukrainischer Zivilisten beerdigt wurden.

In den Teilen der Ukraine, in denen es keine Frontlinien gibt, geht auch im Krieg die Umbettungsarbeit des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge weiter. 816 Soldaten wurden im ersten Kriegsjahr entdeckt und geborgen, weniger als in den Jahren zuvor, als Kriegstote in der gesamten Ukraine geborgen wurden.

PORTRÄT

Vierte Wahl für den Schleudersitz

Es gibt wohl nicht viele mit einem Jahreslohn von 230.000 Euro honorierte Bürojobs, um die qualifizierte Bewerber lieber einen großen Bogen machen. Der Chefessel beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk Berlin-Brandenburg (rbb) ist so eine Stelle, der seit dem Rauswurf von Patricia Schlesinger wegen angeblicher Vetternwirtschaft ein Pestgeruch anhaftet.

Die Journalistin und Juristin Ulrike Demmer hat sich einen Ruck gegeben und sich erfolgreich um diesen Posten beworben. Allerdings muss sie damit leben, dritte oder sogar nur vierte Wahl gewesen zu sein. Denn andere Bewerber traten wie die Interimsintendantin Katrin Vernau gar nicht erst an oder verzichteten, weil sie andere Gehaltsvorstellungen hatten. Die Sphären, in denen Schlesinger mit ihren von GEZ-Gebühren finanzierten 350.000 Euro pro Jahr schwebte, sollten für den Nachfolger jedoch tabu sein.

Nachdem ihre einzige Gegenkandidatin ausschied, hat der Rundfunkrat die 50-jährige Demmer auch erst im vierten Wahlgang mit der gerade noch notwendigen Zweidrittelmehrheit zur neuen Intendantin gewählt. Zu wenig überzeugend geriet vor der Wahl ihre Bewerbungsrede, die nach Aussagen von Teilnehmern wirkte, als bewürbe sie sich nicht um die Intendanz, sondern um eine Hospitanz.

Dass sie von 2016 bis 2021 stellvertretende Sprecherin der Bundesregierung war und dabei die SPD-Seite der Großen Koalition vertrat, wirkt ebenfalls wie ein Menetekel, da der rbb neuerdings darum bemüht ist, keinen Anschein von politischer Einflussnahme zu erwecken. Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke wird jedenfalls keine Gelegenheit auslassen, auf den rbb-Rundfunkrat einzuwirken, sollte sich die neue Intendantin auch nur den geringsten Fehltritt leisten.

Nach eigener Aussage besitzt die aus Solingen stammende Demmer kein Parteibuch, hat sich aber nach einem Jurastudium in Bonn und Berlin sowie journalistischen Anfängen beim NDR, rbb und ZDF-Morgenmagazin politisch nach links bewegt. So war Demmer für den „Spiegel“, den „Focus“ und das mehrheitlich von der SPD getragene RedaktionsNetzwerk Deutschland tätig. H. Tews



FOTO: PA Neu beim rbb: Ulrike Demmer

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,

Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2023: Inland 16 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 18,50 Euro, Luftpost 22,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,90 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Bürogeschäftsstelle: info@ostpreussen.de

Herzensanliegen Steinort

Verleihung der Heinrich-von-Lehndorff-Medaille an den Dirigenten Christian Thielemann und den Kunsthistoriker Kilian Heck

Er kam ohne Orchester nach Lüneburg. Aber wenn der weltbekannte Dirigent Christian Thielemann zu Gast ist, dann sind auch ohne Musiker harmonische Töne garantiert. Das war auch diesmal im Ostpreußischen Landesmuseum der Fall, als der Chefdirigent der Sächsischen Staatskapelle Dresden gemeinsam mit dem Greifswalder Kunsthistoriker Kilian Heck mit der Heinrich-von-Lehndorff-Medaille geehrt wurde.

Die beiden Preisträger haben sich mit der Gruppe „Kunstfreunde Schloss Steinort“ um die Bewahrung der letzten originalen Ausstattungsstücke und Kunstgegenstände von Schloss Steinort verdient gemacht. Das in Masuren gelegene Schloss war seit dem Mittelalter der Stammsitz der ostpreußischen Adelsfamilie von Lehndorff. Sein letzter Besitzer, Heinrich Graf von Lehndorff, war einer der Verschwörer des 20. Juli 1944. Nach dem misslungenen Attentat auf Hitler in der „Wolfsschanze“ wurde er verhaftet, zum Tode verurteilt und im September 1944 hingerichtet. Seine Familie wurde enteignet und aus Steinort verjagt.

In seiner Dankesrede erzählte Thielemann, wie er – getrieben von dem Bemühen um die Bewahrung der Erinnerung an ein Stück verloren gegangene Geschichte – zunächst zu dem nicht mehr existenten Schloss Friedrichstein der Familie von Dönhoff und schließlich zu Steinort kam. Dessen eindrucksvolle Eichenalleen, die er in ihrer Wucht „wie eine Sinfonie von Bruckner“ empfindet, und dessen Geschichte im Zusammenhang mit dem 20. Juli 1944 hätten ihn inspiriert. Es sei ihm ein Bedürfnis gewesen, Impulse für dessen Erhalt zu geben.

Liebeserklärung an Land und Leute

Aus der Unsicherheit, was ein Einzelner überhaupt tun und ausrichten kann, und durch sein anhaltendes Kunstinteresse ergab sich der Glücksumstand, dass die wegen noch existenten Kunst- und Ausstattungsgegenstände von Schloss Steinort in ihrer Gesamtheit auf Thielemanns und Hecks Initiative hin bewahrt werden konnten. Die „Kunstfreunde Schloss



In Lüneburg vor dem Tischbein-Portrait „Familie des Grafen Ahasverus v. Lehndorff“: Christian Thielemann (l.) und Kilian Heck

Steinort“ unterstützten das Anliegen mit einer Zwischenfinanzierung, bis die vorläufige Lösung des Verbleibs im Ostpreußischen Landesmuseum über öffentliche Gelder gefunden werden konnte.

Das Konvolut von Gemälden, Möbeln, Tapiserien, Kunsthandwerk, Tafelgeschirr und -silber sowie Briefen und Büchern aus dem einst von äußerst qualitativster Ausstattung geprägten Schloss Steinort zählt zu den bedeutendsten Beständen an erhaltenem adligen Inventar aus Ostpreußen. Sowohl Thielemann als auch Heck hatten sich für den Erhalt dieser Sammlung eingesetzt, die durch Einzelverkäufe auseinanderzureißen drohte.

Dank ihrer Initiative wurde der Ankauf durch die Stiftung Deutsches Historisches Museum Berlin mit Mitteln der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien möglich. Nach der Restaurierung soll die Sammlung in einer

Ausstellung im Ostpreußischen Landesmuseum Lüneburg gezeigt werden.

Museumsdirektor Joachim Männert schilderte nach der Medaillenverleihung anschaulich den abenteuerlichen Weg, den die Kunstgegenstände gehen mussten: die Evakuierung aus Ostpreußen in Güterwaggons, das eilige Einmauern in einen Burgkamin und der Jahrzehnte später erfolgte „Schatzfund“ auf Burg Kriebstein in Sachsen, nach der deutschen Einheit schließlich langjährige Restitutionsbemühungen der einst von den Nationalsozialisten enteigneten Familie, der drohende Auktionsverkauf bei Christies in London und die glückliche Rettung als zusammenhängender Bestand durch die von den Laureaten initiierte Gruppe von Kunstfreunden, bis sie vom Deutschen Historischen Museum erworben und als Leihgabe vom Ostpreußischen Landesmuseum übernommen werden konnten.

Männert würdigte das Konvolut, welches auch wegen herausragender Einzelstücke von höchstem musealen Wert sei. So etwa ein ungewöhnliches Familienporträt vom „Goethe-Tischbein“ Johann Heinrich Wilhelm Tischbein (1751–1829)



Lehndorff-Sitz: Schloss Steinort heute

oder Portraits von Antoine Pesne und Anna Rosina de Gasc sowie ein mächtiger Gobelin mit biblischer Szenerie.

Das Schicksal von Steinort

Später einmal, so die Hoffnung aller Beteiligten, sollen das Schloss und sein Inventar wieder zusammengeführt werden. Aktuell gibt Schloss Steinort allerdings ein trauriges Bild ab. Das Gebäude war zwar von Kriegszerstörungen verschont geblieben. Doch nach längerer Besetzung durch die Rote Armee war es ab den 1950er Jahren Sitz einer landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft. In den 1990er Jahren haben die Besitzer mehrmals gewechselt und ließen das Schloss stark verfallen. Seit 2009 gehört es der Polnisch-Deutschen Stiftung Kulturpflege und Denkmalschutz, die sich um seine Rettung bemüht.

Einer, der sich seitdem an den Sanierungsmaßnahmen beteiligt, ist der Meißener Bauingenieur und Hochschullehrer Wolfram Jäger. Er hat auch die Lehndorff-Medaille gestiftet, die seit 2021 an Persönlichkeiten vergeben wird, die sich um die Rettung des Schlosses und seines Inventars sowie die Festigung der deutsch-polnischen Beziehungen verdient gemacht haben. Erstmals ging sie an den einstigen Botschafter Polens in Deutschland, Janusz Reiter, sowie an Antje Vollmer, der im März verstorbenen ehemaligen Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages. Die grüne Politikerin hatte nach ihrem Ausscheiden aus dem Bundestag mit „Doppelleben“ im Jahr 2010 eine Monographie über Heinrich von Lehndorff und seine Ehefrau Gottliebe verfasst.

Wenn Steinort einmal umfangreich restauriert sein sollte, könnte Thielemann dort einmal ein Konzert geben. Groß genug für ein musikalisches Festivalspektakel ist es allemal. *H. Tews/OL*

● **Konzerttipp** Am 8. Juli überträgt 3sat live ab 20.15 Uhr und zeitversetzt das BR-Fernsehen ab 22 Uhr ein Freiluftkonzert mit Christian Thielemann, dem Pianisten Lang Lang sowie dem Chor und Sinfonieorchester des Bayerischen Rundfunks auf dem Münchener Odeonsplatz.

TV-KRITIK

Die Uhr tickt erbarmungslos

Mit der sechsteiligen Krimiserie „Der Schatten“ will ZDFneo auf den Zug von Netflix und Co. aufspringen

Das Netz zieht sich langsam zusammen, sehr langsam. Aber irgendwann hängt die junge Reporterin Norah (Deleila Piasko) darin wie ein zappelnder Käfer. Kaum ist sie in Wien angekommen, wird sie von einer Bettlerin mit einem Fluch belegt – an einem bestimmten Tag im August werde sie vor dem Prater einen Mann töten. Mit drastischen Effekten aus dem Arsenal des Gruselfilms geht es weiter.

Warum der Sechsteiler „Der Schatten“ (ab 25. Juni jeweils sonntags um 20.15 Uhr in Doppelfolgen in ZDFneo) trotz einiger Längen in seinen Bann zieht, liegt an der vielschichtigen Drehbuchvorlage eines Buchs der Krimi-Autorin Melanie Raabe. Es gibt durchaus realistische Anteile in diesem Höllenritt: das Exklusiv-Interview, das die Reporterin mit einem Künstler (Andreas Pietschmann) führen soll, der berüchtigt ist für grenzwertige Aktionen; das schwule Freundespaar, bei dem

die Karrieristin Wärme sucht; die Nachbarin, die ihr zur Seite steht, auch als es in der Redaktion zu Konkurrenzkämpfen mit einem Kollegen kommt.

Nur die mysteriöse rothaarige Frau, die ihren Weg kreuzt und ihrer tragisch verstorbenen Freundin Valerie so verblüffend ähnlich sieht, macht stutzig. Die Suche nach Valeries vermeintlichem Mörder wird für Norah zur fixen Idee. Hat ein gewisser Arthur Gremm sie einst von der Brüstung eines Staudamms gestoßen? Und ist er der Mann, den sie laut Prophezeiung töten wird? Fortan wird eine Uhr eingeblendet, die unbarmherzig auf den Tag X zuläuft.

Von der Mitte der Serie an verfolgt die Kamera Norahs Weg in die Psychose. Was ist noch wahr, was Einbildung oder Manipulation? Warum treibt die Bettlerin tot im Fluss, warum verschwinden Dinge aus Norahs Wohnung? Im unter der Hitze

brütenden Wien hetzt die Protagonistin von Ort zu Ort, das T-Shirt schweißge-



Ihr Schatten geht eigene Wege: Norah (D. Piasko) mit Valerie (Anneli G. Prey)

tränkt, die Augen dunkel umschattet, die Prophezeiung wie ein Gewicht auf den Schultern. Von allen fühlt sie sich verfolgt, von den Freunden verlassen.

Nur der Zuschauer beginnt zu ahnen, dass irgendjemand mit Norah ein übles Spiel treibt, das mit einem Kunstprojekt zu tun haben könnte. Weil die Serie auf ZDFneo läuft, der jüngeren Version des ZDF, wird viel mit Laptops und aufploppenden SMS gearbeitet.

Die Regie setzt auf weitgehend unbekannte Schauspieler, unter denen sich Hauptdarstellerin Piasko in fast jeder Szene profilieren kann. Nur die Schlusszene, in der sie mit hochgereckten Armen jubelnd im Cabrio steht, hat man schon öfter gesehen, zumeist in Schnulzen. Aber diesen Eindruck will diese an die Sehgewohnheiten der Streamingdienste angelehnte Serie ansonsten unbedingt vermeiden. *Anne Martin*

● MELDUNG

60 Mal Klimt in Berlin

Berlin – „Secessionen. Klimt, Stuck, Liebermann“ heißt die neue Ausstellung, die vom 23. Juni bis 22. Oktober in der Alten Nationalgalerie auf der Berliner Museumsinsel zu sehen ist. Die Schau widmet sich erstmals den drei Kunstmetropolen in München, Wien und Berlin zur Jahrhundertwende im Vergleich. Für die Abspaltung (Secession) von traditionellen Künstlervereinigungen stehen beispielhaft die Maler Franz von Stuck (München), Gustav Klimt (Wien) und Max Liebermann (Berlin). Die Ausstellung umfasst rund 200 Gemälde, Skulpturen und Graphiken von 80 Künstlern, darunter auch die beiden ostpreußischen Maler Lovis Corinth und Käthe Kollwitz. Die Kooperation mit dem Wien Museum rückt allerdings das Œuvre Klimts mit rund 60 Werken in den Mittelpunkt. *tws*

WILLY MESSERSCHMITT

Der Jagdmaschinenbauer des Dritten Reiches

Vor 125 Jahren wurde der Flugzeugkonstrukteur und Unternehmer in Frankfurt am Main geboren

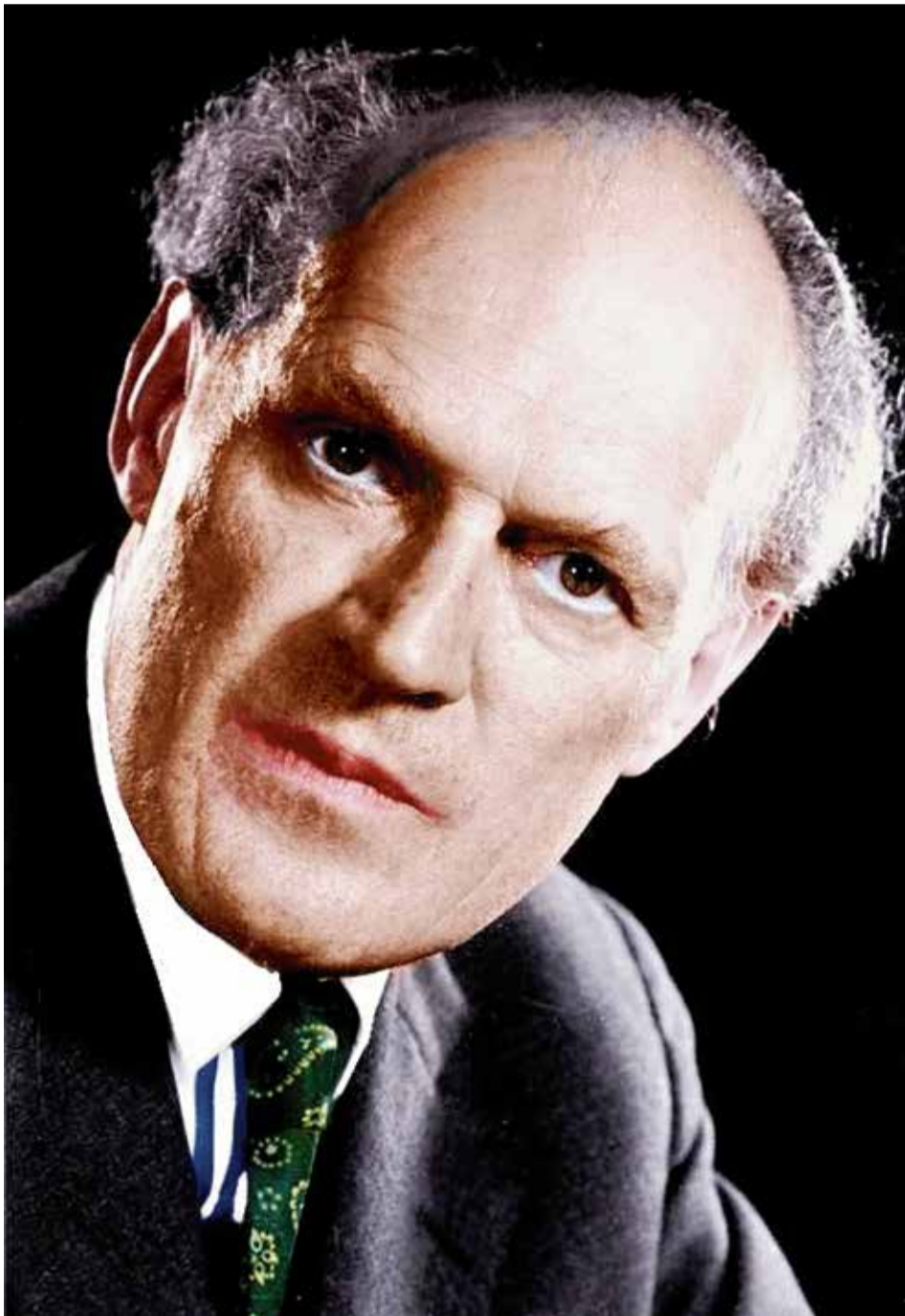
VON MANUEL RUOFF

W ilhelm „Willy“ Emil Messerschmitt hatte das Glück, dass er in wirtschaftlich geordneten Verhältnissen aufwuchs und sein (nicht leiblicher) Vater seine technischen Neigungen und Begabungen bereits während der Schulzeit erkannte und förderte.

Messerschmitt kam am 26. Juni 1898 im damals preußischen Frankfurt am Main als Sohn der damals unverheirateten Anna Maria Schaller zur Welt. 1905 heiratete sie Johann Baptist Ferdinand Messerschmitt, der den Jungen als seinen Sohn anerkannte. Die Eltern betrieben eine große Weinhandlung mit Weinstube, doch war der Vater ausgebildeter Ingenieur und insofern seinem Sohn seelenverwandt. Als 1909 in Frankfurt die Internationale Luftschiffahrt-Ausstellung, die bis dahin größte und bedeutendste Luftfahrt-Ausstellung, stattfand, waren Vater und Sohn dabei. Wenn sie nicht schon vorher an Flugtechnik interessiert waren, so waren sie es spätestens nach diesem Erlebnis. Die beiden bauten gemeinsam Flugmodelle und noch während der Schulzeit ging Messerschmitt zum Bau von Gleitflugzeugen über, die er mit Freunden selbst ausprobierte. Dabei wurde er von dem 18 Jahre älteren Segelfluggpionier Friedrich Harth gefördert, den er als 13-Jähriger kennenlernte.

Bf 109 und Me 262 setzten Maßstäbe

Nach Abitur und Kriegsdienst studierte Messerschmitt von 1918 bis 1923 Ingenieurwissenschaften an der Technischen Hochschule München. Im Krisenjahr 1923 gründete er mit finanzieller Unterstützung seiner Familie die Messerschmitt Flugzeugbau GmbH. Es begann mit Segelflugzeugen, doch Messerschmitt wollte auch ungleich teurere und aufwendigere Motorflugzeuge bauen. Auf der Suche nach Kapitalgebern stieß er auf den ehemaligen Jagdflieger Theo Croneiß, der



Aufnahme aus dem Jahr 1958: Willy Messerschmitt

Messerschmitt 1925 mit der Entwicklung eines leichten Verkehrsflugzugs in fortschrittlicher Ganzmetall-Bauweise für die von ihm geplante Luftfahrtgesellschaft beauftragte. Das Ergebnis war die Messerschmitt M18, von der zwischen 1926 und

1934 26 Exemplare hergestellt wurden. Allein 19 von ihnen nahm die von Croneiß 1926 gegründete Nordbayerische Verkehrsflug GmbH ab.

Neuen Schub brachte im deutschen Flugzeugbau die „Machtergreifung“ der

Nationalsozialisten. Im Staatsauftrag entwarf Messerschmitt 1934 das Wettbewerbsflugzeug Messerschmitt Bf 108, ein viersitziges Leichtflugzeug, das zeigte, was technisch möglich war. Als für die offiziell 1935 gegründete Luftwaffe ein Standardjäger gesucht wurde, entwickelte Messerschmitt die Bf 108 zur Bf 109 weiter. Wie schon die rund 885-mal gebaute Bf 108 wusste auch die Bf 109 zu überzeugen. Beide Ganzmetallkonstruktionen waren einmotorige Tiefdecker mit geschlossener Pilotenkanzel und Einziehfahrwerk. 1935 fand der Erstflug statt, zwei Jahre später erfolgte die Indienststellung. Ebenfalls 1937 wurde mit einer Bf 109 ein neuer Geschwindigkeitsweltrekord für Landflugzeuge aufgestellt. Die Vorkriegsentwicklung blieb bis zum Kriegsende der Standardjäger der Luftwaffe und wurde das meistgebaute Jagdflugzeug der Welt.

Mit der Bf 109 hatte sich Messerschmitt einen Ruf als begnadeter Militärflugzeugkonstrukteur im Allgemeinen und Jagdflugzeugkonstrukteur im Besonderen erworben. So konstruierte und baute er weitere Maschinen für die Luftwaffe. Doch gab es auch Rückschläge. Zu nennen ist in diesem Zusammenhang die Me 210. Der Zerstörer ging 1941 trotz gravierender Konstruktionsfehler in die Serienfertigung. Im darauffolgenden Jahr musste Messerschmitt die Leitung seines Unternehmens abgeben und sich mit der Entwicklung und Konstruktion von Maschinen begnügen.

Ein großer Erfolg war dann wieder die Me 262. Das ab 1943 produzierte erste in Serie gefertigte Strahlflugzeug kam jedoch zu spät und mit 1433 Exemplaren in zu geringer Stückzahl, um noch kriegsentscheidende Bedeutung gewinnen zu können. Von den Innovationen dieses Düsenjägers profitierten dann die Kriegssieger.

Nach dem Krieg wurde Messerschmitt interniert. Schlimmeres blieb ihm möglicherweise dadurch erspart, dass er ab 1942 nur noch für Konstruktion und Ent-

wicklung und nicht mehr für die Produktion verantwortlich gewesen war. 1948 wurde er als Mitläufer eingestuft.

Schwieriger Neuanfang nach 1945

Messerschmitt war zwar nun wieder auf freiem Fuß, aber der Bau von Flugzeugen war den Deutschen vorerst verboten. Nollens volens wich Messerschmitt erst einmal auf die Herstellung von Kleinbauten wie dem Messerschmitt Kabinenroller, Bügeleisen, Nähmaschinen und Fertighäusern aus. Wollte er weiter in seinem Metier tätig sein, blieb ihm nichts anderes übrig, als ins deutschfreundliche Ausland auszuweichen. Und das tat er denn auch wie viele seiner Kollegen.

Ab 1952 war er Berater des spanischen Flugzeugherstellers Hispano Aviación S.A. Als erstes widmete er sich der HA-1112, einer Weiterentwicklung der Bf 109. Es folgten das einmotorige Schulflugzeug HA-100 und der Strahltrainer HA-200, von dem von 1962 bis 1971 insgesamt 212 Exemplare produziert wurden. Die Entwicklungsunterlagen für die HA-300, ein Mehrzweck-Überschallkampfflugzeug mit Deltaflügeln in Leichtbauweise, verkaufte Hispano Aviación an den ägyptischen Flugzeughersteller Helwan Aircraft, und so kam Messerschmitt mit den Ägyptern ins Geschäft. Das Ergebnis war die Helwan HA-300, die 1964 ihren Erstflug hatte, aber nie in Serie ging.

Für ihre 1956 aufgestellte Luftwaffe durften sich die Westdeutschen inzwischen auch wieder in ihrem eigenen Land mit Flugzeugen beschäftigen. Ab 1955 baute Messerschmitt das italienische Erdkampff- und Aufklärungsflugzeug Fiat G.91 in Lizenz. Entsprechend der politisch gewollten Konzentration der Kräfte ging Messerschmitts Unternehmen schließlich in der 1969 gegründeten Messerschmitt-Bölkow-Blohm GmbH (MBB) auf. Seine Anteile an MBB vermachte der am 15. September 1978 in München gestorbene Witwer ohne leibliche Kinder der von ihm 1969 gegründeten Messerschmitt Stiftung.

JULIUS CARL RASCHDORFF

Mit dem Berliner Dom setzte er sich ein Denkmal

Der Architekt, Hochschullehrer und Dombaumeister kam vor 200 Jahren in der schlesischen Stadt Pleß zur Welt

Julius Carl Raschdorff stammte aus Schlesien, gehörte in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu den bedeutendsten Architekten Deutschlands und hinterließ ein riesiges Gesamtwerk. Dazu gehören Kirchen, Synagogen, Schulgebäude, Museen, Bibliotheken, Rathäuser, Theater, Bahnhöfe, Schlösser und Grabkapellen. Er baute in verschiedenen historischen Stilformen. Der Reigen seiner Bauten reicht vom Haus der Casino-Gesellschaft in Saarbrücken, das heute den Landtag des Saarlandes beherbergt, über den Berliner Dom, sein wohl bedeutendstes Werk, bis zur Grabkapelle der Grafen Henckel von Donnersmarck in Oberschlesien, die im Unterschied zum riesigen benachbarten Neudecker Schlosskomplex erhalten blieb.

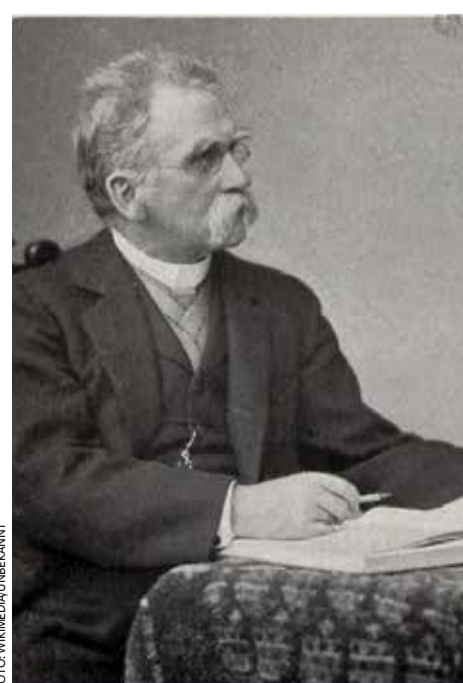
Der herausragende Architekt wurde am 2. Juli 1823 in Pleß geboren. Sein Geburtsort gehörte einst zur gleichnamigen schlesischen Ständeherrschaft, die unter Friedrich dem Großen an Preußen kam und nach dem Erlöschen der Besitzer aus der Linie von Anhalt-Köthen-Pleß an den niederschlesischen Grafen Hans Heinrich von Hochberg zu Fürstenstein fiel. Während des Ersten Weltkrieges residierte

hier Kaiser Wilhelm II. mit seinem Militärstab.

Raschdorff wuchs in Pleß auf, machte das Abitur in Gleiwitz und studierte von 1845 bis 1853 an der Berliner Bauakademie. Die Architektenschmiede war von König Friedrich Wilhelm III. gegründet und nach Plänen von Karl Friedrich Schinkel zwischen 1832 und 1835 erbaut worden, wurde im Zweiten Weltkrieg zerstört und gilt heute mit der roten Ziegelfassade als Ursprungsort der architektonischen Moderne. Seit 2019 engagiert sich eine Bundesstiftung für die Wiederrichtung. Raschdorff wurde in diesem berühmten Schinkelbau geprägt.

Nach Abschluss der Ausbildung wirkte er zunächst in Berlin als Architekt. 1854 wechselte er nach Köln. Dort prägte er erst als Zweiter Stadtbaumeister bis 1878 die städtebauliche Entwicklung und beteiligte sich am Bau zahlreicher Gebäude der Region. Das reichte vom Apostelgymnasium und dem Stadttheater in Köln über das repräsentative Palais für die Casino-Gesellschaft in Saarbrücken bis zum Ständehaus in Düsseldorf, das den preußischen Provinziallandtag und später den nordrhein-westfälischen Landtag aufnahm.

Raschdorff referierte auf der Pariser Weltausstellung „über neue Bautechniken“ und wurde nach den ersten Erfolgen mit Bauaufträgen überhäuft. Er wirkte deshalb ab 1872 als Privatarchitekt. 1878 ging er als Professor für Baukunst an die



Kaiserlicher Architekt: Raschdorff

TH in Berlin-Charlottenburg. Fortan wirkte er als gefragter Berliner Architekt und Hochschullehrer. Raschdorff sorgte für den Neubau der Technischen Hochschule in Charlottenburg, für die Englische Kirche im Garten von Schloss Monbijou und für das Kaiser-Friedrich-Mausoleum. Dazu gesellten sich Schriften zur Architektur wie „Palastarchitektur von Oberitalien und Toskana“ und „Baukunst der Renaissance“.

Nach der Reichsgründung 1871 kam in der neuen Reichshauptstadt der Wunsch nach einem dem Reich angemessenen Gotteshaus auf. 1885 legte Raschdorff Pläne für einen entsprechenden Sakralbau vor. Nach der Thronbesteigung im Dreikaiserjahr erhob Wilhelm II. das Projekt zur Chefsache, ernannte zum Ärger der Branche Raschdorff ohne einen Architektenwettbewerb zum Dombaumeister und gab in der Folge eigene Vorgaben. Der Hohenzollern-Herrscher wollte seinen Herrschaftsanspruch mit einem Kolossalbau verdeutlichen, eine „Hauptkirche“ des deutschen Protestantismus schaffen und damit die Verbindung von Thron und Altar manifestieren. So entstand mit einer riesigen Hauptkuppel, die mit dem Pe-

tersdom in Rom konkurrierte, und den vier überkuppelten Ecktürmen der größte Sakralbau Berlins. Zwischendurch sorgte der Kaiser mit seinen Korrekturen immer wieder für Bauverzögerungen. Zuletzt ließ er noch einen modernen Fahrstuhl ins kaiserliche Treppenhaus einbauen.

Am 27. Februar 1905 wurde der Monumentalbau eingeweiht. Zu den Jublern gesellten sich zahlreiche Kritiker. Christen beklagten, dass mit dem Bau mehr dem Kaiser als Gott gehuldigt werde. Politische Gegner bezeichneten den Dom als „Reklamezwingburg für die Dynastie der Hohenzollern“. Berliner Spötter gaben dem Dom den Namen „Seelengasometer“.

Raschdorff allerdings hatte sich mit dem Berliner Dom, seinem Meisterwerk, ein Denkmal gesetzt, das ihn überdauerte und nach Krieg, Teilerstörung, Wiederaufbau und Sanierung bis heute seine Meisterschaft als Architekt belegt. Dem nach dem Dombau gefeierten Architekten blieben danach nur noch wenige Jahre. Er starb hochbetagt am 13. August 1914 in Waldsiedersdorf. Seine letzte Ruhe fand er auf Berlins Dorotheenstädtischem Friedhof. Das Grab ist ein Ehrengrab der Stadt Berlin. *Martin Stolzenau*

VON WOLFGANG KAUFMANN

W eil die angeblichen Atomspione Julius Rosenberg und seine Ehefrau Ethel geborene Greenglass jüdischer Herkunft waren, wurde ihre Hinrichtung auf dem elektrischen Stuhl, die am späten Abend des 19. Juni 1953, einem Freitag, erfolgen sollte, „aus Rücksichtnahme“ noch vor Sonnenuntergang und damit dem Beginn des Sabbat durchgeführt. Zuerst jagte Joseph Francel, der Henker im Staatsgefängnis von Sing Sing in Ossining bei New York, um 20.06 Uhr drei Stromstöße durch den Körper von Julius Rosenberg, der anschließend für tot erklärt wurde. Dann ereignete sich eine gespenstische Szene: Nachdem die kleine und zierliche Ethel Rosenberg um 20.11 Uhr ebenfalls drei Elektroschocks erhalten hatte, stellten die anwesenden Ärzte Harold Kipp und George McCracken fest, dass ihr Herz weiterhin schlug. Das versagte erst nach zweimaligem erneuten Einschalten des Stroms, wobei zuletzt Rauchwolken aus dem Kopf der Frau aufstiegen.

Das Paar diente als Sündenbock

Zumindest im Fall von Ethel Rosenberg handelte es sich um einen Justizmord. Zwar war ihr Ehemann tatsächlich seit 1942 daran beteiligt gewesen, dem sowjetischen Geheimdienst vertrauliche Informationen über US-amerikanische Rüstungsprojekte zu liefern, sie selbst aber nur auf absolut nebensächliche Weise darin involviert. Zudem ist mehr als fraglich, ob die Schwere der Vergehen des Radiotechnikers Julius Rosenberg ein Todesurteil gemäß Absatz 2 des Espionage Act von 1917 rechtfertigte. So eigneten sich weder die Querschnittsskizze von der über Nagasaki abgeworfenen Atombombe „Fat Man“ noch die weiteren fragmentarischen Informationen über das US-Nuklearprogramm, die Rosenberg von seinem Schwager David Greenglass erhalten und im September 1945 an den NKWD-Mitarbeiter Alexander Feklisow weitergeleitet hatte, dazu, den sowjetischen Kerntechnikern das Geheimnis der Atombombe zu offenbaren. Dass die UdSSR es vermochte, am 29. August 1949 ihre erste eigene Nuklearwaffe zu zünden, resultierte eher aus dem Verrat von Physikern wie Theodore Alvin Hall und Klaus Fuchs.

Allerdings erfolgte die Verhaftung der Rosenbergs im Juli 1950 zu einem Zeitpunkt, wie er kaum ungünstiger für das Ehepaar hätte sein können, denn der Kalte Krieg eskalierte. In den Vereinigten Staaten herrschte nach wie vor Hysterie, weil die Sowjetunion seit dem Vorjahr ebenfalls die Bombe besaß. Die antikommunistische MacCarthy-Ära von 1947 bis 1956 war auf ihrem Höhepunkt. Und seit dem 25. des Vormonats führte die Supermacht einen Stellvertreterkrieg gegen die andere. Vor diesem Hintergrund dienten die Rosenbergs, die beide der Kommunistischen Partei der USA angehörten, als Sündenböcke.

Späte Enthüllungen

Der Prozess gegen Julius und Ethel Rosenberg begann am 6. März 1951 vor dem United States District Court for the Southern District of New York und endete am 5. April 1951 mit Todesurteilen für beide Angeklagte wegen der Preisgabe von Informationen von wesentlicher Bedeutung für die Verteidigung der Vereinigten Staaten an eine ausländische Regierung. Zur Begründung seiner Entscheidung sagte der Richter Irving Kaufman: „Ich halte Ihre Verbrechen für schlimmer als Mord. Ich glaube, dass Ihr Verhalten, den Russen die Atombombe in die Hand zu geben, und zwar – wie unsere besten Wissenschaftler voraussagten – Jahre bevor Russland selbst die Bombe hätte fertig stellen können, meiner Meinung nach die kommunistische Aggression in Korea bewirkt hat. Und als Ergebnis kam es zu über 50.000 Toten und wer weiß, wie viele Millionen Unschuldiger mehr mögli-



Am 23. August 1950 beim Verlassen des New Yorker Bundesgerichts nach der Anklageerhebung: Ethel und Julius Rosenberg

ATOMSPIONAGE

Justizmord im Kalten Krieg

Vor 70 Jahren wurde das kommunistische Ehepaar Julius und Ethel Rosenberg in Sing Sing auf dem elektrischen Stuhl hingerichtet

Zeitgenössische US-Spitzenpolitiker



Senator **Joseph McCarthy** wurde bekannt durch den von ihm von 1950 bis 1954 geführten Kampf gegen Kommunisten in Staat und Gesellschaft.



Der Republikaner **Dwight D. Eisenhower** löste am 20. Januar 1953 den Demokraten Harry S. Truman als US-Präsident ab. Er amtierte bis zum 20. Januar 1961.



William P. Rogers wurde 1953 der Stellvertreter und 1957 der Nachfolger von Herbert Brownell junior in dessen Funktion als Justizminister.

cherweise den Preis für Ihren Verrat werden zahlen müssen.“

Eine vergleichbar kompromisslose Härte legte Präsident Dwight D. Eisenhower an den Tag, als er das Gnadengesuch der Rosenbergs trotz aller Proteste und der Bitten von Papst Pius XII. ablehnte: „Die Hinrichtung zweier menschlicher Wesen ist eine ernste Angelegenheit. Aber noch ernster ist der Gedanke an die Millionen Toten, die den Taten dieser Spione möglicherweise direkt zugeschrieben sein werden.“

Als direkte Antwort hierauf schrieb der Schriftsteller Jean-Paul Sartre am Tag nach der Hinrichtung in der französischen Tageszeitung „Libération“: „Sie, die Sie sich als Herren der Welt bezeichnen, hatten die Gelegenheit, zu beweisen, dass Sie zuerst Herren über sich selbst sind. Sie zogen es jedoch vor, Ihrer kriminellen Torheit nachzugeben. Dieselbe Torheit könnte uns morgen in einen Vernichtungskrieg hineinkatapultieren.“

Erst deutlich später trat zutage, wie stark die Untersuchungen und der Pro-

zess gegen die Rosenbergs manipuliert worden waren. So sagte der Staatsanwalt Roy Cohn 1986, die Ermittler hätten Beweise „hergestellt“. Dann gab Eisenhowers Justizminister William P. Rogers zu Protokoll, dass die Verurteilung von Ethel Rosenberg als Druckmittel dienen sollte, um ihren Mann dazu zu bringen, weitere Atomspione der Russen zu verraten.

Und im Jahre 2008 wurde ein bis dahin unter Verschluss gehaltenes Interview mit Richard Nixon publik gemacht, in dem Eisenhowers Vizepräsident von „erheblichen Fehlern“ im Prozess und präpariertem Beweismaterial sprach. Hätten er und Eisenhower 1953 davon gewusst, hätten sie zumindest Ethel Rosenberg vor dem Tod auf dem elektrischen Stuhl bewahrt.

Angesichts all dessen bemühten sich die beiden Söhne des Ehepaares, Robert und Michael, die nach der Hinrichtung von der Familie Meeropol adoptiert worden waren, in den Jahren 2015 und 2017 um eine formelle Rehabilitierung ihrer Mutter. In beiden Fällen erfolgte jedoch keine Reaktion der Administration, und das obwohl die Vereinigten Staaten damals nicht einen Parteifreund von Eisenhower und Joseph McCarthy zum Präsidenten hatten, sondern den Demokraten Barack Obama.

● MELDUNGEN

Umfrage zum 17. Juni 1953

Berlin – Jeder zweite Mitteldeutsche und vier von zehn Westdeutschen verbinden mit dem Datum 17. Juni 1953 spontan den DDR-Volksaufstand, so das Ergebnis einer Forsa-Umfrage im Auftrag der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. „Auf den ersten Blick ist das ein erfreuliches Ergebnis, schließlich ist niemand verpflichtet, sich für Geschichte zu interessieren“, so die Direktorin der Bundesstiftung Anna Kaminsky. Wenn allerdings nur jeder siebte Befragte im Alter zwischen 14 und 29 mit dem Datum etwas anzufangen wisse, dann sei „der 17. Juni noch nicht ausreichend in der gesamtdeutschen Erinnerungskultur verankert“. Hoffnung mache ihr, dass „drei Viertel der Befragten die Ereignisse vor 70 Jahren als wichtig oder sehr wichtig für die deutsche Demokratiegeschichte einschätzen“. Der Blick auf den 17. Juni sei allerdings nach wie vor zu sehr auf Berlin fixiert. Sieben von zehn befragten Mitteldeutschen konnten nicht sagen, ob der Aufstand vor 70 Jahren ihre Stadt oder Gemeinde erfasst hatte. „Hier muss man ansetzen“, so Kaminsky: „Wir müssen die ‚große Geschichte‘ auf die Lebenswelten der Menschen herunterbrechen, wenn wir ein Bewusstsein für den demokratischen Widerstand gegen die kommunistische Diktatur stiften wollen.“ PAZ

Ausstellung zum 17. Juni

Berlin – Im Säulensaal von Berlins Rotem Rathaus, Rathausstraße 15, ist noch bis zum 7. Juli die Ausstellung „17. Juni kompakt“ zu sehen. Zeichnungen, Infographiken, zeithistorische Fotos und leicht verständliche Texte beschreiben auf sechs Tafeln die Vorgeschichte, den Verlauf und die Folgen des DDR-Volksaufstandes. Die Ausstellung der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur kann von Montag bis Freitag in der Zeit von 9 bis 18 Uhr kostenlos besichtigt werden. PAZ

Marke zum Motorsport

Schleiz – Das Bundesministerium der Finanzen hat vorletzten Mittwoch um 13 Uhr im Konferenzsaal des Landratsamtes des Saale-Orla-Kreises in dessen Kreisstadt Schleiz das Sonderpostwertzeichen „100 Jahre Schleizer Dreieck“ vorgestellt. Die in den Verkaufsstellen der Deutschen Post AG erhältliche Marke wurde von Hanno Schabacker aus Berlin gestaltet, von dem auch der Ersttagsstempel stammt. PAZ



Sonderbriefmarke „100 Jahre Schleizer Dreieck“

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

Seit 1999 verhandelt die Europäische Union mit den Ländern des Mercosur (Mercado Común del Sur) – Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay – über ein Freihandelsabkommen. Durch das weltweit größte Freihandelsabkommen sollen Handelsbarrieren zwischen der EU und den südamerikanischen Ländern weitgehend ausgesetzt werden. Auf die gehandelten Waren sollen 91 Prozent aller Zölle entfallen.

Das im Juni 2019 unterzeichnete Abkommen ist noch nicht von allen EU-Mitgliedstaaten ratifiziert worden. Nach der Ratifizierung wird die EU weiterhin vor allem Industriegüter in die Mercosur-Staaten exportieren und der Mercosur Agrarprodukte und Rohstoffe nach Europa liefern. Nach wie vor aber lehnen Frankreich, Luxemburg und Österreich das Abkommen wegen ungleicher Umweltstandards und Nachteilen für europäische Landwirte ab.

Dessen ungeachtet verhandelt die EU weiter mit den Mercosur-Ländern über eine Zusatzklärung, mit der vor allem die Regelungen zur Nachhaltigkeit und zum Schutz der indigenen Bevölkerung verbessert werden sollen. Das Zieldatum für den endgültigen Abschluss der Verhandlungen ist der 27. Juni.

Im Europäischen Parlament wird indessen die Kritik an dem Assoziierungsabkommen immer lauter. Die Zusatzklärung werde nicht ausreichen, damit das Europäische Parlament das Abkommen ratifizieren könne, erklärte Marie-Pierre Vedrenne, französische Europaabgeordnete und stellvertretende Vorsitzende des Internationalen Handelsausschusses (INTA). Unverbindliche Umweltauflagen würden nichts zum Schutz von Umwelt, Klima, Menschenrechten und Verbrauchern beitragen.

Widerstand aus vielen Richtungen

Die EU-Kommission hatte eine Folgenabschätzung für das Abkommen in Auftrag gegeben. Zu dem im März 2021 veröffentlichten Gutachten der London School of Economics nahmen 197 Wissenschaftler in einem offenen Brief kritisch Stellung. Es gebe alternative Folgenabschätzungen, die zu stark abweichenden Ergebnissen kämen. Danach seien schwerwiegende wirtschaftliche und soziale Auswirkungen für Arbeitnehmer und Landwirte, insbesondere Kleinbauern, sowohl in den Mercosur- als auch in den EU-Staaten zu erwarten.

Gegenwind kommt auch vom einflussreichen Deutschen Bauernverband. Dessen Präsident Joachim Rukwied fordert die Bundesregierung zu Neuverhandlungen auf. In der jetzigen Form sei das Handelsabkommen eine große Bedrohung für die deutsche und europäische Landwirtschaft. Damit würde sich die EU beim Thema Er-



Bedrohung für die europäische Landwirtschaft? Groß-Agrarbetrieb in Argentinien

Foto: pa

HANDEL

Die Zweifel wachsen

Die EU strebt nach einem Freihandelsabkommen mit den südamerikanischen Mercosur-Verbund. Doch Landwirte, Ökologen und Menschenrechtler laufen Sturm

nährungssicherheit in eine neue geopolitische Abhängigkeit begeben. Die EU wolle Vorreiter beim Klima- und Umweltschutz sein, doch bei Agrarimporten würden nicht die gleichen hohen Standards angelegt wie bei der EU-Landwirtschaft.

Anlässlich des „Internationalen Tags des bäuerlichen Widerstandes“ am 17. April demonstrierten unter anderem Vertreter der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), des Forschungs- und Dokumentationszentrums Chile-Lateinamerika, von FIAN (FoodFirst Informations- und Aktions-Netzwerk) Deutschland und dem Netzwerk Gerechter Welthandel vor dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz in Berlin für eine Handelspolitik, „die auf solidarischen Prinzipien, den Menschenrechten sowie dem Schutz der Umwelt und des Klimas basiert“.

Nach dem Amtsantritt von Brasiliens Präsident Lula da Silva im Oktober 2023 wurden die im Hintergrund verlaufenden Nachverhandlungen zum Mercosur-Freihandelsabkommen eilig vorangetrieben.

Brüssel weist darauf hin, dass in Lateinamerika Sorgen wegen der wachsenden Abhängigkeit von China bestünden. Durch den Handelsvertrag mit Europa würde dazu ein Gegengewicht geschaffen. Chinas Investitionsfokus in Südamerika hat sich über Logistikstandorte und den Rohstoffsektor hinaus auf das verarbeitende Gewerbe, Dienstleistungen und Infrastruktur erweitert. Insbesondere beunruhigt die chinesische Einflussnahme „vor ihrer Haustür“ auch die USA. Im Juni 2019 warnte das „Handelsblatt“ vor einem Kräftenessen zwischen den USA und China in Lateinamerika „mit unabsehbaren Folgen“.

Rohstoffe für die „Erneuerbaren“

Auch die Besuche von Bundeskanzler Olaf Scholz in Argentinien, Chile und Brasilien im Januar dieses Jahres und die sechstägige Reise von Wirtschaftsminister Robert Habeck und Agrarminister Cem Özdemir (beide Grüne) durch Südamerika im März standen im Zeichen des Mercosur-Freihandelsabkommens. Eine ebenso hohe

Priorität haben für den Kanzler und die Minister die von ihnen angestrebten sogenannten Energiepartnerschaften mit den südamerikanischen Ländern. Erneut warben sie für eine Zusammenarbeit bei Deutschlands „grüner“ Wasserstoff-Strategie zu beiderseitigem Nutzen.

Für Deutschland als Großverbraucher mineralischer Rohstoffe ist der Import von wachsenden Mengen an Rohstoffen wie Kupfer und Lithium unverzichtbar, die für den forcierten Ausbau der sogenannten Erneuerbaren Energien benötigt werden. Insofern wird die auf allen Ebenen präsente Korruption in den lateinamerikanischen Ländern konsequent ausgeblendet. Umso mehr stellt sich die Frage, wie sehr Deutschland aufgrund seiner Energienot international als Bittsteller in abhängiger Lage wahrgenommen wird.

Aus deutschen Regierungskreisen ist zu hören, dass man sich mit der Zusatzklärung zum fertig ausgehandelten Handelsvertrag zufriedengeben werde. Ein unauf lösliches Dilemma ergibt sich

damit für die Grünen als Regierungspartei ausgerechnet zum jetzigen Zeitpunkt, da das von Habeck geführte Wirtschaftsministerium aufgrund von Korruptionsvorwürfen extrem angreifbar geworden ist.

Wundersame grüne Wende

Man erinnere sich: Im Januar 2021 forderte die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in einem Antrag von der damaligen schwarz-roten Bundesregierung „vor dem Hintergrund von Klimaschutz und Menschenrechten“ die Aussetzung des unterzeichneten Abkommens mit dem Mercosur. Die Bundesregierung müsse sich dafür auf EU-Ebene einsetzen. Im Zuge eines neuen Verhandlungsmandats sollten „für alle handelsrelevanten Kapitel Regeln für den Schutz und den Erhalt von Umwelt, Biodiversität und Klima sowie Arbeits- und Sozialstandards“ erarbeitet werden. Zusätzlich solle es Vereinbarungen für Nachhaltigkeit, zum Erhalt des Amazonas-Regenwaldes und einen wirksamen Beschwerdemechanismus für Menschenrechtsverletzungen geben.

GESUNDHEIT

Die Tuberkulose kehrt mit Macht zurück

Schon fast ausgerottet, breitet sich die „Schwindsucht“ massiv aus – und die starke Fixierung auf Corona hatte ihren Anteil daran

Die in der Regel durch das Mycobacterium tuberculosis verursachte Tuberkulose (Tbc) zählt zu den tödlichsten Infektionskrankheiten überhaupt. Rund die Hälfte der Betroffenen stirbt ohne Behandlung. Dieses Schicksal erleiden im Jahr etwa 1,5 Millionen Menschen auf der Welt.

Dabei war die sogenannte Schwindsucht bis 2019 stetig im Rückgang begriffen, was zum einen aus den massiven Bemühungen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und zum anderen aus dem konsequenten Einsatz wirksamer Früherkennungsverfahren und Antibiotika resultierte. Deshalb konnte die Zahl der Tuberkulose-Opfer seit dem Jahre 2000 fast

halbiert werden. Und 2014 stellte sich die WHO dann sogar das Ziel, die Tbc bald zur Gänze auszurotten. Dann allerdings kamen die Corona-Pandemie beziehungsweise die Maßnahmen zur Bekämpfung derselben, welche den Hoffnung erweckenden Trend binnen Jahresfrist umkehrten und die Bemühungen um die Eliminierung der Tuberkulose auf dramatische Weise konterkarierten.

So gab es ab 2020 jeweils rund 100.000 Tbc-Tote pro Jahr mehr als im Durchschnitt der Zeit zuvor. Und das dürfte erst der Anfang einer unheilvollen Entwicklung gewesen sein. Denn in der Corona-Pandemie wurden die Ressourcen im Ge-

sundheitswesen auf rigide Weise neu verteilt, was nicht zuletzt zulasten der Tuberkulose-Bekämpfung ging. Beispielsweise dienten viele der bisherigen Tbc-Versorgungszentren plötzlich der Behandlung von COVID-19-Patienten.

Am nachteiligsten wirkten sich Corona-Restriktionen wie Kontaktbeschränkungen und Lockdowns aus, welche zu einem Rückgang der Diagnosesetätigkeit führten. Während es 2019 noch 7,1 Millionen neue Tbc-Diagnosen weltweit gab, waren es 2020 lediglich noch 5,8 Millionen. Das hat fatale Folgen, weil dadurch immer mehr Menschen das Bakterium unbemerkt verbreiten.

Das Heimtückische an der Tuberkulose ist, dass etwa ein Drittel der Weltbevölkerung den Erreger in sich trägt, ohne dass dieser aber zunächst zu einer Erkrankung führt, weil das Immunsystem wirksam Paroli bietet. Allerdings bricht die Tuberkulose bei fünf bis zehn Prozent der latent Infizierten aus, sobald es zur Schwächung der körpereigenen Abwehr kommt, wie beispielsweise im Alter. Dann besteht die Möglichkeit der Weiterverbreitung durch Tröpfcheninfektion.

Außerdem existiert wahrscheinlich noch ein sogenannter Graubereich, in dem Menschen ohne Tbc-Symptome Bakterien aus ihren Atemwegen ausscheiden. Auf je-

den Fall steckt jeder, der definitiv an Tuberkulose erkrankt ist, durchschnittlich 15 andere Personen pro Jahr an.

Das zeigt die eminente Bedeutung einer schnellen Diagnostik und umgehend einsetzenden Therapie, wobei die Behandlung aber vielfach mangels ausreichend zur Verfügung stehender Medikamente unterbleibt. Außerdem – und das macht die Sache noch zusätzlich brisant – tauchen in einigen Regionen der Erde wie Osteuropa neuerdings immer öfter Tuberkulose-Erreger auf, welche gegen eine oder sogar mehrere Sorten von Antibiotika resistent sind.

Wolfgang Kaufmann

ALLENSTEIN

Proteste gegen die „Lex Tusk“

Der Zusammenarbeit mit Russland beschuldigt – PiS-Regierung diskreditiert Politiker der Opposition

VON DAWID KAZANSKI

Polens Oppositionsführer Donald Tusk hatte die Öffentlichkeit zu einer Demonstration am 4. Juni in Warschau eingeladen. Der Marsch sollte „gegen die Verarmung, den Diebstahl und die Lügen und für freie Wahlen und ein demokratisches, europäisches Polen“ stattfinden, doch nicht Jeder konnte in die Hauptstadt fahren. Deshalb beschlossen Tusks Unterstützer, in ihren eigenen Städten zu demonstrieren. In Allenstein versammelten sich Tusk-Sympathisanten vor dem Treudank-Theater. Zu denjenigen, die Tusks Aufruf folgten, gehörte auch Irena Telesz, Schauspielerin des Treudank-Theaters und Ehrenbürgerin der Stadt sowie soziale Aktivistin und Legende der lokalen „Solidaritäts“-Bewegung.

Punkt Mittag wollte sie an diesem Tag vor dem Treudank-Theater auftreten, was sie in den sozialen Medien zuvor angekündigt hatte. Schnell wurde klar, dass die Schauspielerin nicht allein oder mit einer kleinen Gruppe von Freunden kommen würde. Zu dem Treffen versammelten sich so viele Menschen, dass Telesz es im Rathaus als öffentliche Versammlung anmelden musste. „Das überraschend große Interesse an meinen Informationen beweist nur, dass die Menschen in einer Zeit wie dieser Gemeinschaft brauchen. Ein Moment, in dem die Regierung und der Präsident ihnen ins Gesicht spucken, ohne die Demokratie zu respektieren“, sagte Telesz in einem Interview vor der Kundgebung und bezog sich dabei unter anderem auf die sogenannte Lex Tusk. Damit gemeint ist das kürzlich vom Präsidenten Andrzej Duda unterschriebene Gesetz, das die Einsetzung einer Untersuchungskommission zur russischen Einflussnahme vorsieht.

Der Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (PiS) wird vorgeworfen, sie wolle mit diesem Gesetz kurz vor der Par-



Sie fordern „freie Wahlen und ein demokratisches, europäisches Polen“: Demonstranten vor dem Treudank-Theater Foto: D.K.

lamentswahl Oppositionspolitiker der Zusammenarbeit mit Russland zum Nachteil Polens beschuldigen. Tusk steht im Visier der Regierung, weil er in der Vergangenheit als Ministerpräsident für die Republik Polen ungünstige Gasverträge mit Russland unterschrieben habe. Die Strafe, die von der einberufenen Untersuchungskommission auferlegt werden kann, beinhaltet ein Verbot der Bekleidung öffentlicher Ämter.

Viele Politiker waren vor Ort

Dieses kontroverse Gesetz dürfte den Protestmarsch gegen die nationalkonservativen Regierenden befeuert haben. In Warschau gingen laut den Demonstrationsveranstaltern bis zu 500.000 Menschen auf die Straße. Auch in Allenstein übertraf die Beteiligung an der Demonstration die Erwartungen der Veranstalter. Hunderte Einwohner der Stadt hatten sich auf den Stufen des Treudank-Theaters und auf dem gegenüberliegenden Bürgersteig versam-

„Ein Moment, in dem die Regierung und der Präsident ihnen ins Gesicht spucken“

Irena Telesz
Schauspielerin und Aktivistin

melt. Einige der Demonstranten behaupteten, dass sogar bis zu tausend Menschen anwesend gewesen sein könnten. Viele von ihnen trugen weiße und rote Fahnen und Transparente.

Neben Telesz traten vor dem Theater einige Politiker aus der Region, Kommunalpolitiker, Künstler und Wissenschaftler auf. Zu den Rednern gehörten die Abgeord-

nete Monika Falej von der Allianz der Demokratischen Linken, das Ratsmitglied des Woiwodschafstages Ermland-Masuren Jaroslaw Słoma von der Bürgerlichen Plattform und der Professor Robert Traba. Gemeinsam riefen sie zur Wiederherstellung von Rechtsstaatlichkeit, Toleranz und Gleichheit in der Republik Polen auf. Sie forderten, dass die Verfassung, die Bürgerrechte und -freiheiten durch den in ihren Augen repressiven Staatsapparat nicht länger verletzt werden dürften, so wie es gegenwärtig der Fall sei. Ferner müsse die Regierungspartei für ihre angebliche systematische Demontage des Staatssystems zur Rechenschaft gezogen werden. Telesz rief dazu auf, dass die polnischen Bürger wieder anfangen sollten, miteinander zu reden und sich gegenseitig zuzuhören, sich zu respektieren, trotz unterschiedlicher Ansichten. Die Demonstration dauerte etwa 30 Minuten. Sie endete mit dem Absingen der polnischen Nationalhymne.

MELDUNGEN

Ein Gewinn für alle Seiten

Allenstein – Die Stadt Allenstein verpachtet dem Polnischen Anglerverband den Langsee zum fünften Mal für eine Dauer von zehn Jahren. Damit findet diese Partnerschaft zwischen öffentlichen und privaten Akteuren eine Fortsetzung. Wie die Sprecherin des Rathauses Marta Bartoszewicz mitteilte, beträgt die Pacht umgerechnet 670 Euro im Jahr. Dabei gewinnen beide Seiten, denn die Einwohner der Stadt können den See die ganze Zeit nutzen, und der Anglerverband, der seinen lokalen Sitz direkt am Langsee hat, kümmert sich um den See. Er säubert die Ufer, besetzt ihn regelmäßig mit Fischen und reagiert auf Verunreinigungen des Gewässers. Dabei kooperiert der Verband stets mit Wissenschaftlern, was eine weitere Garantie für einen pfleglichen Umgang mit dem Langsee darstellt. U.H.

Partner dank Napoleon

Osterode – Die Stadt Osterode hat ihre vierte offizielle Partnerstadt. Nach Osterode am Harz, Taugoggen [Taurage] in der Republik Litauen sowie Ocho Rios auf Jamaika ist die bургundische Stadt Auxonne als französischer Partner hinzugekommen. Bei einem Besuch in Auxonne sprachen Bürgermeister Zbigniew Michalak sowie Vertreter der städtischen Institutionen mit ihren französischen Kollegen über die strategische Ausrichtung der Zusammenarbeit in den Bereichen Kultur, Wirtschaft, Erziehung und Sport. Die Partnerschaft ist unter anderem das Ergebnis der Zusammenarbeit des Museums und des Rathauses von Osterode mit der Gesellschaft der Kaiserstädte, die Einrichtungen und Städte vereint, die mit Napoleon verbunden sind. U.H.

KÖNIGSBERG

Blockhaus-Museum in der Grohlmann-Bastion eröffnet

Seit 2007 ist die Bastion als Kulturerbe von regionaler Bedeutung registriert – Ein Investor erfüllte sich einen Traum

Eine weitere historische Stätte im Königsberger Gebiet wurde vor Kurzem nach einer gründlichen Restaurierung eröffnet. In einer Ecke der Grohlmann-Bastion, die sich in der Litauischen Wallstraße in der Nähe des Königstors befindet, hat das Blockhaus-Museum seine Pforten geöffnet, dessen Gründer der Königsberger Unternehmer Nikolaj Tronewskij ist, der die Räumlichkeiten in der Grohlmann-Bastion Anfang 2021 gekauft hatte.

Der Komplex der Bastion wurde 2007 als Kulturerbe von regionaler Bedeutung anerkannt. Diese Verteidigungsanlage wurde zwischen 1851 und 1860 nach Plänen des Festungsbauingenieurs Ernst Ludwig von Aster errichtet. Die Bastion wurde nach dem preußischen General Karl Wilhelm von Grohlmann benannt.

Tronewskij hatte die Idee, ein Museum einzurichten, schon vor einigen Jahren. Seine Antiquitätensammlung lagerte er ursprünglich zu Hause und in einem Badehaus. Während der Corona-Pand-

emie begannen viele Unternehmen, ihre nicht zum Kerngeschäft gehörenden Vermögenswerte zu veräußern. Besonders stark vom Besuchermangel betroffen war das Gaststättengewerbe. Die Räumlich-

keiten in der Grohlmann-Bastion gehörten einem Eigentümer, der dort ein Café oder Restaurant eröffnen wollte. Tronewskij kaufte sie, um dort ein historisches Museum einzurichten.

Ein solches Objekt allein mit eigenem Geld zu restaurieren, erwies sich für ihn jedoch als unmögliche Aufgabe. Er musste umgerechnet 230.000 Euro investieren, von denen er etwa zwei Drittel aus dem regionalen Programm „Wirtschaftliche Nutzung von Kulturerbestätten und historischen Gebäuden und Bauwerken“ erhielt. Dieses Programm bietet ein zinsloses Darlehen mit einer Laufzeit von bis zu 15 Jahren für die Restaurierung eines denkmalgeschützten Gebäudes.

Die Renovierungsarbeiten waren umfangreich: Das Dach des Gebäudes war fast vollständig zerstört. Die Hauptbauarbeiten begannen im Frühjahr 2022 – gerade noch rechtzeitig vor den neuen Wirtschaftssanktionen. Danach gab es erhebliche Preissteigerungen bei Zement und Metall. Zum Beispiel war geplant, in Hamburg eine Wärmepumpe für die Heizung zu kaufen. Damals kostete sie umgerechnet rund 9000 Euro. Aufgrund der Sanktionen musste sie dann über die Türkei und Kasachstan importiert werden, und

die Kosten stiegen um das Anderthalbfache.

Das Themenprofil des neuen Museums sind Brauereien und Gaststätten. Zu sehen sind rund 1000 Objekte aus Ostpreußen: Flaschen und Korken aus lokalen Brauereien, Postkarten, Geschirr aus Gaststätten, ein geschnitztes Buffet sowie ein alter Kachelofen. Die Gegenstände der Sammlung wurden an verschiedenen Orten erworben: Etwa die Hälfte wurde über Anzeigen in der Region gesammelt, der Rest auf Auktionen gekauft. Das Erdgeschoss des Museums beherbergt eine Bierausstellung: Sie zeigt Brauerei-Utensilien sowie Gegenstände Königsberger Restaurants. Das erste Stockwerk ist Konditoreien, Restaurants und Hotels gewidmet.

Bald will das Museum Gruppenführungen anbieten und über die Königsberger Brauereien und Trinkhallen informieren. In einem an das Museum angrenzenden Blockhaus wird ein Familiencafé untergebracht. Jurij Tschernyschew



Museum mit besonderem Ambiente: Café vor dem Blockhaus-Museum Foto: J.T.

Wir gratulieren...



ZUM 99. GEBURTSTAG

Simader, Charlotte, geb. **Loch**, aus Windau, Kreis Neidenburg, am 24. Juni

ZUM 98. GEBURTSTAG

Freitag, Ursula, geb. **Kirsch**, aus Bolitten, Kreis Mohrunen, am 23. Juni

Gottuck, Liesbeth, geb. **Jerosch**, aus Lyck, am 29. Juni

Pohner, Evemarie, geb. **Bloch**, aus Lyck, Lycker Garten 16, am 26. Juni

Poschadel, Irmgard, aus Wittlingen, Kreis Lyck, am 26. Juni

Rokitta, Erika, geb. **Magdowski**, aus Grallau, Kreis Neidenburg, am 26. Juni

Tomkowitz, Elfriede, geb. **Samotia**, aus Birkenwalde, Kreis Lyck, am 27. Juni

Traube, Karen, geb. **Spickschen**, aus Woydiethen, Kreis Fischhausen, am 23. Juni

ZUM 97. GEBURTSTAG

Eggert, Edith, geb. **Schernack**, aus Seerappen, Kreis Fischhausen, am 27. Juni

Feichtner, Waltraut, geb. **Ostaschinski**, aus Wiersbianken, Kreis Goldap, am 29. Juni

Hartmann, Inge, geb. **Eichler**, aus Louisenthal, Kreis Mohrunen, am 26. Juni

Heinrichs, Hildegard, geb. **Gerd**, aus Gartenau, Kreis Neidenburg, am 27. Juni

Kirchenberger, Luise, geb. **Jakubczyk**, aus Lyck, Hindenburgstraße 16, am 25. Juni

Wirtz, Gertrud, geb. **Buchholz**, aus Paradies, Kreis Mohrunen, am 26. Juni

ZUM 96. GEBURTSTAG

Birr, Herta, geb. **Sczesny**, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 26. Juni

Doerfert, Ella, aus Seedorf, Kreis Lyck, am 28. Juni

Habedank, Walter, aus Lauken, Kreis Ebenrode, am 24. Juni

Krusche, Toni, geb. **Frenkler**, aus Grünhof-Kippen, Kreis Elchniederung, am 26. Juni

Myska, Helene, aus Waltershöhe, Kreis Lyck, am 29. Juni

Treßelt, Gertrud, geb. **Boersch**, aus Reinkental, Kreis Treuburg, am 25. Juni

Werner, Rudolf, aus Schapten, Kreis Ebenrode, am 29. Juni

ZUM 95. GEBURTSTAG

Cordes, Lydia, geb. **Hensel**, aus Neuendorf, Kreis Treuburg, am 24. Juni

Eckert, Hannelore, aus Lyck, am 28. Juni

Gleibs, Gerhard, aus Groß Hanswalde, Kreis Mohrunen, am 29. Juni

Kleinert, Hildegard, geb. **Danowski**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 26. Juni

Kreddig, Leonhard, aus Mohrunen, am 29. Juni

Torner, Horst, aus Lyck, Thorner Straße 1, am 23. Juni

Weiser, Herta-Johanna, geb. **Rohmann**, aus Vierbrücken, Kreis Lyck, am 28. Juni

Will, Lothar, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 24. Juni

ZUM 94. GEBURTSTAG

Dibowski, Ewald, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 25. Juni

Nitzko, Hans, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 28. Juni

Radler, Inge, geb. **Joswig**, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 24. Juni

Willert, Walli, Kreisgemeinschaft Wehlau, am 25. Juni

Winkelmann, Helmut, aus Lyck, Steinstraße 5, am 26. Juni

ZUM 93. GEBURTSTAG

Budzinski, Ruth, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 28. Juni

Bürgen, Arnold, aus Prostken, Kreis Lyck, am 23. Juni

Ferdian, Irmgard, geb. **Lojewski**, aus Millau, Kreis Lyck, am 24. Juni

Grundmann, Marianne, geb. **Münchow**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 24. Juni

Lasogga, Johannes, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 23. Juni

Mischel, Erwin, aus Bieskobnicken, Kreis Fischhausen, am 29. Juni

Schlüter, Helga, geb. **Oberpichler**, aus Wabbeln, Kreis Ebenrode, am 27. Juni

Siebeneicher, Hilda, geb. **Hoinowski**, aus Himmelforth, Kreis Mohrunen, am 23. Juni

Thiemann, Karl-Heinz, Kreisgemeinschaft Wehlau, am 25. Juni

Wegner, Irmgard, geb. **Chrzanowski**, aus Fylitz, Kreis Neidenburg, am 29. Juni

ZUM 92. GEBURTSTAG

Berger, Anneliese, geb. **Prepens**, aus Lötzen, am 26. Juni

Beseler, Gertrud, geb. **Januschkiwitz**, aus Millau, Kreis Lyck, am 28. Juni

Glaser, Ingrid, geb. **Raudies**, aus Eibenau, Kreis Treuburg, am 29. Juni

Klatt, Heinz, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 24. Juni

Kornitzki, Erwin, aus Dosnitten, Kreis Mohrunen, am 29. Juni

Mlodoch, Irmgard, aus Steintal, Kreis Neidenburg, am 25. Juni

Spreckelsen, Adelgunde, geb. **Schwarz**, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 26. Juni

Sintenis, Ingobert, Kreisgemeinschaft Lyck, am 26. Juni

Viohl, Dorothea, geb. **Müller**, aus Kuglacken, Kreis Wehlau, am 29. Juni

Wadehn, Manfred, aus Wischehenen, Kreis Fischhausen, am 24. Juni

ZUM 91. GEBURTSTAG

Block, Ewald, aus Roddau Perkuiken, Kreis Wehlau, am 27. Juni

Gruhn, Walter, aus Horn, Kreis Mohrunen, am 23. Juni

Kaffka, Erich, aus Kechlersdorf, Kreis Lyck, am 28. Juni

Mazart, Wolfgang, aus Ortelsburg, am 25. Juni

Meson, Erika, geb. **Bremer**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 26. Juni

Müller, Heinz, aus Groß Michelau, Kreis Wehlau, am 28. Juni

Nürnberg, Hildegard, geb. **Kobialka**, aus Lyck, Morgenstraße 18, am 27. Juni

Ochs, Christel, aus Groß Hanswalde, Kreis Mohrunen, am 26. Juni

Schreiber, Hildegard, geb. **Fernholz**, aus Mülsen, Kreis Fischhausen, am 28. Juni

Steffan, Monika, aus Reiffenrode, Kreis Lyck, am 25. Juni

Wurm, Karl-Heinz, aus Lyck, am 29. Juni

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bitter, Annelore, geb. **Bolz**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 5, am 28. Juni

Borgwardt, Edelgard, geb. **Petric**, aus Altengelge, Kreis Elchniederung, am 26. Juni

Bugaj, Waltraut, geb. **Borchert**, aus Schnellwalde, Kreis Mohrunen, am 27. Juni

Krause, Heinz, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 28. Juni

Rieche, Irene, geb. **Meutsch**, aus Wallenrode, Kreis Treuburg, am 27. Juni

Roggli, Gerda, geb. **Holz**, aus Groß Stürlack, Kreis Lötzen, am 23. Juni

Schadenberg, Hannelore, geb. **Semrau**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 28. Juni

Scheidemantel, Eberhard, aus Weidlacken, Kreis Wehlau, am 27. Juni

Schneider, Hildegard, geb. **Miklas**, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 27. Juni

Wessolowski, Ruth, geb. **Kempka**, aus Montwitz, Kreis Ortelsburg, am 28. Juni

ZUM 85. GEBURTSTAG

Baginsky, Horst, aus Kielen, Kreis Lyck, am 23. Juni

Bowski, Gertrud, geb. **Behrendt**, aus Saadau, Kreis Ortelsburg, am 24. Juni

Brauckmann, Martha, geb. **Naroska**, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, am 28. Juni

Didwissus, Edith, geb. **Zimzik**, aus Hamerudau, Kreis Ortelsburg, am 28. Juni

Donath, Rosemarie, geb. **Brozio**, aus Lyck, am 25. Juni

Frense, Brigitte, geb. **Zywietz**, aus Neidenburg, am 26. Juni

Heißenbüttel, Dorothea, geb. **Hardt**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 23. Juni

Hennings, Christel, geb. **Mathes**, aus Perkuhnen, Kreis Elchniederung, am 24. Juni

Henselewski, Waldi, aus Rundfließ, Kreis Lyck, am 23. Juni

Kirchner, Renate, geb. **Spodeck**, aus Treuburg, am 25. Juni

Kühnast, Hannelore, geb. **Koske**, aus Zimmerbude, Kreis Fischhausen, am 27. Juni

Lang, Manfred, aus Schirwindt, Kreis Schloßberg, am 25. Juni

Neumann, Peter, aus Ebenrode, am 26. Juni

ANZEIGE

Was kann es Schöneres geben als

 ein gemeinsames Leben.

Am 28. Juni 2023 feiern unsere lieben Eltern

Inge Estrum
 (geb. Serocka, geb. in Insterburg)
 und
Heino Estrum
 (geb. in Hamburg)
 ihre
Diamantene Hochzeit

Es gratulieren herzlich
 Eure Kinder, Schwiegerkinder und Enkelkinder

Pasztva, Udo, Kreisgemeinschaft Wehlau, am 25. Juni

Patzelt, Traute, geb. **Faust**, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 27. Juni

Peterson, Gerhard, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 24. Juni

Rega, Gerhard, aus Eichmedien, Kreis Sensburg, am 25. Juni

Sommer, Renate, aus Alexwanen, Kreis Fischhausen, am 25. Juni

Wilzewski, Benno, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, am 24. Juni

Ijewski, Liselotte, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 26. Juni

Royla, Kristian, aus Treuburg, am 24. Juni

Weyland, Waltraut, aus Königswalde, Kreis Lyck, am 27. Juni

ZUM 75. GEBURTSTAG

Kizina, Johannes, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 25. Juni

Simon, Silvia, geb. **Braun**, aus Mohrunen, am 28. Juni

ZUM 80. GEBURTSTAG

Brandt, Johanna, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 27. Juni

Dauser, Jutta, geb. **Schlenther**, aus Ibenberg, Kreis Elchniederung, am 29. Juni

Dreher, Erwin, aus Augam, Kreis Preußisch Eylau, am 24. Juni

Hemke, Adelheid, geb. **Koop**, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 27. Juni



ZUR DIAMANTENEN HOCHZEIT

Estrum, Heino und Ehefrau **Inge**, geb. **Serocka**, aus Insterburg, am 28. Juni



Forum Baltikum – Dittchenbühne

Gemeinsam Fahrradtouren planen und durchführen

Das Elmshorner Stadtteilzentrum „Forum Baltikum – Dittchenbühne“ sucht Menschen, die Spaß am Fahrradfahren und am Planen von Fahrradtouren haben.

Dittchenbühnen-Chef Raimar Neufeldt: „Wir möchten gern mit Ihnen Touren in Elmshorn

und Umgebung planen und durchführen!“

Interessenten können sich an das Büro der Dittchenbühne wenden unter Telefon (04121) 89710 oder per E-Mail an: buero@dittchenbuehne.de

Forum Baltikum – Dittchenbühne, Hermann-Sudermann-Allee 50, 25335 Elmshorn, Internet: www.dittchenbuehne.de

Zusendungen für die Ausgabe 27/2023

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 27/2023 (Erstverkaufstag 7. Juli) **bis spätestens Dienstag, den 27. Juni**, an die Redaktion der PAZ:
 E-Mail: rinsler@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch:
 Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg

Glückwünsche an:

Angela Selke
 Telefon (040) 4140080
 E-Mail: selke@paz.de

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – heruntergeladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
 Herrn Bundesgeschäftsführer Dr. Sebastian Husen
 Buchstraße 4
 22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen. Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de

LO-Termine 2023

24. Juni: **Ostpreußisches Sommerfest** in Wuttrienen
 15. bis 17. September: **Geschichtsseminar** in Helmstedt
 16. September: 26. **Landestreffen Mecklenburg-Vorpommern** in Anklam
 9. bis 15. Oktober: **Werkwoche** in Helmstedt
 7. und 8. Oktober: 14. **Deutsch-Polnischer Kommunalpolitischer Kongress** (geschlossener Teilnehmer-

kreis) in Allenstein
 10. November: **Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden** (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal
 11. und 12. November: **Ostpreußische Landesvertretung** (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal
Auskünfte bei der LO-Bundesgeschäftsstelle, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Bayern

Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089)23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Treffen „Ordenskirche“

Nürnberg – Dienstag, 27. Juni, 15 Uhr, Haus der Heimat, Imbuschstraße 1, Langwasser: Ost- und Westpreußen sowie Pommern Treff zum Thema: Die Ordenskirche Fischhausen im Samland.



Hessen

Vorsitzender: Ulrich Bonk
Stellv. Vorsitzender: Gerd-Helmut Schäfer, Rosenweg 28, 61381 Friedrichsdorf, Telefon (0170) 3086700

Grillfest

Wetzlar – Sonnabend, 1. Juli, 13 Uhr, Gaststätte Matchball beim Tennisplatz, Bodenfeld, 35576 Wetzlar, Telefon (06441) 45439: Grillfest. Weitere Informationen bei Kuno Kutz, Heinzewies 6, 35625 Hüttenberg, Telefon (06441) 770559, E-Mail: kuno.kutz@t-online.de, Fax (06441) 770558. Im August ist Sommerpause.



Mecklenburg-Vorpommern

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7a, 17389 Anklam, Tel.: (03971) 245688

Landestreffen

Anklam – Sonnabend, 16. September, 10 bis 17 Uhr, Mehrzweckhalle „Volkshaus“, Baustraße 48-49: Landestreffen. Termin und Ort des Landestreffens der Ostpreußen in

MV mussten aus organisatorischen Gründen geändert werden. Alle interessierten Landsleute werden gebeten, sich darauf einzustellen.

Es werden 700 bis 800 Besucher erwartet. Angehörige und Interessenten sind herzlich eingeladen. Alle 40 ostpreußischen Heimatkreise sind wie immer an Extra-Tischen ausgeschildert, denn im Mittelpunkt steht das große Wiedersehen, Suchen, Finden und Gefundenwerden. Eigene Tische gibt es auch für Westpreußen, Pommern, Schlesien und das Sudetenland. Für die Besucher ist ein reiches Informations- und Kulturprogramm vorbereitet mit fünf Chören aus der Heimat, einem Blasorchester, einer Volkstanzgruppe aus Pommern und dem Shanty-Chor Insel Usedom e.V. Für das leibliche Wohl, eine große Auswahl Heimatliteratur, ostpreußischen Bärenfang und genügend Parkplätze ist gesorgt. Hotelplätze vermittelt die Tourist-Information Anklam, Telefon (03971) 835154. Das Volkshaus befindet sich im Stadtzentrum direkt hinter dem Marktplatz. *Manfred Schukat*



Niedersachsen

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)42684, **Schriftführer und Schatzmeister:** Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)7684391.

Bezirksgruppe Lüneburg: Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebsdorf, Tel.: (05822)5465.

Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Tel.: (0531) 2509377. **Bezirksgruppe Weser-**

Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Tel.: (05901) 2968

Bismarcktürme

Oldenburg – Die Landsmannschaft Ost- und Westpreußen

nahm eine Ausstellung im Kulturzentrum Ostpreußen Ellingen über „Bismarcktürme in Ostpreußen“ zum Anlass, an dieses Phänomen der wilhelminischen Zeit zu erinnern. Gisela Borchers hatte dazu einen Vortrag mit Bildern ausgearbeitet, der auch die vergangenen Bismarcktürme in Westpreußen umfasste. Das Publikum war sehr interessiert und hörte aufmerksam zu. Viele dieser Türme sind in Ostpreußen noch als Ruinen erhalten, der in Sensburg sogar noch funktionsfähig und begehbar. Diejenigen in Westpreußen sind alle verschwunden.

Hundsmühlen, Mittwoch, 12. Juli, 15 Uhr, Hotel Wöbcken: Kaffeetrinken. Im August haben wir Sommerpause. *G. B.*

Salzburger Protestanten

Rinteln – Donnerstag, 13. Juli, 15 Uhr, Räume der Evangelischen Stadtmission, Waldkaterallee 1a (nahe Bahnhof): Uwe Ständera hält den Vortrag „Die Salzburger Protestanten und die Grafschaft Ravensberg“ bei der Landsmannschaft der Ostpreußen, Westpreußen und Danziger, Ortsgruppe Rinteln. Der Eintritt ist frei, Gäste sind herzlich willkommen. Wegen der zu treffenden Vorbereitungen werden aber alle Teilnehmer um Anmeldung bei Joachim Rebuschat unter Telefon (05751) 5386 oder per E-Mail: rebuschat@web.de, gebeten. *Joachim Rebuschat*



Schleswig-Holstein

Vorsitzender: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Tel.: (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Salzburger Emigranten

Bad Oldesloe/Tremsbüttel – Über die Salzburger Emigranten sollte im April gesprochen werden. Das Thema wurde zurückgestellt,

da sich die Gruppe dem Gast aus der Ukraine widmete. Die Teilnehmer konnten aber schon die Bibel – mit Holzdeckeln und altertümlichen Scharnieren – einer Salzburger Familie aus der Zeit bewundern. So ging es im Juni mit den Salzburger Emigranten weiter. Ihre Geschichte ist ein wesentliches Kapitel in der Geschichte des Protestantismus überhaupt.

Immer mehr Gläubige wandten sich vom Katholizismus ab. Unter denen befand sich auch Paul Speratus. Er kam später nach Preußen und begegnet uns als Bischof von Pomesanien (1530-1551) in Marienwerder.

Als Leopold Firmian 1727 Erzbischof im Salzburger Land wurde, war es seine Aufgabe, alle Ketzer aus dem Land zu entfernen. Mit fanatischem Eifer wurde jede protestantische Spur verfolgt, heimliche Zusammenkünfte verboten. Als am 24. November 1732 die Soldaten angingen, die Unglücklichen aus ihren Häusern, von ihren Arbeitsplätzen weg und von der Straße zu Sammelplätzen zu treiben, hatte die Schicksalsstunde geschlagen. Die Protestanten trugen das als eine Prüfung Gottes.

Nur mit dem Notwendigsten versehen, zogen die ersten Trupps in rauen, bitterkalten Winternächten an die Grenze Bayerns. Das vorläufige Ziel waren die protestantischen Gebiete Westdeutschlands, wie Schwaben. Es müsste sich um 30.000 Menschen gehandelt haben, ganze Dörfer waren leer.

Am 2. Februar 1732 erließ der König von Preußen, Friedrich Wilhelm I., ein Patent, die Vertriebenen in seinem Land aufzunehmen. Transporte gingen auf dem Seewege von Stettin nach Königsberg. Ostpreußen hatte durch die Pest viele Menschen verloren.

Eine der Landrouten führte von Berlin durch Hinterpommern über Danzig nach Königsberg, andere zogen durch Westpreußen und wurden bei Marienwerder über die Weichsel gesetzt. Wie in Groß Krebs bei Marienwerder, so

Ermland-Masuren-Fahrt

Für die **Studienreise nach Ermland-Masuren, 2. bis 9. September**, sind noch Plätze frei.

Louis-Ferdinand Schwarz, 49201 Dissen, fährt seit 1990 ins nördliche und unternimmt in diesem Jahr eine Studienreise ins südliche Ostpreußen - Ermland, Masuren in einem modernen Reisebus mit erfahrenem Fahrer und qualifizierter Reiseleitung.

Die Studienreise führt zu den kulturellen Sehenswürdigkeiten der Region, beginnt in Bielefeld mit Zustiegsmöglichkeiten entlang der Autobahn A 2 Hannover - Berlin und führt zunächst nach Thorn, weiter über Marienburg mit der berühmten Burgranlage des Deutschen Ritterordens nach Elbing.

Höhepunkt des dritten Tages ist die Fahrt auf dem Oberländischen Kanal, einem technischen Wunderwerk des 19. Jahrhun-

derts, auf dem Schiffe über Hügel gezogen werden. Nach Besuch des Doms in Frauenburg, in dem der große Astronom Nikolaus Kopernikus (1473 - 1543) begraben ist, geht es weiter über Rößel und die Barockkirche Heiligenlinde nach Nikolaiken, wo die nächsten vier Tage die Hotelunterkunft ist. Von dort aus sind Ziele Steinort mit dem Schloss der Familie von Lehndorff, Lötzen, die Masureische Seenplatte und die Johannsburg Heide.

Der fünfte Tag steht zur freien Verfügung. Am siebten Tag führt die Rückreise über Allenstein nach Posen, am achten Tag von dort zurück nach Bielefeld.

Anmeldungen bitte möglichst bald, jedoch spätestens bis Sonnabend, 1. Juli bei Louis-Ferdinand Schwarz, Südstraße 6a, 49201 Dissen, E-Mail: l-f.schwarz@web.de, Telefon (05421) 1325.

wurden unterwegs auch einige Emigranten ansässig, sowie auch in anderen Teilen Europas und den USA. Viele zogen in ihrer neuen Heimat hin und her, um Nachbarn und Verwandte zu finden. Sie waren auch mit der Verpflegung unzufrieden, sie waren zum Beispiel das grobe Roggenbrot nicht gewohnt. Außerdem erschwerte der Salzburger Dialekt die Verständigung mit der einheimischen Bevölkerung.

Viele Ostpreußen haben Salzburger Vorfahren, wie Agnes Miegel und zwei Teilnehmer unserer Gruppe.

Viele sagten 1945: Unsere Vorfahren wurden aus dem Salzburger Land vertrieben, wir werden jetzt aus Ostpreußen vertrieben.

Die Salzburger bauten ihre Kirche in Gumbinnen 1735, die sehr bekannt ist. Im Zweiten Weltkrieg wurde sie zerstört und nun wieder aufgebaut. *Gisela Brauer*

Monatstreffen

Bad Schwartau – Donnerstag, 6. Juli: Auf den Kanälen und der Trave durch und um Lübecks Altstadt herum – eine Stadtrundfahrt zu Wasser zum Abschluss des ersten Halbjahres. Einladung folgt noch. Der Vorstand wünscht eine schöne Frühlingszeit. *Hans-Albert Eckloff*

Fortsetzung auf Seite 16

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 192 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie das ostpreußische Schlemmerpaket.

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 - 22087 Hamburg

AZ-03-R



Abonnieren Sie die PAZ

und sichern Sie sich Ihre Prämie

Unser
ostpreußisches
Schlemmerpaket



Lassen Sie sich in die guten alten Zeiten entführen und genießen Sie unser speziell für Sie angefertigtes Präsent. Verwöhnen Sie Ihre Familie und Freunde mit den traditionsreichen ostpreußischen Speisen aus unserem hochwertigen Kochbuch und bieten Sie Ihnen dazu den typisch ostpreußischen Honiglikör Bärenjäger an. Natürlich fehlt in diesem Schlemmerpaket auch das Königsberger Marzipan nicht.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Landesgruppen

Fortsetzung von Seite 15

Vereinigte Landsmannschaften Flensburg e.V.

Flensburg – Dienstag, 4. Juni, 16 Uhr, TSB-Heim: sommerliches Grillen. Anmeldung bitte bis spätestens Dienstag, 27. Juni, an Frau Kunde.

Bericht 1 – Am 7. Juni fand bei herrlichem Sommerwetter unsere diesjährige „Tour durch Angeln“ statt. Erster Programmpunkt war die Betriebsbesichtigung der Firma TRIXIE in Tarp, eben südlich von Flensburg. TRIXIE ist eine Großhandelsfirma für Heimtierbedarf und damit für alles, was Bello, Mietze, Piepmatz und Reptilien benötigen – ausgenommen Futter. TRIXIE hatte sich weit über zwei Stunden Zeit genommen, um uns in einem ersten Vortrag den Betrieb von der ersten Stunde des Jahres 1974 in der Mietwohnung eines dänischen Flensburgers bis hin zum Großbetrieb mit einer Belegschaft von über 600 Festangestellten vorzustellen. Dann ging es in den logistischen Bereich der Firma, die mit fast 9000 Fachhandelskunden in weltweit 100 Ländern europäischer Marktführer ist und durch ein hoch automatisiertes Logistikzentrum ihre über 6000 Artikel bedarfsgerecht an Mann und Frau und vor allem Tier bringt. Unsere nicht mehr ganz jungen Teilnehmer und Teilnehmerinnen waren mit höchstem Interesse dabei, auch steilere Stellagen im Hochregallager zu erklimmen, und staunten, was heutzutage alles im Warenvertrieb möglich ist. Sehr positiv beeindruckte uns die Freundlichkeit aller Mitarbeiter,

die uns über den Weg liefen, besser: wir über ihren.

Nach der anschließenden Fahrt durch das schöne Angeln gab es im Tauwerk am Bootshafen in Kappeln das verdiente Mittagessen. Eine weitere Fahrt durch den eher unbekanntem mittleren Teil Angeln zurück nach Flensburg schloss sich an, allerdings unterbrochen durch ein Kaffeestündchen mit selbstgemachtem Kuchen bei Tante Anne im kleinen Örtchen Dammholm. Es war ein gar köstlicher Genuss, kurz bevor die liebe Tante Anne Ende Juni ihren Betrieb einstellen wird.

Bericht 2 – Das dem einen oder der anderen sicher bekannte Preußeninstitut, stets mit einladender Verein der Flensburger Preußischen Tafelrunde, veranstaltete sein diesjähriges Jahrestreffen mit Mitgliederversammlung in Flensburg. Die Vereinigten Landsmannschaften hatten ebenfalls eine Einladung erhalten und nahmen mit Vertretern des Vorstandes daran teil. Interessante Vorträge am 10. Juni, dem 47. Geburtstag SKH Prinz Georg Friedrich v. Preußen, behandelten „Taugroggen – Damals und heute. Optionen deutscher Außenpolitik von 1800 bis zur Gegenwart“ (Dr. Mario Kandil) sowie „Preußische Seekriegsführung in der Ostsee im 19. Jahrhundert“ von Dr. Jürgen W. Schmidt. Die für den Sonntag vorgesehene und zunächst nicht realisierbare Stadtführung (Flensburg war durch zahlreiche Veranstaltungen voller Gäste aus nah und fern) konnte durch unsere kurzfristige Vermittlung eines Stadtführers zur großen Freude des Preußeninstitutes doch noch durchgeführt werden. Michael Weber

Bayern

Oft ungehört

Stierstorfer eröffnet Ausstellung über Flucht, Vertreibung und Integration der Frauen

Das Haus des Deutschen Ostens (HDO) in München und die Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung für Aussiedler und Vertriebene, Sylvia Stierstorfer, MdL, als Schirmherrin eröffneten die Ausstellung mit dem Titel: „Ungehört – Die Geschichte der Frauen. Flucht, Vertreibung, Integration“ am 15. Juni im Haus des Deutschen Ostens.

Die Geschichte der deutschen Vertriebenen und Flüchtlinge ist auch mit dem Schicksal der Frauen verbunden, deren Stimmen jedoch oft ungehört blieben. Die Ausstellung beschreibt Flucht, Vertreibung und Integration erstmals aus weiblicher Sicht.

Stierstorfer betonte: „Die Geschichte der Frauen muss einfach erzählt werden. Bis heute ist sie zu oft ungehört geblieben. Viele haben nicht darüber geredet, andere hätten es gerne, aber es wurde ihnen nicht zugehört. Die Zeitzeuginnen, die heute unter uns sind, haben bestätigt, wie wichtig es ist, hinzuschauen und zuzuhören! Ich möchte mich herzlich bei den sechs Zeitzeuginnen, die aus unterschiedlichen Regionen des östlichen Europa stammen, für ihren Mut bedanken, uns heute über ihr Schicksal zu berichten! Mein Dank geht aber auch an Herrn Prof. Dr. Weber, der diese Ausstellung konzipiert hat und an Frau Prof. Dr. Neri-Ultsch als Kuratorin: Sie haben hier etwas Einzigartiges geschaffen!“



Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung für Aussiedler und Vertriebene mit den Zeitzeuginnen und dem Ausstellungsteam: (von links) Sylvia Stierstorfer, Edith Gleisl, Ria Schneider, Patricia Erkenberg, Rosmarie Becker, Prof. Dr. Andreas Otto Weber, Prof. Dr. Daniela Neri-Ultsch, Emma Weis, Friederike Niesner, Gertrud MüllerFoto: GAV/Christa Schmidt

Andreas Otto Weber, Direktor des Hauses des Deutschen Ostens München, ergänzt: „Nach dem Zweiten Weltkrieg mussten Millionen von Deutschen ihre Heimat im östlichen Europa verlassen. Der Heimatverlust betraf alle, doch es waren vor allem Frauen, die sich als erste auf den Weg machen mussten. Mütter und Großmütter, Schwestern und Tanten – zusammen mit Kindern und Alten begaben sie sich auf die Reise ins Ungewisse. Das Verlassen der Heimat war keine geplante Ausreise. Viele Frauen mussten in Eile alles Wichtige zusammenpacken und all ihre Kräfte darauf verwenden, Sicherheit und Nahrung für die Familie zu organisieren und sich selbst und die Töchter vor sexuellen Übergriffen zu schützen. Da-

bei blieb oft die enge Mutter-Kind-Beziehung auf der Strecke. Am Ende des beschwerlichen Weges stand zumeist das Leben in sehr beengten Verhältnissen – in Flüchtlingslagern, Bauernhöfen oder Privatwohnungen. Es kam zu Konflikten bei der Einquartierung und zu Nahrungsmittelknappheit. Oft lastete die Hauptverantwortung auf den Schultern der Frauen. Dann mussten sie sich in der neuen Heimat integrieren – in Gesellschaft und Arbeitsmarkt. Jede Frau verarbeitete den Heimatverlust individuell: In den Landsmannschaften, durch Heimatreisen, in Kunst und Literatur. Viele kamen über das Trauma von Flucht und Vertreibung nie hinweg. Um diese individuellen Lebenswege sichtbar zu machen,

stellen wir die Aussagen unserer Zeitzeugen daher in den Mittelpunkt unserer Ausstellung.“

Zeitzeuginnen stehen im Mittelpunkt

Die Zeitzeuginnen Ria Schneider aus der Batschka, Emma Weis und Friederike Niesner aus Mähren, Gertrud Müller aus Oberschlesien, Rosmarie Becker aus Pommern und Edith Gleisl aus Ostpreußen stehen exemplarisch für die vielen Frauen, die nach dem Zweiten Weltkrieg ihre Heimat verlassen mussten. Ihre Wege durch die Kriegs- und Nachkriegsgeschichte weisen Gemeinsamkeiten auf – und sind doch für sich genommen ganz besonders. Die Ausstellung möchte diese Geschichten ans Licht bringen und den Fokus auf die bedeutende Rolle lenken, die Frauen in diesem historischen Kontext gespielt haben.

Nach dem offiziellen Teil der Eröffnung kamen die Besucher ins Gespräch mit den Referenten und Zeitzeuginnen. Alle waren sich einig, dass diese Ausstellung die Menschen zum Nachdenken, manchmal auch zum Staunen, ganz sicher aber ins Gespräch bringt.

Die Ausstellung ist bis zum 31. Juli zu sehen, Montag bis Freitag von 10 bis 20 Uhr, Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München, Internet: www.hdo.bayern.de

Rätsel

Sammelbuch	selbsttätiges Gerät	Abk. für Europäische Zentralbank	Zeitalter	Getreideart	ohne Milde, hart	frei zugänglich	unentschieden (Schach)	Figur bei Agatha Christie (Miss ...)	Hunnenkönig Attila (dt. Name)	einträglich, lohnend	Stadt in Belgien	Bratgefäß	Serie, Folge
Militärkrankenhaus					poetisch: Atem			Schuss, Schlag oder Wurf ins Ziel					
eine Spielkarte			Initiator, Schöpfer	Leumund, Ansehen			Kunstfreund, Gönner				gefallsüchtig; eingebildet	kantig, nicht rund	
		Ostslawe			anständig, gerecht (engl.)			Teil eines Wasservogelgeleges					
günstig, vorteilhaft				Zuckerrohrbranntwein	griechische Göttin		Zwischenraum, Fuge		engl.-amerik. Längenmaß				
Salzburger Komponist	Kopfschutz	Fuß- oder Handrücken	Verlauf eines Geschehens				allgemein-gütig	Zugmaschine (Kurzwort)	Ureinwohner Mexikos				
Garten- gerät, Rechen (norddt.)				Gebirge auf Kreta	lateinisch: Mutter; Matriz		kleines Lasttier		Singstimme	TV- Radiosender (Abk.)	Gasthaus (engl.)		Bodenfläche, Gelände
			klingeln (ugs.)				Frucht-, Gemüseflüssigkeit	Spielklasse beim Sport					
legendäres Wesen im Himalaja	Himmelsrichtung			Mitglied e. Leipziger Knabenchores	Frauenname; Buch im A. T.	völlig gefühllos			Weißfisch, Karpfenfisch			Mineral aus reinem Kohlenstoff	
Honigwein		Nagetier			stehen- des Binnen- gewässers	beinahe		Lungen- tätigkeit	Atmungsorgan				
				Bewohner eines dt. Bundeslandes			ostfranzösisches Grenzland		wunderliche Eigenart		chem. Zeichen für Radium		
								ungleich					
				kleiner Tortenboden	reich an Licht		schottischer Namens- teil		weiblicher Vorfahr		Vorname des Filmstars Astaire		bereitwillig
						Versehen, Fehler	frühere französische Münze		Gitterraum für Tiere				
				Hafenstadt in Marokko	lettische Hauptstadt		konzentrierte Lösung		lediglich	Vieh- hüter			
						Geliebte des Leander	beneden- weihen				Speise- raum für Studenten	Leid, Not	
				Fußglied				Opern- solo- gesang	nieder- sächsi- scher Hafen				
				Ersatzanspruch	Drehpunkt	amerik. Autor (Edgar Allan)	umsonst (für ...)	Wickel- gewand der Inderin		Sichler	unge- braucht		zu keiner Zeit
				beliebt, volks- tümlich					innerhalb				
				frühere Längen- einheit	Groß- mutter		öster. Renn- fahrer: ... Lauda			Astro- loge Wallen- steins			
						Fein- gewicht für Edel- metalle				mehr- jährige krautige Pflanze			

Magisch: hechten, 2. Chaplin, 3. Gefilde
6. Honorar, 7. Kontakt – Station
zer. 3. Anlagen, 4. Zentner, 5. Diwels.
Mittelworträtsel: 1. Flaschen, 2. Best-
NANU TOST
M E O S T
O H R A L T A I
T R E T E R A L K
W
Schüttelrätsel:
So ist's richtig:
PAZZ 25

Schüttelrätsel

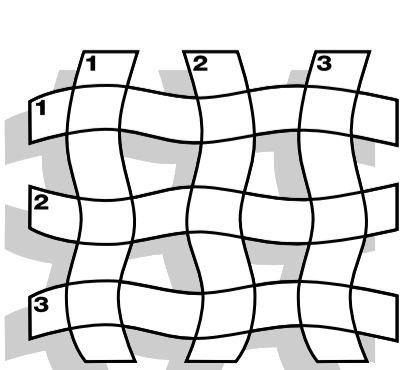
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

EERR TT	AMOR		EHW	ERTU	ARST	AARTT		ALOS	IKTT
						AKL			
HOR				AAILT					
ANNU		EOS				ORT			
				AOSTT					

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösung ein anderes Wort für Haltestelle.

1	WEIN					ZUG
2	AUTO					STOLZ
3	HAFEN					BAU
4	DOPPEL					LAST
5	BLUT					BROT
6	ARZT					KONSUL
7	HAUT					ARM



Magisch
Schreiben Sie waagrecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.
1 mit dem Kopf voran springen
2 engl. Filmkomiker (Charlie)
3 Land, Landschaft (poet.)

Heimatkreisgemeinschaften

Elchniederung

Kreisvertreter: James-Herbert Lundsziens, Fritz-Reuter-Straße 24, 24601 Wankendorf, Telefon (04326) 2195, **GF:** Barbara Dawideit, Am Ring 9, 04442 Zwenkau, Telefon/Fax (034203) 33567

Nachbarschaftstreffen

Lüneburg – Der Einladung zum Nachbarschaftstreffen der Kreisgemeinschaft Elchniederung e.V., Stadtgemeinschaft Tilsit e.V. und der Kreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit e.V. waren fast 100 Ostpreußen gefolgt. Der Stellvertretende Kreisvertreter der Kreisgemeinschaft Elchniederung e.V. James Herbert Lundsziens eröffnete die Versammlung und moderierte auch den ganzen Tag die Zusammenkunft sehr professionell.

Der Kreisvertreter der Kreisgemeinschaft Elchniederung e.V. Manfred Romeike konnte in seiner Begrüßung dann auch den Stellvertretenden Vorsitzenden der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. Hans-Jörg Froese, ebenso den Landesvorsitzenden des Landes Bremen Heinrich Lohmann und auch den Landesvorsitzenden von Hamburg Hartmut Klingbeutel herzlich willkommen heißen. Der Vorsitzende Dieter Neukamm der Kreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit e.V. erklärte dann in seiner Begrüßung den Gedanken des Zusammenschlusses der drei Verbände für die Mitglieder. Ganz neu war für viele die erst am Vortag neugewählte Vorsitzende der Stadtgemeinschaft Tilsit Christine Schönwiese, die ihre Begrüßung gekonnt vortrug. Die Grüße des Sprechers der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. Stephan Grigat überbrachte Hans-Jörg Froese und bemerkte, dass er schon am Vortag der Versammlung der Tilsiter beigewohnt hatte. Barbara Loeffke überbrachte dann auch als Landesvorsitzende des Landes Niedersachsen Grußworte mit weiteren Ausführungen zum Museum.

Nach der Ehrung der Verstorbenen und zum Gedenken der Opfer von Flucht und Vertreibung wurde es sehr still im Saal des Krone Bier & Event-Haus, haben doch immer noch viele Ostpreußen persönliche Erinnerungen.

Die Sängerin Isabell Kursari mit dem Pianisten Jun Zhan brachte dann einige bekannte deutsche und spezielle ostpreußische Lieder zu Gehör.

Eine besondere Ehrung konnte Astrid Schriewer-Romeike erfahren. Ihr wurde die Silberne Ehrennadel der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. durch Lundsziens und dem Vorsitzenden der Delegierten der Elchniederung Fritz Kling-

sporn überreicht. Nach dem Mittagessen fand in einer Wechselschicht die Besichtigung des Museums statt.

Höhepunkt des Nachmittags war der Vortrag von Hubertus Hilgendorff, der in sehr fundierter Weise Erklärungen über das Entstehen der Liegenschaft Lüneburg vortrug und welche Erweiterungen noch geplant sind, dabei konnte er auch nicht umhin, die Vermögensverhältnisse von uns Ostpreußen offenzulegen.

Die Kreisgemeinschaft Elchniederung hat wieder eine Reise in die Heimat geplant, leider nicht in den russisch besetzten Teil. Thomas Hübner von Partner Reisen, der die Reise auch begleiten wird, konnte in seinem DIA-Vortrag sehr schöne Aufnahmen von der geplanten Reise vortragen und berichten, dass die Reise schon ausgebucht ist.

Bei Kaffee und Kuchen wurde noch viel plachandert.

Für das nächste Nachbarschaftstreffen gibt es noch keinen Termin, es wird von der Stadtgemeinschaft Tilsit ausgerichtet.

In seinem Schlusswort teilte Romeike mit, dass er nicht mehr dabei sein wird. Er legt sein Amt als Kreisvertreter der Kreisgemeinschaft Elchniederung e.V. zu Ende Mai nieder. *Dieter Wenskat*

PAZ wirkt!

Goldap

Kreisvertreter: Stephan Grigat, Telefon (05231) 37146, Fax (05231) 24820, Heidentalstraße 83, 32760 Detmold. **Gst.:** Annelies Trucewitz, Hohenfelde 37, 21720 Mittelkirchen, Telefon (04142) 3552, Fax (04142) 812065, museum@goldap.de, www.goldap.de

Sommerfest

Goldap – Sonnabend, 1. Juli, 15 Uhr, Haus der Heimat, Garten: 27. Goldaper Sommerfest.

Zu diesem Sommerfest lade ich Sie und Ihre Angehörigen herzlich ein.

Wie in den vergangenen 20 Jahren auch, soll das Fest ohne größere Förmlichkeiten stattfinden und dem geselligen Austausch der Teilnehmer dienen. Für Kaffee, Kuchen, Gebrülltes und Getränke ist gesorgt. Wir freuen uns auf Ihr Kommen.

Es wird herzlich um eine Anmeldung per E-Mail unter info@goldap.de gebeten. Diejenigen, die sich bereits auf die „Save-the-date“-E-Mail hin angemeldet haben, brauchen sich natürlich nicht noch einmal anzumelden.

Stephan Grigat, Kreisvertreter

Lyck

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesen-see, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellv. **Kreisvertreter:** Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665

12. Lycker Treffen

Bremen – Donnerstag, 16. November, 13 Uhr, Beginn um 14 Uhr, Best Western Hotel zur Post: Lycker Treffen in Bremen unter neuer Leitung. Wilhelm Norra hat die Organisation an Heidi Mader abgegeben. Nähere Auskünfte bei Heidi Mader: E-Mail: heidi-mader@gmx.de oder unter Telefon (0421) 67329026. Eine verbindliche Anmeldung ist erforderlich.



Tag der Minderheiten in Memel: Bürgermeister Arvydas Vaitkus am Stand des Deutschen Kulturvereins Memel mit dem Glücksrad und Stefan Elbert und Uwe Jurgsties

Foto: Heiko Kreßin

Memel-Stadt/Land

Kreisvertreter: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddeshelm, Telefon (06203) 43229, Mobil: (0174) 9508566, E-Mail: uwe.jurgsties@gmx.de. **Gst. für alle Memellandkreise:** Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddeshelm

Tag der Minderheiten

Memel – In diesem Jahr nahm unser Verein, der Deutsche Kulturverein Memel, zum zweiten Mal am Festival der Minderheiten in Memel teil.

Natürlich war unser „himmelblauer Trabbi“ wieder ein Hingucker, aber der absolute Favorit war in diesem Jahr unser Glücksrad. Die kleinen Gäste des Festes standen Schlange, um kleine Geschenke oder Süßigkeiten zu erspielen. Selbst der neugewählte Bürgermeister bestaunte unser „Wunderwerk“. Für alle Gäste hatten wir wieder unsere beliebten Fischbrötchen und zusätzlich eine Auswahl von deutschen Wurstwaren zur Bewirtung vorbereitet. Auch gab es selbstgemachten Eierlikör. Alles wurde kostenlos angeboten. Ein großes Dankeschön dem Kulturzentrum der Minderheiten für die tolle Organisation und allen Mitgliedern des Vereins für ihre Hilfe. Zuvor haben wir uns am großen Festumzug vom Alten Markt

durch die Altstadt zum Festgelände am Dangeufer beteiligt.

Heiko Kreßin

Stadtfest

Heydekrug – Am Sonnabend, 27. Mai fand das Stadtfest in Heydekrug mit vielen Attraktionen bei herrlichem Wetter statt. Ein Programmhöhepunkt war ein Konzert um 17 Uhr mit sechs Chören aus dem Kreis Heydekrug in der evangelischen Kirche, an dem auch unser Chor des Vereines Heide teilnahm. Im Anschluss trafen sich die Chormitglieder sowie Vereinsmitglieder und geladene Gäste, wie der Deutsche Kulturverein Memel, vertreten durch Heiko Kreßin und dem Ehepaar Elbert sowie dem Bundesvorsitzenden der AdM im Vereinshaus Heide zu einer kleinen Feier aus Anlass des 30-jährigen Bestehens des Ver-



Der Verein gratuliert: Chorleiter Valteris Matulis erhält ein Geschenk

mattreffen am 27. August hinweisen. Wie Sie ja wissen, jährt sich die Patenschaft mit der Stadt Bochum in diesem Jahr zum 70. Mal. Aus diesem Grunde wird es eine kleine Feierstunde geben, in der der Oberbürgermeister der Stadt Bochum, Thomas Eiskirch, ein Grußwort und der Beauftragte der Landesregierung für Vertriebene, Heiko Hendriks, die Festrede halten werden.

Ich denke, dass diese Veranstaltung einen guten Besuch verdient hat. Merken Sie sich diesen Termin unbedingt vor, und regen Sie Ihre Kinder und Enkelkinder an, Sie zu begleiten und ebenfalls an dieser Veranstaltung teilzunehmen.

Wir fühlen uns unserer Heimat verpflichtet und wollen die Erinnerung an die Geschichte, die Kultur und die Menschen Ostpreußens aufrechterhalten und an die jüngeren Generationen weitergeben.

Ulrich Pokraka, Kreisvertreter

BUND DER VERTRIEBENEN

Gesetzesänderung für Spätaussiedler

Früheres „Gegenbekenntnis“ darf kein pauschaler Ablehnungsgrund mehr sein

Aktuell wird eine Änderung des Bundesvertriebenengesetzes (BVFG) im Bereich der Spätaussiedleraufnahme durch das Bundesministerium des Innern und für Heimat vorbereitet. Hierzu erklärt der Präsident des Bundes der Vertriebenen, Bernd Fabritius:

Der Bund der Vertriebenen ist dankbar dafür, dass die Bundesregierung und insbesondere das fachlich zuständige Bundesministerium des Innern und für Heimat, auch auf mehrfache Forderung des Verbandes hin, derzeit unter Hochdruck eine Änderung des Bundesvertriebenengesetzes im Bereich der Spätaussiedleraufnahme vorbereitet und hierfür die Expertise unseres Verbandes und seiner Mitglieder abgefragt hat. Diese Verbandsbeteiligung zeigt, dass unsere in Veröffentlichungen, in vielen Gesprächen und im Schriftwechsel geäußerten Forderungen, Anregungen und auch Mahnungen ernstgenommen werden.

Wo sowjetische „Behörden“ einem Antragsteller vor Jahrzehnten im kommunistischen Unrechtsstaat Sowjetunion eine nichtdeutsche Volkszugehörigkeit in Personenstands- oder Personaldokumente eingetragen haben, darf dies heute nicht als willentliches Gegenbekenntnis gewertet werden und zu einer Ablehnung als Spätaussiedler führen, wenn alle weite-

Forum Baltikum – Dittchenbühne

Ostpreußische Mundartgruppe an der Dittchenbühne

Einmal im Monat – normalerweise am ersten Donnerstag um 16 Uhr – trifft sich am Elmshorner „Forum Baltikum – Dittchenbühne“ eine Gruppe, bei der es um die ostpreußische Mundart geht – ums Schlabbern, also um das miteinander Ostpreußisch sprechen. Kaffee und Kuchen werden serviert, die Teilnahme ist kostenlos. Wer einmal hineinschnuppern möchte, kann das gern tun – bitte zuvor kurz anmelden unter Telefon (04121) 89710 oder per E-Mail: buero@dittchenbuehne.de, Internet: www.dittchenbuehne.de



Höhepunkt des Nachmittags: Hubertus Hilgendorff spricht über die Liegenschaft Lüneburg und weitere Pläne

Foto: Dieter Wenskat

Neidenburg

Kreisvertreter: Ulrich Pokraka, An der Friedenseiche 44, 59597 Erwitte, Telefon (02943) 3214, Fax -980276, E-Mail: u-pokraka@t-online.de **Stellvertreterin:** Ute Kondritz, Säuerlingstraße 8, 56154 Boppard, Telefon (06742) 4349

Heimattreffen

Bochum – Wir möchten schon heute auf unser diesjähriges Hei-

BdV

KÖNIGSBERG-DEVAU

Deutschlands erster ziviler Flughafen

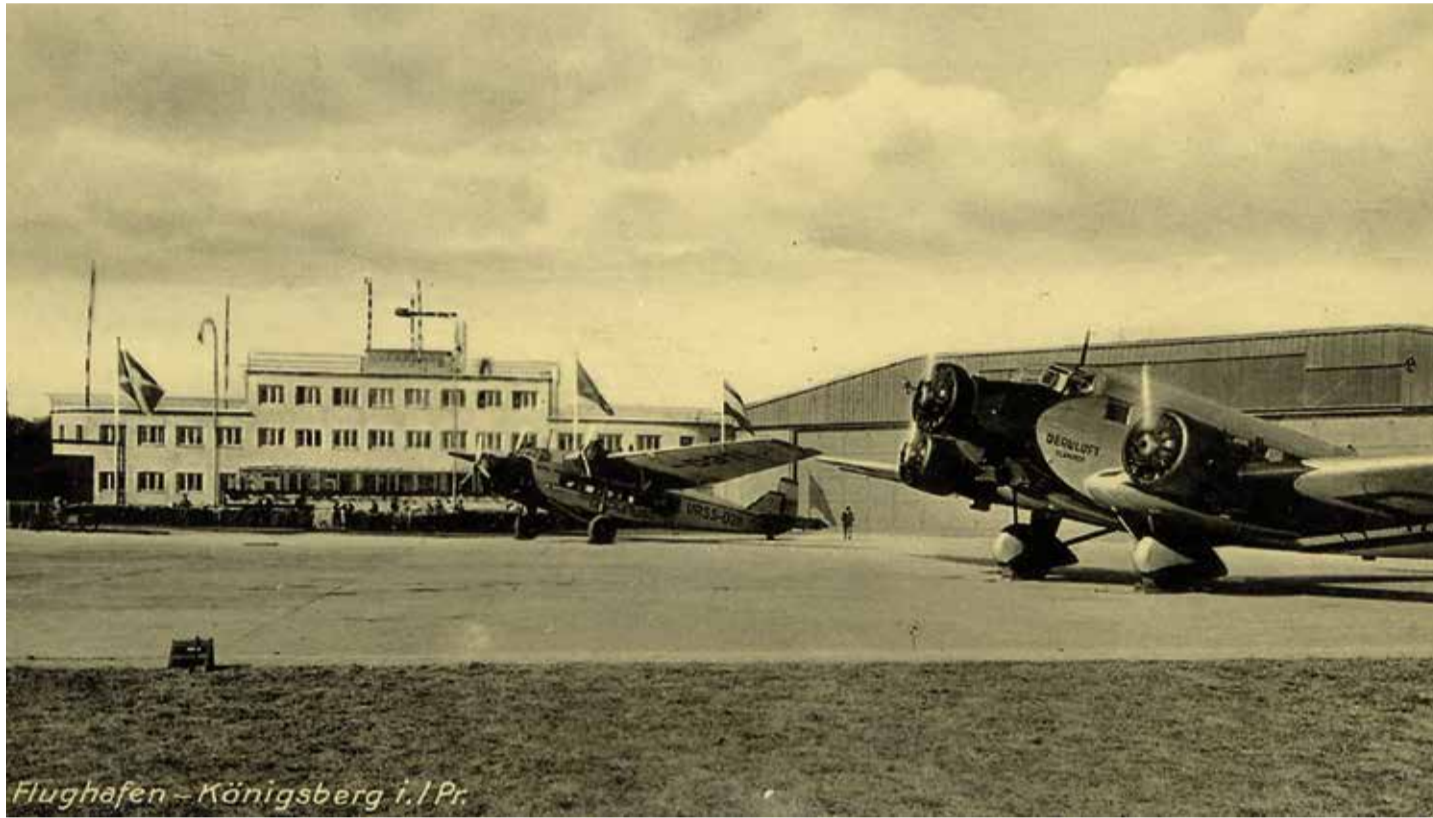
Ausgangspunkt einer internationalen Linienflugverbindung ab 1922 – Erfolgreiches deutsch-sowjetisches Unternehmen Deruluft

VON WOLFGANG KAUFMANN

Bis zum Jahr 1921 verfügte Deutschland über keinen einzigen zivilen Verkehrsflughafen. Dann ging der Flughafen in Königsberg-Devau in Betrieb. Dieser lag nordöstlich von Sackheim und Kalthof an der Kleinbahnlinie von Königsberg nach Schaaksvitte und Possindern sowie auch an der Ausfallstraße von Königsberg in Richtung Labiau und Tilsit. Hier befand sich in alten Zeiten eine Kultstätte der Prußen – daher der Name „Devau“ von prußisch „Deywis“ für Gott.

Einige Jahrhunderte später entstand an der gleichen Stelle ein Erbpachtskrug nebst einigen Häusern. Außerdem legte die preußische Armee im 18. Jahrhundert einen großen Exerzierplatz in der Nähe an, der 1914 genau wie Devau selbst in Königsberg eingemeindet wurde. Zu diesem Zeitpunkt waren auf der 1500 mal 1000 Meter großen ebenen Rasenfläche auch einige Militärflugzeuge gestartet und gelandet. Während des Ersten Weltkrieges existierte in Königsberg dann eine Flieger-Beobachtungs-Schule.

Der Bau der Flugzeughallen, Werkstätten und Betankungsanlagen des Verkehrsflughafens Devau erfolgte zwischen 1919 und 1921. Darüber hinaus entstand 1922/23 ein dreistöckiges Empfangs- und Abfertigungsgebäude mit Schalterhalle, Wartesaal, Telegrafestation, Büros für Mitarbeiter der Flughafenverwaltung, Luftverkehrslinien und Zollbehörden sowie einer Wetterwarte. Das Ganze basierte auf Entwürfen des Königsberger Architekten Hanns Hopp, der die für ihn vollkommen neue Aufgabe meisterte, indem er ein stimmiges Gesamtensemble schuf, das an einen startenden Vogel erinnerte. Dabei stand das Hauptgebäude für den Körper des Vogels und die jeweils links



Flughafen Devau im Betrieb in der Zeit etwa zwischen 1932 und 1936: eine Ju 52 und eine Tupolew ANT-9 (hinten) der Deruluft auf dem Flugfeld in der Nähe von Königsberg. Foto: Bildarchiv Ostpreußen

und rechts anschließenden Flugzeughallen, die 20 Maschinen aufnehmen konnten, für dessen ausgebreitete Schwingen.

Die Notwendigkeit der Errichtung dieses Komplexes ergab sich daraus, dass Königsberg 1922 zum westlichen Ausgangspunkt einer internationalen Linienflugverbindung avancierte. Dem vorausgegangen war die Gründung der Deutsch-Russischen Luftverkehrs A.G. (Deruluft) am 24. November 1921 durch die sowjetrussische Handelsvertretung in Berlin und die Aero-Union AG, eine Holding der Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt-Actien-Gesellschaft (H.A.P.A.G.) sowie der Luftschiffbau Zeppelin GmbH und der AEG Aktiengesellschaft. Die mit fünf

Millionen Reichsmark Startkapital ausgestattete Deruluft erhielt die Lizenz zur Abwicklung des Flugverkehrs zwischen dem Deutschen Reich und Sowjetrußland. Der erste Linienflug erfolgte am 1. Mai 1922 auf der Strecke Königsberg-Kaunas-Smolensk-Moskau. Dabei wurden anfangs nur Post und einige Beamte hin und her transportiert, bis am 27. August 1922 auch der normale Passagierverkehr begann.

In 22 Stunden nach Moskau

Zunächst gab es zwischen Königsberg und Moskau zwei Flüge pro Woche, bei denen jeweils deutsche und sowjetische Besatzungen zum Einsatz kamen. Ab 1923

stieg die Zahl der wöchentlichen Flüge auf drei und ab 1924 starteten die Maschinen der Deruluft dann täglich. 1925 erfolgte zudem eine Erweiterung des Netzes: Nun begannen die Linienflüge nach Moskau bereits in Berlin, wobei es 22 Stunden dauerte, die 1600-Kilometer-Strecke mit Zwischenlandungen zurückzulegen. Darüber hinaus wurden ab 1928 auch Riga, Reval [Tallinn] und Leningrad von Berlin aus über Königsberg angefliegen.

Bei den bis zur Auflösung der Deruluft zum 31. März 1937 verwendeten Maschinen handelte es sich um die Typen Fokker F.II und F.III des Herstellers N.V. Nederlandsche Vliegtuigenfabriek, Junkers

F 13 und Ju 52, Rohrbach Ro VIII Roland, Albatros L 58 und Dornier Merkur aus Deutschland sowie Tupolew ANT-9 aus der Sowjetunion.

Neben der Deruluft nutzte ab 1926 auch die Deutsche Luft Hansa AG den Platz in Devau für ihre eigene neue Nachtflugverbindung zwischen Königsberg und Berlin sowie Linienflüge nach Tilsit und Memel. Die wachsende Bedeutung des ostpreussischen Flughafens äußerte sich zudem darin, dass er 1931 zum Zollflughafen Erster Ordnung erklärt wurde und die Luft Hansa hier 1938 einen Industrieflughafen mit eigenen Werkstätten einrichtete. Die aus all dem resultierende Zahl an Starts und Landungen betrug 1939 genau 1173.

Flugschulen der Luftwaffe

Im Verlauf des Zweiten Weltkrieges diente Königsberg-Devau dann als Militärflughafen: Ab Dezember 1939 war hier zunächst eine der zwölf Blindflugschulen der Luftwaffe stationiert. Dem folgten ab August 1941 die Kurierstaffel 2, die Flugbereitschaft des Luftgaukommandos I und der Stab des Kampfgeschwaders 77. Dazu kamen die Dienststelle des Nachtjagdraumführers 112 und der Flieger-Werkstattzug 15. Als Flughafenkommandanten fungierten unter anderem Oberstleutnant Günther Riegels und Major Walter Sieh.

Nach Kriegsende wurde der schwer beschädigte Flughafen von den sowjetischen Besatzern wiederhergestellt, verlor jedoch ab 1962 rapide an Bedeutung, weil die neuen Machthaber beschlossen, in Powunden [Chrabrowo] ein internationales Drehkreuz für den zivilen Luftverkehr einzurichten. Dadurch diente Devau bald nur noch als Domizil für verschiedene Flieger- beziehungsweise Sportklubs des Königsberger Gebietes.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Als man in den Ostgebieten für Deutsche in der DDR sammelte

Die Volksrepublik Polen fürchtete 1953 noch einen Volksaufstand – 2023 wurde der 17. Juni dagegen kaum öffentlich thematisiert

„Es ist eigentlich ein Datum, das ganz gewiss in die deutsche Freiheitsgeschichte gehört“, sagte Altbundespräsident Joachim Gauk anlässlich der Gedenkfeier am 17. Juni in Chemnitz. Aber gehört dieses Datum nicht auch ins kollektive Gedächtnis der europäischen Freiheitsgeschichte? War doch der Volksaufstand vom 17. Juni 1953 der erste im sozialistischen Block. Das Wissen um die Ereignisse vor 70 Jahren ist jenseits der Oder und Neisse rudimentär. „Der Großteil der Polen behandelte die DDR als ein wenig sympathisches Transitland. Im polnischen Bewusstsein ist die DDR das „rote Preußen“, so der 2021 verstorbene Historiker Włodzimierz Borodziej.

Der 70. Jahrestag des Volksaufstandes spiegelte sich kaum in der Berichterstattung polnischer Medien. Lediglich das Breslauer „Willy-Brandt-Zentrum für Deutsche und Europäische Studien“ hatte zusammen mit der Universität Breslau und dem Deutschen Akademischen Austauschdienst eine wissenschaftliche Konferenz organisiert. Der Chef des Hauses, Krzysztof Ruchniewicz, der am Vortrag der Gedenkfeier zum 70. Jahrestag bei einer Jugendkonferenz in Dresden sprach, analysierte die Auswirkungen und die Rezeption der Ereignisse von 1953 auf die und in der Volksrepublik Polen.

Die damalige polnische Regierung habe im ersten Moment gar nicht auf die

Situation in der DDR reagiert. „Noch am 17. Juni, während der Beratungen im Zentralkomitee der Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei (PVAP), übte der Erste Parteisekretär Boleslaw Bierut Kritik an den Woiwodschaftsparteiverbänden angesichts deren mangelnden internationalistischen Selbstverständnisses.“ Dabei habe dieser die Ereignisse in der DDR gar nicht einmal auf dem Schirm gehabt. Erst später seien die Sicherheitsdienste darauf angesetzt worden, zu sondieren, wie die Reaktion polnischer Kommunisten darauf gewesen sei. „Zwei Wochen später, am 28. Juni, hatte Bierut erstmalig die Ereignisse in Berlin thematisiert. Während einer Rede zum Tag der Kriegsmarine in Gdingen sprach er von einer „Warnung an die Arbeitermassen in der Welt“, beruft sich das Geschichtsportal „Historiamag.org“ ebenfalls auf Ruchniewiczs Forschungen.

DDR nicht auf dem Schirm gehabt

Die polnische Führung habe ihren von den Sowjets diktierten „Neuen Kurs“ geändert. Denn in Polen seien Normenerhöhungen nicht wie in der DDR von zehn Prozent, sondern gar von 20 Prozent avisiert gewesen. Es schien klar, das sei nicht machbar, wenn schon die Hälfte in der DDR zur Revolte führt. Darüber hinaus habe man eine von der damaligen deutschen Bevölke-



Initiierte eine Kunstaktion: Der ungarische Künstler Roland Vörös (li.) am Obersteinweg in Görlitz, wo „1953“ ins Kopfsteinpflaster eingelassen ist Foto: tsk

rung in den polnisch verwalteten Gebieten hervorgehende Gefahr befürchtet: „Die Deutschen (in Polen) könnten unverfälschte Informationen aus dem westdeutschen Rundfunk weitergeben.“ Hierbei muss man sich vergegenwärtigen, dass vor einer großen Ausreisewelle die Zahl von Deutschen in Ostpreußen, Oberschlesien und sogar Teilen Niederschlesiens sowie Pommerns noch erheblich war.

Das Ministerium für Sicherheit soll Informationen gesammelt haben, dass unter Deutschen in Ostdeutschland, insbesondere in der Woiwodschaft Allenstein sowie um Oppeln das Thema der Juni-Ereignisse in der DDR diskutiert wurde. Sicherheitsorgane hätten dokumentiert, dass man darüber gesprochen habe, die DDR-Bürger würden den Kommunismus ablehnen, sich nach einer Wiedervereinigung

sehnen und dass gar ein neuer Krieg bevorstehe. Geheimdienste im Kreis Opatów sammelten Aussagen, dass Hoffnung bestehe, der Aufstand in der DDR könne der Anfang vom Ende des Kommunismus sein. Das Sicherheitsamt in Allenstein habe gar vermerkt, dass sogar die Neubevölkerung der gleichen Auffassung anhängen wie die Alteingesessenen. In Allenstein und Johannsburg wurden Aussagen von „Autochthonen“ (alteingesessenen Deutschen) notiert, dass Masuren „zu Deutschland zurückkommen“ würde. Es habe gar eine Aktion seitens der deutschen Bevölkerung am 2. Juli 1953 in der Schleiferei zu Freiburg in Schlesien gegeben, bei der Geld für Familien in Leipzig und Berlin gesammelt worden sei. Was mit den Spenden und Spendern passierte, ist nicht überliefert.

Dass der polnische Geheimdienst keine negativen Aussagen gegen die Deutschen in der DDR im Kontext des Aufstandes dokumentiert hat und im Anbetracht des Scheiterns des Aufstandes nicht einmal „Gefühle der Genugtuung“ gegenüber den Deutschen sah, hebt Ruchniewicz hervor. Trotz dramatischer Kriegserfahrungen der Polen habe es einen nüchternen Blick oder gar „eine Zuneigung zum westlichen Nachbarn“ gegeben, mutmaßt der Historiker.

Chris W. Wagner

HINTERPOMMERN

755 Jahre Gollnow an der Ihna

Ein Streifzug durch Vergangenheit und Gegenwart

VON TORSTEN SEEGERT

Wer von Stettin in Richtung Danzig unterwegs ist, dem ist Gollnow [Goleniów] sicher ein Begriff. Doch auch in Vorpommern kennt man die Stadt an der Ihna gut. Schließlich pflegen diesseits der Oder mit Bergen auf Rügen und Greifswald gleich zwei Städte eine Partnerschaft. Wer Gollnow allerdings noch nicht kennt, der soll an dieser Stelle zu einem Besuch angeregt werden.

Am 1. Juli 1268 – also vor 755 Jahren – wurde Gollnow das Stadtrecht verliehen. Damit übernahm der pommerische Herzog Barnim I. damals auch das Patronat über die Kirche und erkannte das selbst entworfene Siegel der Stadt an, bestätigte und verlieh es. Dieses zeigte damals übrigens noch ein Schiff, mit dem Bug und Steuer nach links fahrend. Aus dem Mast wuchs ein Nadelbaum und in dessen Krone war ein pommerischer Greif zu sehen, der sich ebenfalls nach links wendete. Das Wappen selbst war an der entsprechenden Urkunde der Stadtverleihung angehängt gewesen.

Längst waren zu diesem Zeitpunkt beide Stadtteile, rechts und links des Flusses Ihna, zusammengewachsen, sodass es für Barnim I. die Veranlassung war, die Stadtrechte nach Magdeburger Recht zu vergeben. Dieses erstreckte sich übrigens auch auf die umliegenden Dörfer und Flecken. Und obgleich die deutsche Stadt zunächst Vredeheide genannt wurde, setzte sich am Ende der alte Name Gollinog und damit in Abwandlung dazu Gollnow durch. Die Ihna aber, jener auch als „100-Minuten-Kanal“ vom „Alten Fritz“, Friedrich II., bezeichnete Fluss, sollte eine ihrer Lebensadern werden.

Von Stargard aus schiffbar, trug sie Prahme und Leichterschiffe bis nach Gollnow. Von hier aus gingen die Güter dann auf den früher legendären Ihna-Kähnen, die bis zu 1000 Tonnen Ladegewicht fassen konnten, an der alten Stadtmauer mit seinem Münz- und Pulverturm vorbei bis zur Ihna-Mündung. Dabei waren die Kahnschiffer (im Volksmund „Kahntucker“ genannt) auf die Hilfe von

Treidlern angewiesen. Letztes Ziel des Transports war aber Stettin oder – wenn „Schmiedeberger Raseneisenerze“ geladen waren – auch Torgelow. Doch diese Lebensader ist heute weitestgehend „versandet“.

Wer gegenwärtig die Alte Ihnabrücke überschreitet, kann dennoch einen wei-

Bollwerkstraße gelangen. Sie führt an der St. Katharinenkirche vorbei und endet am „Wolliner Tor“. Wer dann das Stadttor durchschritten hat, findet sich auf der Stepenitzer Straße wieder. Von ihr zweigen linker Hand die Fürstenflagger Straße (in Richtung Oder) und rechter Hand die Naugarder Straße ab.

Altstadt heute einige Abstriche in seinen Erwartungen machen. Sie ist, wie viele andere pommerische Städte im Zweiten Weltkrieg, durch Zerstörung arg in Mitleidenschaft gezogen worden. Viele der historischen Bauten sanken damals in Schutt und Asche, zudem wurden tiefe Narben in das Stadtbild geschlagen. Auch



St. Katharinenkirche von Gollnow: Die dreischiffige Hallenkirche stammt aus dem 15. Jahrhundert

Foto: Seegert

testgehend ursprünglichen Anblick erleben: Zum Beispiel, wenn der Blick entlang des Kanals zur ehemaligen Knaben- und Mädchenschule in den Wällen streift. Auch der alte Speicher ist von der Ihnabrücke (linker Hand) noch gut erhalten geblieben. Direkt gegenüber aber kann man am Ihna-Kanal – immer an der Mauer entlang – spazieren und bei dem Münz- (achteckig) und Pulverturm (rund) anschließend durch das „Wassertor“ zur

Allerdings lohnt es, sich in der Altstadt der St. Katharinenkirche zuzuwenden. Die dreischiffige Hallenkirche mit ihren wirkungsvollen Kreuz- und Sterngewölben entstammt dem 15. Jahrhundert. Wie alte Überlieferungen berichten, wurde sie zwischen 1865 und 1867 zu einer der schönsten Stadtkirchen der pommerischen Provinz ausgebaut.

Wer die alte Hansestadt Gollnow an der Ihna besucht, muss allerdings bei der

ist dieses zeitliche Kapitel von Flucht, Vertreibung und späterer Aussiedlung der Gollnower überschattet gewesen. Diese Geschehnisse machen eine Spurensuche für Besucher heute nicht einfacher. Eines wird jedoch bei einem Aufenthalt deutlich: Das gegenwärtige Gollnow ist auf einer Selbstfindung, verhaftet zwischen einer langen Geschichte und einer erst noch zu gestaltenden Zukunft. Sicher keine leichte Aufgabe.

MELDUNGEN

Reiterfest, Bahnhof und eine Brauerei

Stettin – Nachdem erneut unzählige Fische in Nebenarmen der Oder verendeten und in diesem Zusammenhang das Auftreten von Goldalgen nachgewiesen wurde, fanden nun auch Stichproben am Unterlauf des Stromes statt. Derzeit gibt es hier jedoch weder ein ähnlich massives Fischsterben noch solch schlechte Sauerstoffwerte des Wassers wie bei dem extremen Niedrigwasser des vergangenen Sommers. TS

Stralsund – Ralf Dörnen, der Intendant des Theaters Vorpommern, gibt seine Doppelfunktion auf und wird im Sommer 2023 die Geschäftsführung des Theaters beenden, um sich vollumfänglich seiner Arbeit als Ballettdirektor zu widmen. Unter Einbeziehung des Aufsichtsrates will die Theater Vorpommern GmbH nun nach Lösungen suchen. TS

Swinemünde – Vom 22. bis 25. Juni findet am Strand von Swinemünde das Reiterfest Cavaliada statt. Zu dem internationalen Reiterfest werden über 160 Teilnehmer aus zehn Ländern und mehrere tausende Gäste erwartet. Auf dem Programm stehen unter anderem Springreiten, Pferdeshows und Kutschfahrten. TS

Neustettin – Der ehemalige Speicher an dem Fluss Niesedop wird derzeit zu einer Brauerei umgebaut. Die Braustätte Neustettin erfährt damit nach einer jahrzehntelangen Unterbrechung eine Wiederbelebung. Neben Lager und Pilsner sollen hier schon bald Weizen- und dunkle Biere gebraut werden. TS

Köslin – Nachdem Anfang 2023 der Vertrag zum Abriss des alten Bahnhofes und für den Bau eines neuen Bahnhofes in Köslin unterzeichnet wurde, haben nun die Abrissarbeiten begonnen. Der Neubau soll bis Ende 2024 fertig gestellt sein. Die Gesamtkosten des Projektes werden auf etwa zehn Millionen Euro geschätzt. TS

WINZER DES NORDENS

Wein aus Pommern und Zeugnisse davon in Stettin

Bischof Ottokar brachte einst die Weinstöcke nach Pommern

Nördliche Weinanbaugebiete versetzen uns immer wieder in Erstaunen. Man vermutet sie hier nicht. Dass es in Pommern schon seit der zweiten Pilgerreise des Bischofs Ottokar einen Weinbau im Odertal gab, ist sicher nicht vielen bekannt. Man liest bei Johann Jakob Sell in seiner „Geschichte des Herzogthums Pommern“, Berlin 1819: „Der Bischof Otto brachte, als er zum zweitenmale nach Pommern kam, ein Kuppe (Fass) mit Weinreben nach Pommern, welche er einpflanzen ließ, damit wenigstens soviel Wein gebauet würde, als zum Gebrauche beim Hl. Abendmahle nöthig war. Seit der Zeit wurden auf den Bergen längs der Oder oberhalb Stettin bis Garz und unterhalb der Grabow, Frauendorf und Gotzlow Weinberge angelegt. Aus den hier gewachsenen Trauben wurde weißer und rother Wein gepresst, der bei der herzoglichen Tafel getrunken wurde.“

Später schrieb Theodor Fontane, der seine frühe Jugendzeit von 1827 bis 1832 in Swinemünde verbrachte, in seinem auto-

biografischen Roman „Meine Kinderjahre“: „Auf allen Tafeln hielt man streng zum Stettiner Rotwein, der alte Flemming

aber bezog ihn direkt aus Bordeaux, was ihm viele Kosten und wenig Dank einbrachte.“ Weiterhin wurde auch aus Py-

ritz im Weizackergebiet vom Weinbau berichtet. Der „Weinberg“, auf dem einst das Lehrerseminar in Pyritz stand, deutete darauf hin. Angemerkt wurde jedoch: „Die Trauben sind aber doch wohl zu sauer gewesen.“

In Pommerns einstiger Hauptstadt Stettin gab es seinerzeit Weinstuben, Lagerhäuser und Keltereien, die auch im heutigen Stettin bei speziellen Stadtführungen gerne gezeigt werden. Zweifelsohne ist der prächtigste Hinweis auf Wein in Stettin an dem Palais Velthusen, auch Wolkenhauer-Haus genannt, zu sehen. 1778 erwarb der Kaufmann Georg Ch. Velthusen (1742–1803) das Grundstück und ließ darauf das heute noch existierende, nach ihm benannte Palais errichten.

Velthusen wurde 1742 in Wismar geboren und war niederländischer Abstammung. 1769 kam er nach Stettin. In dem Palais richtete er einen Weinhandel mit Kellerei ein und belieferte seinerzeit ganz Pommern, Nordpolen und die Niederlande. Im erhaltenen Giebel dreieck weisen

Szenen um die Weinverarbeitung auf die frühere Nutzung des Gebäudes hin. Später hatten hier unter anderem der Klavierbauer Wolkenhauer und von 1922 bis 1943 die Pommerische Provinzbank ihren Sitz.

1943 bis auf die Außenmauern zerstört, wurde es Anfang der 1960er Jahre wieder aufgebaut. Die ursprünglichen Philosophen, die sich zur Zierde an der Fassade befanden, wurden durch Komponisten wie den Stettiner Carl Loewe, Chopin, Smetana, Strawinski und Verdi ersetzt. Das Gebäude steht unter Denkmalschutz und ist eine der Sehenswürdigkeiten Stettins. Heute beherbergt es die Feliks-Nowomiejski-Musikschule.

Natürlich fragt man sich, wie es denn jetzt mit dem Weinbau an der Oder und in Vorpommern aussieht. Ja, dieser erlebt eine wahre Renaissance, sodass im November 2021 das erste Westpommerische Weinfestival im Schloss der Stettiner Herzöge stattfand. Neun Winzereien präsentierten an diesem Tag ihre Erzeugnisse. Brigitte Stramm



Eine Weinverarbeitungsszene auf dem Tympanon: Das einstige Palais Velthusen, in der Luisenstraße, Ecke Kleine Wollweberstraße [Staromłyńska, Ecke Łaziebna]

„Fehlt noch die Atem-Steuer für jeden“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben



„Schön, dass an solche Episoden deutscher Geschichte noch erinnert wird“

Tom Borns, Thüringen
zum Schicksal über den Westpreußen
Friedrich von Erckert: Begraben im
Sand der Kalahari (Nr. 23)



Ausgabe Nr. 23

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum,
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
Fax (040) 41400850
oder per E-Mail an redaktion@
preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der
Verfasser wieder, die sich nicht mit der
Redaktion decken muss. Von den
an uns gerichteten Briefen können wir
nicht alle, und viele nur in Auszügen,
veröffentlichen. Alle abgedruckten
Leserbriefe werden auch ins Internet
gestellt.

VERDIENSTVOLLER HINWEIS ZU: DER ALTE MANN UND DAS KRIEGSVERBRECHEN (NR. 23)

Die Ausführungen des PAZ-Chefredakteurs René Nehring zu dem leidvollen Thema „Kriegsverbrechen“ im Zweiten Weltkrieg überzeugen durch ihre Kenntnis der wahren Natur des Krieges, das heißt „Kriege kennen meist nur Verlierer“, wie es im Artikel heißt.

Der Autor weist in seinen Ausführungen aber auch auf das besondere Verhalten der Deutschen im Hinblick auf die Opfer des Krieges hin: „Das Gedenken an die eigenen Opfer des Krieges ist kaum noch ein Thema“, „der Bundespräsident listet nur noch deutsche Schandtaten auf“ und das Dokumentationszentrum der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung habe das zweite Menschheitsverbrechen des 20. Jahrhunderts, die Vertreibung der Ostdeutschen und den Genozid an ihnen, „in einen internationalen Kontext“ entsorgt, sodass der unkundige Zeitgenosse das, was 1945 in Deutschland geschehen ist, sich nicht vorstellen kann. Und das ist natürlich von der deutschen Regierung in Zusammenarbeit mit der polnischen Regierung gewollt.

In diesem Zusammenhang ist es wichtig, auf das deutsch-polnische Geschichtsbuch in vier Bänden: „Europa – Unsere Geschichte“ hinzuweisen, in dem nicht nur die gesamte deutsche Geschichte, sondern vor allem auch der Zivilisationsbruch von 1945, in einem „internationalen Kontext“ entsorgt und damit dem historischen Wissen entzogen wird. Es ist sehr verdientvoll, dass Herr Nehring sich nicht scheut, immer wieder auf diese Zusammenhänge hinzuweisen.

Klaus Fleischmann, Kaarst

UNERWÜNSCHTE AUFKLÄRUNG ZU: DER ALTE MANN UND DAS KRIEGSVERBRECHEN (NR. 23)

Vielen Dank für Ihren Artikel über das Kriegsverbrechen der Résistance an einer Französin und 47 deutschen Kriegsgefan-

genen. Solche Aufklärungen sind jedoch in unserer heutigen offiziellen Geschichtsschreibung leider nach wie vor unerwünscht. *Hartmut Issmer, Erlensee*

WIE SPOTT UND HOHN ZU: SCHÖNE NEUE WELT? (NR. 23)

Nach dem Lesen der – wie angekündigt – von „ChatGBT“ formulierten PAZ-Seiten muss ich sagen, dass es wahrscheinlich schon zu spät für eine verantwortungsvolle Kontrolle der Künstlichen Intelligenz (KI) ist. Ohne die Ankündigung, dass die Texte von keinen menschlichen Autoren verfasst wurden, wäre wohl kaum jemand auf die Idee gekommen, dass allein die KI für deren Entstehung verantwortlich war. Zudem wirkt der Kommentartext auf mich wie eine bittere Satire, ja wie Spott und Hohn, denn wie dort die menschlichen Fähigkeiten von Journalisten hervorgehoben werden, so stark werden diese ja gerade im „Mainstream“ der Gegenwart missachtet – und genau das ist es, was die KI so gut beherrscht beziehungsweise beherrschen wird.

Kein Wunder, dass ich zur oben genannten Schlussfolgerung gelangt bin.

Manfred Kristen, Freital

DELEGIERTE VERANTWORTUNG ZU: DIE „KRANKHEIT X“ (NR. 22)

Ein sehr erhellender Artikel, der wieder einmal beweist, dass man in der PAZ Dinge erfährt, die in den meisten anderen Medien kaum kritische Erwähnung finden. In der Bundestagsdebatte zur Abgabe wichtiger Vollmachten an die WHO wurde die geringe Bedeutung erkennbar, welche die demokratische Kontrolle staatlichen Handelns für viele Parlamentarier offensichtlich hat.

Auch wenn in Anbetracht der gegenwärtigen Bundesregierung die Verlagerung höherer Hirnleistungen an eine andere Stelle einiges für sich hat, lohnt sich doch der Blick auf die Motivation, die hinter dieser Initiative steckt, nämlich die

Vermeidung von Verantwortung. Man delegiert schwierige Aufgaben an eine vermeintlich qualifiziertere Stelle. Ähnliches ließ sich bereits bei dem Einsatz einer Ethikkommission während der Corona-Maßnahmenkrise beobachten.

Der Bürger darf von seinen gewählten Vertretern erwarten, dass sie die kniffligen Abwägungen selbst vornehmen, dann gut erklären und die Verantwortung übernehmen. Ein Helmut Schmidt hat bewiesen, dass er ein solcher Staatsmann war, aber diese Zeiten sind wohl vorbei.

Jörg Neubauer, Neu-Isenburg

IMMER SIND WIR SCHULD ZU: DIE WAHREN URSACHEN DER ZUNEHMENDEN DÜRREPERIODEN WERDEN VERDRÄNGT (NR. 21)

Wer in diesen Zeiten die Konturen der angesagten Medien in Deutschland abtastet, landet auf der linken Seite. Egal ob die Fakten eher auch andere Bewertungen vorgeben – es wird so lange glattgebürstet, bis die Richtung stimmt, „Framing“ eben. Nach Corona ist jetzt wieder das Klima dran. Wo immer sich das Wetter unartig gebärdet, ist es anthropogen, also wieder mal durch uns ausgelöst. Wieder sind wir schuld!

Wenn der eine oder andere Wissenschaftler darauf hinweist, dass die Erdachse taumelt, sich der Winkel zur Sonne verändert, dass sich die Aktivitäten auf der Sonne mit entsprechend starker Strahlung mehr oder weniger stark auf unser Klima und die daraus folgenden thermodynamischen Prozesse auswirkt, dass sich in Jahrmillionen Erdgeschichte Warm- und Kalt-, ja sogar Eiszeiten dadurch ergeben haben, spielt keine Rolle – Wir sind schuld!

Die von uns sehr gut bezahlten Wissenschaftler besorgen uns, von den Medien befragt, immer wieder das böse CO₂-Menetekel, ein Spurengas, ohne das kein Grashalm auf unserem Planeten wachsen würde und das aus den Vulkanen auf der Erde tausendfach stärker in die Atmosphäre geblasen wird als durch unsere

Schornsteine oder Auspuffe. Wir bösen Deutschen sind gerade einmal mit 1,76 Prozent dabei, sollen aber die höchsten Preise für unsere „Ungeheuerlichkeit“ bezahlen oder besser ganz aufs Auto oder die Heizung verzichten. Jedes Schulkind kann errechnen, dass weder Wind noch Sonne reichen können, um die für uns notwendige Energie zu generieren, geschweige die für die Industrie. Die zieht ganz schnell weg in andere Länder, wir Bürger können das nicht. Fehlt noch die Atem-Steuer für jeden, denn Ausatmen ist Emittieren von CO₂.

Schon melden sich Gelehrte, man könnte sie auch Westentaschen-Maos nennen, die von uns den Verzicht auf unsere Lebensweise fordern und uns mit zirka acht Milliarden Menschen gemeinsam ein Ameisenleben vorschreiben wollen, was zu der Überlegung anregt, entweder sich dazugesellen oder vielleicht doch lieber mit der letzten Generation von diesem Planeten zu verschwinden.

Jürgen Stahf, Nemitz

DAS ZAPPELSTROMPROBLEM ZU: DIE WAHREN URSACHEN DER ZUNEHMENDEN DÜRREPERIODEN WERDEN VERDRÄNGT (NR. 21)

Rein rechnerisch reichen mindestens alle für Photovoltaik geeigneten Dachflächen in Deutschland bereits zur vollständigen Energieversorgung aus. Wenn man mit der gleichen Energie das Speicherproblem angeht, wäre auch das Zappelstromproblem gelöst.

By the way: Der Verbrauch „zappelt“ ja auch. Also wozu das ständige Argument, wir bräuchten eine immer konstant gleichmäßige Stromerzeugung? Wir brauchen ein sinnvolles Energiemanagement – egal bei welcher Energieerzeugung. Und Atom und Kohle haben hoffentlich dauerhaft fertig. Ich hoffe, zu dieser Einsicht benötigt es nicht noch erst einen nächsten SuperGAU in Deutschland oder ein in der Ukraine außer Kontrolle geratenes AKW – oder weitere wegen Uran geführte Kriege wie in Mali. *F. Sturm, Rostock*

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 192 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____

Vorname: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____

Bank: _____

Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg

AZ-02-B



Abonnieren Sie die PAZ

und sichern Sie sich Ihre Prämie

**40 Euro
Prämie**



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

SOZIALE MEDIEN

Die Sucht nach Sensationen im Internet

Mit kleinen Filmchen auf YouTube oder TikTok träumen Jugendliche vom großen Erfolg – Dabei reizen sie oft die Grenzen zu weit aus

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

Auffallen, um jeden Preis in der Menge auffallen – diesem herausfordernden Prinzip unterwerfen sich ehrgeizige, Internet-affine Jugendliche, die in den sozialen Medien Videos veröffentlichen, mehr oder weniger freiwillig. Sie sind darauf angewiesen, mit ihren Video-Clips bei YouTube, TikTok, Instagram oder auf der Streaming-Plattform Twitch ein möglichst großes Publikum für ihre Darbietungen zu interessieren, oder wie es in der Fachsprache dieses Genres so schön heißt, eine möglichst große Zahl an Followern, also Personen, die einem „folgen“, zu generieren.

Dafür ist es in der Regel nötig, sich auf ein besonderes Thema wie etwa Mode oder Fitness zu spezialisieren oder auch auf anspruchsvolle Themen wie Politik und Gesellschaftskritik. Manche, vor allem jugendliche YouTuber, bauen auf skurrile Aktionen und knüpfen damit an die US-amerikanische TV-Kultserie Jackass vom Anfang der 2000er Jahre an.

Oft ist zu hören, die Motivation dieser „Influencer“, also „Einflussnehmer“, sei vor allem Spaß an der kreativen Tätigkeit und die Lust, immer wieder etwas Neues auszuprobieren. In Wirklichkeit dominiert bei ihnen jedoch oft der Wunsch, auf diesem Weg rasch prominent, reich und berühmt zu werden. Anreiz dazu bietet das äußere Erscheinungsbild der berühmten Stars dieser Szene. Diese sind sowohl Meinungsmacher als auch Multiplikatoren in der Produktwerbung.

Direkt oder indirekt sind alle Influencer zugleich auch Werbeträger. In der Branche dreht sich im Kern alles um Einnahmen durch Werbung, und diese werden nur durch sehr viele Klicks von Zuschauern erzielt. Die Vergütung ist mit wenigen Cents pro Klick gering.

Bevor man mit seinem vielleicht schon monatelangen Einsatz in den sozialen Medien einen bestimmten Status erreicht hat und die finanziellen Vorteile sogenannter Partnerprogramme genießt, um Einkünfte über Werbeeinnahmen oder Werbeverträge zu erzielen, muss eine hohe



Ständig auf Sendung: Für den Erfolg stellen junge Influencerinnen Videos selbst in intimen privaten Bereichen her Foto: Mauritius

he Klickzahl durch das Publikum erreicht werden. Ab 10.000 abonnierten Followern kann man bereits Geld verdienen.

Bewusst herbeigeführtes Unglück

Schon vorher hat aber bei vielen Aktiven der anhaltende Druck, regelmäßig auf dem eigenen Kanal neue Filmchen und Selfies zu liefern, um die Follower am Ball zu halten, den Spaß an der Sache geschmälert, und sie haben aufgegeben. Es braucht in diesem Job Ausdauer, tägliche Arbeit und auch eine Portion Glück. Den großen Durchbruch schaffen die wenigsten. Mit leicht verdientem Geld hat das zumeist nichts zu tun.

Durch anfeuernde Kommentare der Follower steigt der Druck, Aufmerksamkeit in den sozialen Medien zu erzielen, nochmals. Das kann im Einzelfall zu Hochstapelei oder zu lebensgefährlichen Aktionen verleiten. Einen sensationellen

Erfolg erhoffte sich der kalifornische YouTuber Trevor Jacob, der im Dezember 2021 auf seinem YouTube-Kanal ein Video mit einem, wie sich später herausstellte, absichtlich herbeigeführten Flugzeugabsturz eingestellt hatte. Jacob war mit einem Fallschirm aus einem Kleinflugzeug abgesprungen und hatte während des Fallschirmsprungs den Absturz des Flugzeugs gefilmt. Das Video wurde über 2,9 Millionen Mal aufgerufen.

Einigen Zuschauern fiel jedoch auf, dass der Pilot den Fallschirm bereits an Bord der Maschine trug und zudem keine Bemühungen erkennen ließ, das Flugzeug sicher zum Landen zu bringen. Gegen ihn wurde Anklage erhoben. Die Staatsanwaltschaft des Central District of California beschuldigt den 29-Jährigen, für den Absturz verantwortlich gewesen zu sein. Anschließend habe er das Flugzeugwrack beseitigt, um eine bundesstaatliche Un-

tersuchung des Vorfalles zu verhindern. Der Angeklagte bekennt sich nur in diesem einen Punkt schuldig. Sein Verteidiger hat erklärt, dass das Video im Rahmen eines Produktsponsorings entstanden ist.

Folgendes soll sich ereignet haben. Im November 2021 startet Jacob das Flugzeug auf dem Santa-Barbara-Flughafen in Kalifornien. Er hat einen Fallschirm und einen Selfie-Stick mit an Bord genommen. Am Flugzeug hat er mehrere Kameras angebracht. 35 Minuten nach dem Abheben stürzt die Maschine in den Los Padres Nationalpark. Der Pilot war zuvor mit dem Fallschirm abgesprungen.

Das Herkules-Baby

Vorschriftsmäßig meldet er dem National Transportation Safety Board den Absturz und erhält die Anweisung, am Flugzeugwrack nichts zu verändern. Er behauptet, den Absturzort nicht zu kennen. Die Be-

hauptung hält er anfangs auch gegenüber seinem Anwalt aufrecht. Tatsächlich aber fliegt er mit einem Hubschrauber zum Absturzort, zerlegt und entfernt das Flugzeugwrack mitsamt dem Beweismaterial.

Laut der Staatsanwaltschaft war es von vornherein nicht seine Absicht, den angegebenen Zielort zu erreichen. Sein Plan sei stattdessen gewesen, das Flugzeug zum Absturz zu bringen, vorher abzuspringen und während des Fallschirmfluges den Sturzflug der Maschine zu filmen. Demnächst muss der Beschuldigte erstmals vor Gericht aussagen. Die Pilotenlizenz wurde ihm bereits entzogen. Ihm drohen 20 Jahre Gefängnis. Sein Video könnte im Verlauf des Prozesses noch millionenfach aufgerufen werden, doch das nützt ihm nun nichts mehr.

Zum Glück bleiben derartige extreme Aktionen die absolute Ausnahme. Mit beliebten Themen wie Essen, Beauty und mit Tiervideos kann man als Influencer und YouTuber auch kaum über das Ziel hinausschießen. Menschen in aller Welt schauen sich gern Videos mit Purzelbaum schlagenden Papageien, dressierten Hunden und kämpfenden Wildtieren an. Dabei wird die Dopaminproduktion im Gehirn der Zuseher angeregt.

Mitunter ist der Zufall im Spiel, wenn ein Video viral geht. Jüngst erzielte eine junge Mutter in den USA mit 49 Millionen Klicks auf ihrem Instagram-Kanal einen Rekordwert. Sie hatte ein Video ihres erst drei Tage alten, ungewöhnlich agilen Babys gepostet. Auf dem Bauch liegend, unternimmt das neugeborene Mädchen mit leicht angehobenem Kopf offenbar den Versuch, sich hochzustemmen. „Sie ist so stark wie ein kleiner Herkules“, raunt die weibliche Stimme aus dem Off im üblichen Märchenerzählerton.

Das Video scheint echt zu sein. Ein Arzt erklärte, dergleichen noch nicht gesehen zu haben. Einige Hebammen bezeichneten dagegen die Bewegungen des kräftigen Babys als einen seltenen Neugeborenen-Reflex und sorgten damit für Ernüchterung so vieler Menschen, die vom Video-Konsum in den sozialen Netzwerken süchtig nach ständig neuen Sensationen geworden sind.

SANSsouci

Nach 40 Jahren zurück an die frische Luft

Eine Idee Friedrichs des Großen – Die Neuen Kammern werden wieder von Fassadenskulpturen geschmückt

Rund 40 Jahre schlummerten 24 Fassadenskulpturen der Neuen Kammern von Sanssouci im Depot der Stiftung Preussische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg (SPSG). Doch jetzt sind sie alle wieder an die „frische Luft“ zurückversetzt. Mit der Wiederaufstellung der noch fehlenden vier Marmorskulpturen kann man das langjährige Restaurierungsprogramm der „Freiluftgalerie“ an den Neuen Kammern von Sanssouci abschließen.

Die Neuen Kammern sind mit dem dazugehörigen südlichen Gartenbereich, den Figurenrondellen auf der Hauptachse sowie dem Boskettgarten ein Pendant zum östlichen Lustgarten mit der Bildergalerie. Beide Gebäude geben den Rahmen für das mittig gelegene Schloss Sanssouci. In dieser Gesamtansicht spielen die Fassaden mit ihrem Skulpturenschmuck eine wesentliche Rolle.

In Betrachtung der Gesamtanlage fiel lange Zeit die „nackte“ Fassade der Neuen Kammern auf, die nun mit der Wiederherstellung des Skulpturenschmuckes mit

den insgesamt 24 Marmorskulpturen ihr ursprüngliches Aussehen zurückerhält. Kleines Manko: Bei vier der einst vom preussischen König Friedrich der Große erworbenen Skulpturen handelt es sich nicht um Originale, sondern um Kopien.

Von den Skulpturen aus Carrara-Marmor, die ab 1982 aufgrund starker Witterungsschäden im Depot lagerten, konnte ein Großteil in den vergangenen Jahren restauriert werden: 2019 kehrten bereits acht zurück, 2021 folgten zwölf weitere. Die vier letzten Skulpturen – dabei handelt es sich um den „Apoll mit Lyra“, die „Vestalin“, die „Pomona mit Früchten“ und die „Diana mit Hund“ – wiesen jedoch so starke Schäden auf, dass sie nicht mehr im Außenraum aufgestellt werden konnten. Daher war es notwendig, bildhauerische Kopien dieser Skulpturen anzufertigen. Diese aufwendige Maßnahme wurde von freiberuflichen Bildhauern in Abstimmung mit der SPSG durchgeführt.

Friedrich der Große ließ 1749 in Italien bei dem Grafen Francesco del Medico

Skulpturen erwerben und in Sanssouci an der 1747 von Georg Wenzeslaus von Knobelsdorff (1699–1753) errichteten Orange-



Nur eine Kopie: „Pomona mit Früchten“

rie, die von 1771 bis 1774 zum Gästeschloss Neue Kammern umgebaut wurde, sowie im westlichen Lustgarten aufstellen. Die Marmorskulpturen wurden in bislang noch nicht erforschten Werkstätten im toskanischen Carrara gefertigt, deren Bildhauer sich meist an berühmten antiken Vorbildern orientierten.

Die Skulpturen wurden passend zur Orangerie-Nutzung des Gebäudes gewählt: Die der Natur verbundenen Gestalten der antiken Mythologie ergänzen die der Sonne, der Zeit und der Gartenarbeit gewidmete Attikakartusche von Friedrich Christian Glume (1714–1752) über dem Mittelrisalit der Neuen Kammern. Sowohl das Motiv der ungezügelter Natur als auch der kunsttheoretische Ansatz des Antikenzitats stehen in Beziehung zu den Fassadenskulpturen der von 1755 bis 1763 östlich des Schlosses Sanssouci erbauten Bildergalerie. An der Bildergalerie wirkte Friedrich der Große ein akademisches Lehrprogramm der Bildenden Künste. tws/SPSG

PFAUENINSEL

Im Juni blühen die Rosen

Auf der in der Havel liegenden Pfaueninsel in Berlin blühen aktuell mehr als 1000 Rosen. Dabei können zirka 200 verschiedene historische Sorten bewundert werden. Die kugelförmigen Rosenhochstämme sorgen zusammen mit den Rosenbüschen für eine einzigartige Blumenpracht. In diesem Jahr fällt die Rosenblüte, bedingt durch die kühlen Nachttemperaturen im Mai, spät aus und wird nun im eigentlichen Rosenmonat Juni in voller Pracht zu erleben sein. Die historischen Rosen zeichnen sich durch einen Blütenduft aus, der bei den modernen Rosenarten in dieser Intensität nicht vorhanden ist.

Der Gartenkünstler Peter Joseph Lenné (1789–1866) legte 1821 den Rosengarten auf der Pfaueninsel an. Er war der erste seiner Art in Preußen. Die mit Labyrinth-artig verschlungenen Wegen gestaltete Anlage galt im 19. Jahrhundert als eine der eindrucksvollsten in Europa. tws

● FÜR SIE GELESEN

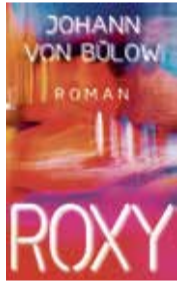
Ein gelungener
Debütroman

Der Schauspieler Marc Berger macht sich per Auto auf den Weg nach München, um an einer Beerdigung teilzunehmen. Während der Fahrt erinnert er sich an seine Freundschaft zu dem vermögenden Robert, der sich aber schon früh nur Roy nannte.

Roy ist arrogant und gelangweilt, weil er sich alles mühelos durch das Geld seines Vaters leisten kann. Marc, der in einfachen Verhältnissen aufgewachsen ist, war von dem Verhalten fasziniert und suchte schon in der Schule die Freundschaft zu Roy. Der ließ sich dazu herab, ihn in seiner Gruppe aufzunehmen, und auch als junger Mann durfte Marc Roy auf kostspieligen Reisen begleiten, musste aber Erniedrigungen in Kauf nehmen. Oft verbrachten sie im Club „Roxy“ so manch durchzechte Nacht. Aber kann so eine Freundschaft im Erwachsenenalter bestehen bleiben, wenn beide so verschieden sind?

In seinem Debütroman „Roxy“ beschreibt der bekannte deutsche Schauspieler Johann von Bülow in einem verdichteten Text, wie sich Menschen entwickeln, und beschreibt, wie die Herkunft oder andere Umstände einen Menschen ausmachen und prägen. Der Roman ist gut gelungen und lesenswert.

Angela Selke



Johann von Bülow: „Roxy“, Rowohlt Verlag, Hamburg 2023, gebunden, 332 Seiten, 24 Euro

Feuersturm
über Hamburg

Gut 80 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg ist die Ukraine zum erneuten Kriegsschauplatz in Europa geworden. Dies veranlasste den in Hamburg lebenden Autoren, Dramaturgen, Regisseur und Lichtkünstler Michael Batz dazu, mit „Null Uhr Neunzehn“ ein Buch über einen Ort der Erinnerung an die Zerstörungen eines Kriegs zu veröffentlichen, in dem das Hamburger Mahnmal St. Nikolai im Vordergrund steht. Die Kirche fiel den Bombardierungen während der „Operation Gomorrha“ im Jahr 1943 zum Opfer, bei der die Stadt Hamburg in Schutt und Asche gelegt wurde. Von der ehemaligen Hauptkirche St. Nikolai steht heute nur noch der Turm.

Batz zeigt Detailaufnahmen des Kirchturms, den er 2015 grün illuminierte als Symbolisierung der im Zweiten Weltkrieg von den Alliierten abgeworfenen Blitzraketen, die das Volk „Christbäume“ nannte. In das vom Förderkreis Mahnmal St. Nikolai e.V. herausgegebenen Buch finden weitere Kriegszerstörungen in der Stadt und auch in Dresden Einzug.

MRK



Michael Batz: „Null Uhr Neunzehn. Hamburger Versuche, heute noch über Krieg und Feuersturm zu sprechen“, Dölling und Gallitz Verlag, München/Hamburg 2023, broschiert, 231 Seiten, 25 Euro

RATGEBER DER WOCHE



FOTO: SHUTTERSTOCK

Steuern, Formulare,
Geldanlagen

Was Eltern in Deutschland, Österreich und der Schweiz beachten sollten, wenn sie eine Familie gründen wollen, bereits Kinder haben oder sich trennen

In der Reihe „für Dummies“ ist von Diplom-Volkswirt und Buchautor Michael Griga der Band „Familienfinanzen“ erschienen. Dieser Ratgeber teilt sich in die Zeit vor dem Kind und mit dem Kind, Teil drei betrach-

tet auf die humorvolle „für Dummies“-Weise Vorsorgemöglichkeiten und Geldanlagen. Griga macht einen Rundumschlag von der Suche nach einem Frauenarzt bis hin zur eigenen Altersvorsorge.

CRS



Michael Griga: „Familienfinanzen für Dummies“, Wiley-VCH GmbH, Weinheim 2023, gebunden, 283 Seiten, 18 Euro

UKRAINEKRIEG

Was hinter dem Rauchvorhang steckt

Der alt-linke Jurist Wolfgang Bittner setzt sich mit dem globalen Machtanspruch der USA auseinander

VON ROLF STOLZ

Kriege beginnen fast immer mit Lügen – schon der erste Satz dieses bemerkens- und lesenswerten Buches „Ausnahmestand“ des in Schlesien geborenen Göttinger Schriftstellers Wolfgang Bittner stimmt darauf ein, dass hier ein entschiedener Aufklärer analysiert, was hinter dem propagandistischen Rauchvorhang verborgen werden soll. Völlig zu Recht verlangt der Autor unparteiische Untersuchungen und Beweise bei jedem Verdacht auf Kriegsverbrechen und hält fest: „Zu betonen ist, dass es nicht darum gehen kann, das russische Vorgehen in der Ukraine zu befürworten.“

Zweifelsohne aber wird dieses Buch fanatischen Anhängern der Regierungsparteien, Rüstungsspekulanten und olivgrünen Kriegsbegeisterten nicht gefallen. Denn es liefert statt öffentlich-rechtlicher Indoktrination fundierte Informationen für alle, die der „vollkommen einseitigen Kriegsberichterstattung“ der etablierten Medien misstrauen. Der Leser erfährt beispielsweise, dass das Lend-Lease-Gesetz für Waffen an die Ukraine am 19. Januar 2022, also Wochen vor Kriegsbeginn, in den US-Kongress eingebracht wurde. Man findet Details des Vereins Lobbycontrol zur Kriegsaktivistin Marie-Agnes Strack-Zimmermann oder zur berüchtigten Mitrotworez-Liste im Internet, die 200.000 angebliche Sympathisanten Russlands in der Ukraine auflistete, von denen etliche wenig später starben – teils durch Sturz aus dem Fenster.

Die 13.000 Kriegstoten durch ukrainischen Dauerbeschuss in den Donbass-Republiken gehören auch in diesen Kontext. Ausführlich wird behandelt, inwiefern Russland sich auf ein Recht der Selbstverteidigung nach § 51 der UN-Charta berufen kann und was die Schutzverantwortung für

die russischsprachige, sich mit Russland identifizierende Bevölkerung im Donbass bedeutete.

In Sachen Krim betont der Autor, dass es sich nicht um eine Annexion, sondern um eine Sezession handelte, die durch die von ausländischen Wahlbeobachtern als grundsätzlich frei bezeichnete Volksabstimmung legitimiert wurde (83 Prozent der Wahlberechtigten stimmten ab, mit 97 Prozent für den Anschluss an Russland).

Kritik an Weltmachtanspruch

Bittner skizziert, wie die einstige Ostpolitik Willy Brandts, die mit ihrer Ausrichtung auf gute Nachbarschaft und Verständigung bis zu Gerhard Schröder Gültigkeit besaß, unter Merkel erodierte und schließlich unter Scholz eliminiert wurde. Er zeigt auf, wie die USA seit über einhundert Jahren zu verhindern versuchen, dass Europa sich durch ein deutsch-russisches Zusammengehen aus seiner Abhängigkeit befreit und so ein geostrategisches Gegengewicht zum US-Anspruch entstände, die einzige Weltmacht zu sein.

Deutschland wäre dann auf dem Eurasischen Schachbrett nicht länger antirussischer Brückenkopf und Frontstaat für amerikanische Globalinteressen und könnte angesichts einer sich auflösenden monopolen Weltordnung Brücken schlagen zu den Mächten des Südens.

Andererseits dominieren gegenwärtig im Westen die Kalten Krieger, die für die Jahrhunderttragödie der Einkreisung Russlands und der Zurückweisung aller Angebote Gorbatschows, Jelzins und Putins zu friedlicher Zusammenarbeit verantwortlich waren, indem sie Sicherheitsgarantien und den Verzicht auf eine weitere Osterweiterung der NATO verweigerten. Ihre Konzeption bleibt der „Cordon Sanitaire“ zwischen dem Baltikum und dem Schwarzen Meer, also genau dort, wo

jetzt in einem Stellvertreterkrieg die Menschen der Ukraine für Globalstrategen und Rüstungsindustrielle sterben. Das nimmt US-Pläne im „Plan Totality“ 1945 und in „Operation Dropshot“ 1949 wieder auf, in denen wie in der „Operation Unthinkable“ der Briten 1945 die Vernichtung der Sowjetunion, auch durch einen atomaren Erstschlag, konzipiert wurde.

Als Jurist, der aus der Achtundsechziger-Linken kommt, hat Bittner den Weg jener zu wokem Fanatismus erweckten Werte-Exporteure nicht mitgemacht, die als „Ultrasophobe“ mit Russland im Krieg seien und es besiegen wollten. Für ihn ist zentral, dass Deutschland souverän handeln und nicht länger ähnlich wie die Selenskyj-Regierung „gefügiger Vasall“ der USA sein sollte. Daher brandmarkt er die Landesverräter, die als Komplizen der Nordstream-2-Verhinderer für das Absinken der deutschen Wirtschaft in Rezession und Niedergang verantwortlich sind und uns Deindustrialisierung und Verarmung als ökologischen Fortschritt verkaufen wollen. Er nennt sie als „NATO-Propagandist reinsten Wassers“ oder des „Schurkenstaats Ukraine“. Andererseits darf daran erinnert werden, wie der ehemalige ukrainische Botschafter in Berlin, Andrej Melnyk, den deutschen Publizisten Harald Melzer als „moralischen Abschaum“ titulierte oder wie der ukraini-

sche Autor und Träger des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels Serhij Zhadan Russen als „Tiere“ und „Unrat“ beschimpfte. Gerade im Fall von Melnyk, der mit Äußerungen wie „Dieser Terrorstaat Russland muss eliminiert werden“ sich als Kriegshetzer profilierte, ließ die deutsche Regierung jede Selbstachtung vermissen.

Allzu wenigen ist bewusst, dass die USA, die seit 1798 469 Interventionen in anderen Ländern durchführten, von 1991 bis 2014 fünf Milliarden Dollar aufwendeten, um ihre Interessen in der Ukraine durchzusetzen – am Ende auch für einen Sturz von Wiktor Janukowytsch, der den EU-Assoziierungsvertrag wegen seiner militärischen Komponente und seiner Stoßrichtung gegen die Eurasische Wirtschaftsunion nicht unterzeichnen wollte. Es ist dem Autor zu danken, dass er an bittere Wahrheiten erinnert wie die 1982 vom CIA organisierte Sprengung der sibirischen Jamal-Pipeline oder den immer noch unaufgeklärten Mord an Olof Palme, der sich gegen die Einbeziehung Schwedens in die NATO gewehrt hatte.

Für jeden, der sich ein eigenes Bild des Ukrainekriegs machen will, ist dieses Buch eine wichtige Grundlage, zumal es im Dokumentenanhang unter anderem zwei wichtige Putin-Reden, die Scholz-Erklärung im Bundestag am 27. Februar 2022 und den Neuen Krefelder Appell bietet.



Wolfgang Bittner: „Ausnahmestand. Geopolitische Einsichten und Analysen unter Berücksichtigung des Ukraine-Konflikts“, Verlag zeitgeist, Hör-Grenzhausen 2023, broschiert, 278 Seiten, 19,90 Euro

JOHANNISNACHT

Vom Kräutersammeln bis zum leuchtenden Licht

Bräuche zur Mittsommernacht in der ostpreußischen Literatur – Viele Traditionen blieben auch in anderen Gegenden erhalten

VON BÄRBE BEUTNER

Die junge Agnes Miegel dichtete 1900 die Ballade „Elfkönig“, die Elegie eines jungen Mädchens um eine leidenschaftliche, unerfüllbare Liebe. „Johannisabend im Vollmondschein, / Neunerlei Kräuter sucht ich am Rain“, sagt das lyrische Ich. Um Mitternacht zieht ein Geisterzug an dem jungen Mädchen vorbei, in der Mitte der Elfkönig mit Diamantkrone und blauen Rosen im blonden Haar – und das Mädchen weiß: „Nun ist es um meine Jugend geschehn.“ Alles würde die Liebende diesem Geisterkönig geben, sogar „Meiner Seele ewige Seligkeit“, aber der Elfkönig ist ein Wesen aus einer anderen Welt, ohne Seele und ohne weinen zu können. Er reitet in ein „Mondscheinschloß“, und dem Menschenkind bleiben nur die „bitteren Tränen“.

Hat das junge Mädchen nicht gewusst, dass in der Johannisnacht geheimnisvolle Dinge geschehen? Es ist der 24. Juni, die kürzeste Nacht des Jahres, die Sommer- und Wintersonnenwende, die Mittsommernacht, die schon die Germanen mit vielen Bräuchen feierten. Die katholische Kirche legte den 24. Juni als Tag für Johannes den Täufer fest, angeblich, weil das sein Geburtstag war. Doch es ging wohl mehr darum, die heidnischen Bräuche mit einem christlichen Heiligen zu verbinden. Zu tief waren alte Naturkulte im Volk verwurzelt, das in der Sommer- und Wintersonnenwende das Wirken höherer Mächte sah.

Kräuter, vor oder in der Johannisnacht gepflückt, schützen vor Krankheit; Arnica heißt sogar „Johannisblume“. Beifuß, Eisenkraut und Bilsenkraut gehören dazu. Möglichst neun sollte man zusammentragen. Sie bewahren aber auch vor Blitzschlag und Hexerei, sorgen unter dem Kopfkissen dafür, dass Träume in Erfüllung gehen und lassen sich auch für Zauberriten gebrauchen. Schließlich sind in der Johannisnacht allerhand Dämonen und sogar der Teufel unterwegs.

Am bedeutsamsten ist das Johannisfeuer, ein Brauch, der sich in vielen Gegenden erhalten hat. Der heilige Johannes galt als „leuchtendes Licht“; da könnte eine Verbindung bestehen. Doch dem Feuer werden reinigende Kräfte zugeschrieben, und schon die alten Germanen sollen die Sommersonnenwende mit lodernen Feuern gefeiert haben. Das Feuer vertreibt das Böse, der Rauch soll die Luft von bösen Mächten reinigen und gutes Wetter bewirken. Im Alpenraum werden Holzstöcke entzündet, in denen auch Unkraut verbrannt wird. Vor allem aber tanzen junge Paare um das Feuer herum und springen sogar über das Feuer. Das bedeutet baldige Heirat oder, wenn der Sprung misslingt, leider Unheil und Trennung.

In Ostpreußen füllte man in der Tilsiter Gegend ein Fass mit Holz und Strauchwerk und Teer, steckte das Fass auf einen Pfahl und diesen in die Erde und zündete das Fass innen an. Um dieses in der Luft lodernde Feuer wurde getanzt und musiziert. Woanders beschmierte man ein Wagenrad mit Teer, umwickelte es mit trockenen Tannenästen und mit Zweigen der Weißdornhecke und ließ diese Feuerräder rollen. Wie auch immer: Das Johannisfeuer vertreibt böse Geister, ebenso wie das Osterfeuer, das die Wintergeister endgültig vertreiben soll.

Eine Schwester der Strohfigur bei der russischen „Masleniza“ (Butterwoche) erschien in Ostpreußen zu Johanni, auch eine Strohfigur, und zwar als Hexe, die verbrannt wurde. Das aber soll nicht auf altpreußische Riten zurückgehen, sondern auf den Hexenglauben im ausgehenden Mittelalter. Heilkundige Frauen waren die



Als Brauch bis heute in vielen Gegenden erhalten: Das Johannisfeuer zur Mittsommernacht

Foto: imago Shotshop

„Hagedissen“, die „Waldweisen“, die sich mit Kräutern und Naturmitteln auskannnten. Im Werk von Ernst Wiechert (1887–1950) tritt auch im 20. Jahrhundert noch die „Kräuterfrau“ auf, eine feste Größe im ländlichen Leben.

Johannis bei Agnes Miegel ...

Die „Nacht der Wunder“, die Johannisnacht, fand immer wieder Eingang in die ostpreußische Literatur. Agnes Miegel schrieb 1900 die Erzählung „Sonnwendtraum“. Eine junge Malerin ist Feriengast bei einer Bauernfamilie in der Nähe von Tannenberg. Der Vater ist Spezialist für die Schlacht bei Tannenberg am 15. Juli 1410, als der Orden vernichtend geschlagen wurde. Er wäre dabei gewesen, sagt er immer wieder, und fährt am Tag vor Johanni mit der interessierten jungen Dame aus der Stadt die Örtlichkeiten ab und zeigt ihr alles, was sie seiner Ansicht nach von dieser historischen Stätte gesehen haben muss. Am Morgen des 24. Juni berichtet Rikchen, wie sie genannt wird, von einem Traum, in dem sie zahllose Kreuze über dem Schlachtfeld von Tannenberg gesehen hat. Sie hat gleich nach dem Aufwachen ein Bild dazu gemalt.

Die Johannisnacht ist eine Losnacht, Träume werden wahr. Rikchens Traum weist vielleicht darauf hin, dass wieder eine Schlacht bei Tannenberg stattfinden wird. Die Erzählung entsteht 1900; Agnes Miegel soll Vorahnungen gehabt haben. Im August 1914 tobte wieder eine Schlacht bei Tannenberg. Sie endete zwar mit einem Sieg der deutschen Armee über die russische Narew-Armee, aber mit insgesamt 350.000 Gefallenen – wie die zahllosen Kreuze auf Rikchens Bild.

Miegels Ballade „Die Fähre“ (1920) muss auch in der Johannisnacht spielen. Denn es ist eine sehr helle Nacht, als die Krügersfrau von dem Ruf „Hol über!“, geweckt wird. Sie hat den Krug und das Fährrecht „Von Vaters Vater her“ geerbt und nimmt die Pflicht, jeden zu fahren, „Und wär's der Schwarze selber“, sehr ernst. Ihr Knecht aber fürchtet sich, verständlicher Weise, denn unsichtbare Männer und Pferde besteigen die Fähre. Ketten und Sporen klirren. „Da trappelten die Hufe. / Da schnob es warm an ihrem Ohr.“ Eine fremde Stimme spricht die Worte, die das Schicksal Ostpreußens beschreiben, ein Vierteljahrhundert nach der Entstehung dieser Ballade: „Von der

Heimat gehen ist die schwerste Last, die Götter und Menschen beugt, Und unstät zu schweifen ist allen verhaßt, die die grüne Ebene gezeugt.“

Die unsichtbaren Reiter gelangen an das andere Ufer und hinterlassen einen fürstlichen Fährlohn: einen Berg von Münzen, „an hundert Stück und mehr“; auf einer Münze ist noch eine Schrift auszumachen und „Ein mächtiges Haupt mit Helm

ersten Heuduft vom Hügelhang herüber.“ Auf der Veranda des Bauernhauses schwebt ein feiner Kaffeeduft über dem Frühstückstisch. Und Blumen, wohin das Auge blickt: Schwertlilien und eben sich öffnende Rosen, Azaleen und Rosengeranien, Ehrenpreis und gelbrote Kressen, auf der „buntdurchwirkten Decke“ des Tisches ein runder Kornblumenstrauß. Der ostpreußische Sommer entfaltet seine Pracht.

... bei Hermann Sudermann ...

Miegels Dichterkollege Hermann Sudermann (1857–1928) schrieb 1900 das Theaterstück „Johannisfeuer“, das Ende der 80er Jahre des 19. Jahrhunderts auf dem Gut Vogelreuter in Preußisch-Litauen spielt. Hier werden das Brauchtum, die Bedeutung dieser Nacht im Osten, die Mentalität der Menschen, ihre Sprache und ihre Schicksale festgehalten. Was bleibt, schaffen die Dichter ... Aber auch in seinem Roman „Frau Sorge“ (1887) beschreibt Sudermann eine schicksalhafte Johannisnacht. „Es war Johannisnacht. Der Faulbaum duftete. – In silbernen Schleiern hing der Mondenglanz über der Erde. Im Dorfe gab's großen Jubel. – Teertonnen wurden angezündet, und auf dem Anger tanzten Knechte und Mägde. Weithin lohten die Flammen über die Heide, und die quäenden Töne der Fiedel zogen melancholisch durch die Nacht.“ Dem jungen Protagonisten Paul Meyerhöfer beschert die Johannisnacht eine lang ersehnte Begegnung mit seiner Angebeteten Elisabeth, doch glücklich sind beide nicht. Elisabeth ist voller Sorge wegen der schweren Krankheit ihrer Mutter und vertraut dies dem Paul an. Pauls junges Leben wurde stets von der „Frau Sorge“ begleitet, und auch jetzt sagt er zu Elisabeth. „Solche Menschen wie wir, die müssen gutwillig auf das Glück verzichten ... Das einzige, was sie können, ist, über dem Glück der andern zu wachen ...“

Die „ändern“ dürfen feiern und genießen, auch in der Johannisnacht. „Als er (Paul) auf die helle Heide hinaustrat, bemerkte er, wie zwei Schatten vor ihm herhuschten und in der nebligen Ferne verschwanden ... „Die ganze Heide scheint lebendig heute“, murmelte er, und lächelnd fügte er hinzu: „Freilich, es ist ja Johannisnacht!“

Verzicht wird auch zu einem Leitmotiv in dem Schauspiel „Johannisfeuer“. Zu Johanni findet die Hochzeit der Tochter Trude des Gutsbesitzers Vogelreuter statt. Ihr



FOTO: ARCHIVFAZ

„Johannisnacht“

Es war ein Land – wo bleibst Du, Zeit? Da wogte der Roggen wie See so weit ... Hof auf, Hof ab, wie ein Herz so sacht, Klang das Klopfen der Sensen in heller Nacht, Und Heukahn an Heukahn lag still auf dem Strom Und geborgen schlief Stadt und Ordensdom – In der hellen Nacht – Der Johannisnacht!

Agnes Miegel

und Kranz“, aber es sind uralte, unbekannte Münzen. Geister aus alter Zeit sind offenbar in dieser Nacht gekommen, um noch einmal „nach meinem lieben Land“ zu sehen. Es muss die Johannisnacht sein, denn zweimal heißt es wie in dem Gedicht „Es war ein Land“: „Aufs Wiesenufer ging der Weg so hell, so still und leer, Und Heuberg ragte an Heuberg aus dem weißen Nebelmeer.“

In der Ballade „Die Fähre“ gibt es in einer hellen, aber unheimlichen Nacht gespenstische Geschehnisse; in der Erzählung „Sonnwendtraum“ schildert Miegel einen Junimorgen, der alle Sinne anspricht. Vor allem duftet es. „Der schwere, süße Duft der Dolden lag in der warmen Morgenluft, und manchmal trug ein Windstoß

Bräutigam Georg ist ein Ziehsohn ihres Vaters. Im Hause lebt auch die Pflügetochter Marikke, genannt „Heimchen“, die im Notstandsjahr 1867 als Säugling buchstäblich auf der Straße gefunden wurde. Ihre heruntergekommene litauische Mutter übergab das Kind dem Ehepaar Vogelreuter. Beide, Georg und Marikke, verdanken dem Hause Vogelreuter ihre Existenz, beide sind der Braut Trude innig verbunden – aber dann bricht während der Hochzeitsvorbereitungen zu Johanni Marikkens Leidenschaft zu dem Bräutigam Georg hervor. Etwas Wildes, „Heidnisches“ ergreift die beiden jungen Leute, das sonst durch das Christentum und durch die Konvention zurückgehalten wird. Der Prediger Haffke, ein herzenguter Mensch, der das breiteste Ostpreußisch spricht, hat bei der von ihm verehrten Marikke keine Chance mehr. Der Bräutigam hält beim Abendessen am Johannisabend eine Rede auf die Johannisnacht: „Denn sehn Sie, Herr Pred'ger, ein Funken Heidentum schwält in uns allen. Er hat von alten Germanenzeiten her die Jahrtausende überdauert. Einmal im Jahr, da flammt er hoch auf, und dann heißt er – Johannesfeuer. Einmal im Jahr ist Freinacht ... da streicht über den Forst weg das wilde Heer – da erwachen in unseren Herzen die wilden Wünsche, die das Leben nicht erfüllt hat und – wohlverstanden – nicht erfüllen durfte.“

Beide, Marikke und Georg, setzen dann doch ihre Verbundenheit mit dem Hause ihres Wohltäters über ihre eigenen Wünsche und verzichten.

... und bei Ernst Wiechert

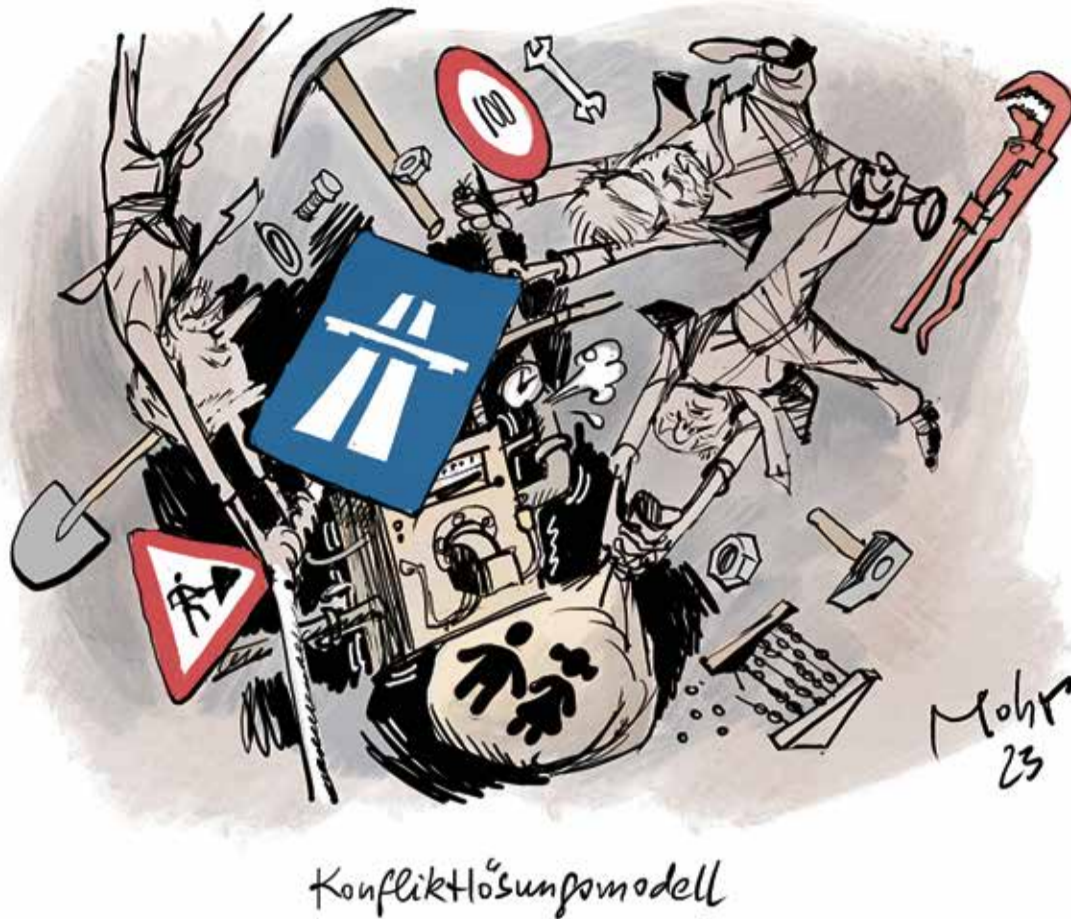
Ernst Wiechert (1887–1950) wählt in seinem Roman „Die Jeromin-Kinder“ die Johannisnacht zur Nacht des neuen Lebens. Der Protagonist Jons Ehrenreich Jeromin, eines Köhlers Sohn, ist nach seinem Medizinstudium als „Armenarzt“ in sein Heimatdorf Sowiog in Masuren zurückgekehrt. In der „Sonnwendnacht“ seines ersten Praxisjahres wird er zu einer komplizierten Geburt gerufen, auf eines der großen Güter „hinter dem See“. „In Sowiog hatten sie ein Feuer auf dem höchsten Ackerrain angezündet.“ Als sich in Sowiog der große Wagen des Gutsherrn mit dem Arzt und seiner Assistentin in Bewegung setzt, geht die kürzeste Nacht des Jahres schon ihrem Ende zu. „Das Sonnwendfeuer brannte immer noch, und die Gestalten davor erschienen wie Schatten vor der roten Glut. Der Nordosthimmel war schon weißlich, von roten Adern durchzogen ... Über dem Moor stand eine weiße Nebelwand ... Die Bekassinen riefen, und aus den reifen Feldern kam der Ton der Wiesenschnarre, eintönig und von allen Seiten.“

Die junge Gebärende hat ein „abnorm enges Becken“, eine „Operation“, ein Kaiserschnitt ist unvermeidlich, zumal es das erste Kind ist. Der anwesende Kreisarzt hat bereits alle Hoffnung aufgegeben. „Der Doktor stand am Fenster und starrte in das zunehmende Morgenlicht.“ Aber der neue Armenarzt geht „mit Glauben“ an sein Werk. Der Tod steht dabei. „Die Narkose begann. Es war so still im Zimmer wie bei einer Beerdigung.“ Die Gutsmädchen beten, und als das Kind gesund und wohlbehalten geholt wird, schweigen Jons Jeromin und seine Gehilfin „wie eine Grabfigur“. Aber das Leben hat gesiegt, auch für die junge Mutter. Der neue lange Tag ist da. „Das Morgenrot stand wie eine Feuerwand hinter den Wipfeln, und die Luft kam kühl, rein und nach Heu duftend in den Raum.“ „In der Halle (des Gutshauses) und vor der Freitreppe standen viele Menschen.“ Stumm begrüßen sie das Leben. „Das heilige Leben ... Daß man wissen muß, daß alles Leben heilig ist ...“, sagt der Arzt Jons Ehrenreich Jeromin.

● AUFGESCHNAPPT

Bundesinnenministerin Faeser (SPD) will sich weiterhin nicht bei dem von ihr versetzten ehemaligen Chef des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI), Arne Schönbohm, entschuldigen. Nachdem der ZDF-Satiriker Jan Böhmermann im vergangenen Herbst gegen den Beamten den Vorwurf zu großer Russland-Nähe erhoben hatte, hatte die Ministerin Schönbohm als Chef der Behörde zunächst abberufen und hinterher zum Präsidenten der Bundesakademie für öffentliche Verwaltung ernannt.

Auf die Frage der Bundestagsabgeordneten Joana Cotar, ob Faeser plane, sich bei Schönbohm für den beruflichen Imageschaden zu entschuldigen, antwortete eine Mitarbeiterin, dies „wird mit ‚Nein‘ beantwortet“. Dazu Cotar: „Schönbohm steht nach seiner Skandal-Absetzung eine Entschuldigung zu. Der vorgeschobene Grund, ein willkürlicher Hassbeitrag im Staatsfunk, ist längst widerlegt. Hinzu kommt, dass die Fehlentscheidung nicht nur das BSI erschüttert hat, sondern auch Deutschlands digitale Sicherheit.“ *neh*



DER WOCHENRÜCKBLICK

Eine Mannschaft wie ihr Land

Über den Zusammenhang von Wärmepumpe und Dreierkette

VON REINHARD MOHR

Die Fußballweltmeisterschaft 2022 in Katar war eine Zäsur. So schlecht war lange keine deutsche Nationalmannschaft mehr aufgetreten, und so schied sie verdientermaßen schon in der Vorrunde aus. Besonders aufgefallen ist die DFB-Elf damals eigentlich nur durch die tagelange Debatte, welches „Zeichen“ – jenseits der verbotenen Regenbogenbinde – man gegen die politischen Verhältnisse im Gastgeberland setzen sollte. Man war zwar trotz einiger Boykottforderungen in das ölfreiche, streng islamische Emirat gereist, wollte aber eben nicht nur einfach Fußball spielen, sondern „Flagge zeigen“. Diese mentale Schiefelage voller Widersprüche und Heuchelei trug ihren Teil zum Scheitern bei.

Doch auch ein halbes Jahr später lieferte die deutsche Nationalmannschaft eine sportliche Leistung ab, die die meisten Kommentatoren zu Recht uninspiriert nennen, blutleer und leidenschaftslos, ohne klare Strategie und kluge Taktik, nach all den Wechslen immer neuer Spieler plan- und ziellos, sodass selbst die kriegsgeplagte Ukraine gegen „Die Mannschaft“ fast den Sieg errungen hätte.

Ein Bundestrainer wie der Kanzler

Eigentlich ist schon länger der Wurm drin, doch ein Jahr vor der Fußballeuropameisterschaft im eigenen Land wird die Lage langsam brenzlig. Schon fragen die ersten Kommentatoren, ob man nicht rasch noch Bundestrainer Hansi Flick austauschen sollte. Das würde freilich Mut zum Risiko erfordern, und der ist hierzulande gerade nicht sehr ausgeprägt. Man wurschtelt sich irgendwie durch – unter dem Absingen hochherziger Lieder zur Weltrettung. Nicht zuletzt deshalb fällt anderen Zeitgenossen eine bemerkenswerte Parallele zur Politik auf.

Ob Olaf Scholz oder Hansi Flick – beide sind eher untertourig unterwegs, ohne Charisma und Überzeugungskraft, ohne eine Kommunikationsfähigkeit, die die Leute motivieren, gar begeistern könnte, von der magischen Macht des „Doppel-Wumms“ (Scholz) ganz zu schweigen.

Spötter sprechen unterdessen schon vom „Ampel-Fußball“, wenn sie die deutschen Kicker auf dem Platz herumirren sehen. Und tatsächlich: Das fruchtlose Ballgeschiebe im Mittelfeld ähnelt dem monatelangen Hin-

und Her bei Robert Habecks famosem Heizungsgesetz, und die Flanken, die keinen gelernten Mittelstürmer im Strafraum mehr finden, könnten ihre Entsprechung in der Unfähigkeit der rotgrün gelben Regierung haben, Klartext zu den unübersichtlichen Belastungsgrenzen durch die massenhafte Einwanderung nach Deutschland zu sprechen. Ob auf dem Spielfeld oder in der Politik – es wird sehr viel um die offensichtlichen Probleme herumgedribbelt, rasche Besserung aus der Tiefe des Raumes versprochen und an die großen Zeiten erinnert, die ganz bald wiederkehren werden.

Spiegelbild der politischen Verhältnisse

1954, 1974, 1990, 2014 – viermal wurde Deutschland Fußballweltmeister, und auch damals gab es jeweils unverkennbare Parallelen zur Lage der Nation. 1954 war es der wiedergewonnene Stolz nach Krieg und Nazi-Herrschaft, während das „Wirtschaftswunder“ Tempo aufnahm; 1974 war der post-68er Zeitgeist auf dem Höhepunkt, der sich auch auf dem Final-Rasen in München in einer ausufernden Haarpracht und langen Koteletten von Paul Breitner, dem Freizeit-Maoisten, manifestierte; 1990 beim Endspiel in Rom war das Glück von Mauerfall und Wiedervereinigung zur spielerischen Wucht geworden, und 2014 war Angela Merkel auf dem Gipfel ihrer Popularität, bevor die Flüchtlingskrise 2015/16 – „Wir schaffen das!“ – ihren Sinkflug einleitete.

Und heute? Es herrscht eine diffuse, unübersichtliche Situation mit viel Wut und Unzufriedenheit in der Bevölkerung, die sich auch in den Umfragen spiegeln. Die AfD rangiert in der Nähe des Rekordwerts von 20 Prozent und damit knapp vor der Kanzlerpartei SPD, während die Grünen mit Abstand schwächer sind, was aber der CDU nicht zugutekommt, die an der gläsernen 30-Prozent-Decke klebt. Die Ampel hat keine Regierungsmehrheit mehr, doch handlungsfähige Alternativen zu ihr sind auch nicht in Sicht. Bei Grünen und Linken, SPD und CDU/CSU zeichnen sich auch noch Richtungsdebatten ab, die nur mühsam zu verdecken sind. Kurz: Es knistert im Gebäck der Republik.

Derweil schießen die Probleme wie Pilze aus dem Boden, von maroder Infrastruktur über die Schul- und Bildungskatastrophe, die einen neuen Analphabetismus produziert, bis zu den ungelösten Herausforderungen der Flüchtlings- und Migrationspolitik, die nicht

nur den Sozialstaat an seine Grenzen bringt. Doch statt all dies offen anzusprechen und pragmatisch anzugehen, wird lieber das Gute gepredigt und vor dem Bösen gewarnt.

Ständig werden richtige Haltung und gesellschaftspolitische Bekenntnisse abverlangt – zu Vielfalt und Weltoffenheit, Nachhaltigkeit und Klimaneutralität. Heutzutage reicht es nicht, einfach nur tolerant zu sein im Sinne Friedrich des Großen, demzufolge „jeder nach seiner Façon selig werden“ soll. Nein. Man muss proaktiv für (Trans-)Gendergerechtigkeit eintreten, Dragqueens lieben und die Regenbogenfahne hissen – besonders im aktuellen „Pride Month“, dem Monat des Stolzes auf alle non-binären, queeren LGBTQ-people.

Bunte Welt statt „deutscher Tugenden“

„Ich habe auf meiner Fußball-Reise Menschen mit allen erdenklichen Hintergründen, Ethnien und Glaubensrichtungen getroffen. Es ist wichtig, dass ich klarstelle, dass ich wirklich ALLE Menschen liebe und niemanden diskriminiere“, schrieb der junge deutsche Nationalspieler Felix Nmecha, dem Homo- und Transphobie vorgeworfen wurden, weil er auf Instagram ein „Like“ (also ein „Gefällt mir“) zu einem Beitrag gepostet hatte, der „Pride“ (also den Stolz der „Queeren“ auf ihre Lebensform) als „Satanswerk“ verunglimpfte. Doch trotz seiner Liebeserklärung an alle Menschen steht dem strenggläubigen Christen Nmecha nun ein „Gespräch“ mit dem DFB bevor.

Es geht also streng zu im deutschen Fußball, nur nicht auf dem Platz. Die Hymne wird weg geschaltet, die Steilpässe kommen nicht an, und die Abwehr ist offen wie ein Scheunentor. Die alten „deutschen Tugenden“, deren zentraler Wert darin bestand, auch bei spielerischer Unterlegenheit „alles zu geben“, vor allem Kampfkraft und bedingungslosen Einsatz, sind ebenso verschwunden wie Identifikation und Begeisterung der Fans. Niederlagen der deutschen Mannschaft (das Spiel am Dienstag dieser Woche gegen Kolumbien fand nach Redaktionsschluss statt!) stürzen niemanden mehr in Trauer und Verzweiflung.

Kein Wunder: Wir sind jetzt eine Regenbognation geworden, bunt, vielfältig und diskriminierungsfrei. Wir lieben alle anderen Fußballer auf der ganzen Welt.

Ein triumphales 4:1 gegen den „Erzrivale“ Frankreich hätte da fast schon den Beigeschmack ausländerfeindlicher Intoleranz.

Spötter sprechen unterdessen schon vom „Ampel-Fußball“, wenn sie die deutschen Kicker auf dem Platz herumirren sehen



Die Beiträge von Reinhard Mohr finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de

● STIMMEN ZUR ZEIT

Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger (Freie Wähler) verteidigt in der „Frankfurter Allgemeinen“ (16. Juni) seine „Arsch offen“-Rede auf einer Demonstration gegen das Gebäudeenergiegesetz wie folgt:

„Man gibt sich empört wegen meiner Rede. Aber das ist eine Pseudoempörung. Das kommt zum Teil von Leuten, auch von der FDP, die in ihren Blasen in München teure Rotweine schlürfen, statt rauszugehen zu den Leuten, mit ihnen zu reden und ihnen vielleicht beim Ausfüllen von irgendeinem Formular zu helfen. Im Osten hat das früher die Linke gemacht, heute ist es die AfD.“

Der Maler Neo Rauch gab der „Neuen Zürcher Zeitung“ (17. Juni) ein ausführliches Interview zu seiner Arbeit. Zu seinem Bestreben, seine Werke möglichst frei von politischen Einflüssen zu halten, sagte er:

„Es ist so, dass das Zeitgeschehen an mich anbrandet. Ich erlebe schlaflose Nächte, wenn ich an Deutschland denke und die Welt; dann bin ich um den Schlaf gebracht. Es geht mir alles sehr nahe, ich bin sehr dünnhäutig geworden. Und dieser Ort hier, das Atelier, in dem wir uns jetzt befinden, ist mein sicherer Hafen. Hier entwickle ich einen Gegenentwurf zu all dem, was mich nächtens bedrängt. Mein Atelier ist die Anti-„Tagesschau“. Und deswegen bin ich immer voller Unverständnis für Kollegen, die meinen, sie müssten die „Tagesschau“ einfach noch einmal mit künstlerischen Mitteln nachbereiten. Wo finden die dann ihren Frieden?“

„Die Welt“ widmet sich auf ihrer Webseite (19. Juni) dem Zusammenhang vom Aufstieg der AfD und dem Niedergang der Grünen und meint unter anderem zur Lage im Land:

„Bis in die Mitte der Bevölkerung hinein frisst sich das unguete Gefühl, einem zeitgeistgetriebenen Politik-Experiment hilflos ausgeliefert zu sein. Gilt den Deutschen der maßvolle Kompromiss als Regierungsideal, sehen sie sich nun maßloser Besserwisseri ausgesetzt. Fast 80 Prozent der Bundesbürger lehnen diese Politik ab – nur noch ein Fünftel der Wähler ist mit der Arbeit der Bundesregierung zufrieden. Insbesondere im Osten ist Skepsis gegenüber eindimensionalen Heilsversprechen Teil der kollektiven DNA. Dass sich die zahllosen Ungereimtheiten des Wärmepumpen-Plans überwinden ließen, indem nur alle fest daran glauben, wird genauso bezweifelt wie die angeblich Gerechtigkeit stiftende Wirkung einer dogmatischen Gendersprache.“

Ulrich Reitz kommentiert auf „focus.de“ den Auftritt von Eisschnellläuferin Claudia Pechstein beim Grundsatz-Convent der CDU und die anschließende Kritik daran:

„Natürlich geht es gar nicht um die nach wie vor kufenmeisterliche Staatsbürgerin in Uniform. Nicht darum, was Pechstein trug, Uniform nämlich, sondern darum, was sie vortrug, Konservatives nämlich. Was automatisch heißt: Un-Grünes“

● WORT DER WOCHE

„Ein Nein zu Containerdörfern ist kein Nein zu Solidarität.“

Die Initiatoren eines Bürgerentscheids in Greifswald, bei dem sich 66 Prozent der Wahlberechtigten gegen den Bau von Containerdörfern ausgesprochen hatten, laut „Neuer Zürcher Zeitung“ (19. Juni) zu den Vorwürfen, sie wollten am liebsten gar keine Flüchtlinge in in ihrer Stadt